

Richard Stöss/Oskar Niedermayer

**Harold - Hurwitz - Survey 1995  
(Berlin - BUS)**

**Analysen zur Wahl zum Abgeordnetenhaus von Berlin  
am 22. Oktober 1995**

Freie Universität Berlin  
Fachbereich Politische Wissenschaft  
Otto-Stammer-Zentrum für Empirische Politische Soziologie

1997

Redaktion:

Richard Stöss, Frauke Burian

Druck und Herstellung:

Zentrale Universitätsdruckerei der Freien Universität Berlin

Erscheinungsdatum:

Oktober 1997

## Inhalt

Vorwort	5
Der Berlin-BUS	9
<i>Richard Stöss/Oskar Niedermayer:</i>	
Die Berliner Abgeordnetenhauswahl vom 22. Oktober 1995:	
Alles beim alten und doch vieles anders	21
Ergebnis	43
<i>Richard Stöss:</i>	
SPD-Wiederwähler und -Abwanderer in Berlin seit der Bundestagswahl 1994	47
Ergebnis und Bewertung	70
<i>Richard Stöss:</i>	
Konfliktlinien und Parteienkonkurrenz im Berliner Parteiensystem 1995	85
Ergebnis	105
Literaturverzeichnis	109



## Vorwort

Mit dieser Broschüre legen wir die Untersuchungsergebnisse des Berlin-BUS 1995 vor. Daß die "Berliner Bevölkerungsumfrage für die Sozialwissenschaften" nach einer Vorläuferstudie im Jahr 1981 und nach der ersten Welle 1990 nun zum zweitenmal durchgeführt werden konnte, ist auf eine großzügige Spende der "Deutschen Pau-Lazarsfeld-Gesellschaft", auf zusätzliche finanzielle Unterstützung des Präsidenten der Freien Universität Berlin und auf die große Kooperationsbereitschaft von FORSA zurückzuführen. Wir möchten uns dafür bei Manfred Güllner (DPLG, FORSA) und bei dem Vizepräsidenten der FUB, Prof. Dr. Werner Väth, herzlich bedanken.

Ihre Donation (drei jährliche Umfragen) eignete die Lazarsfeld-Gesellschaft **Prof. Dr. Harold Hurwitz** zu, dem "Pionier der Erforschung der Politischen Kultur in Berlin". Hurwitz lehrte bis zu seiner Emeritierung 1988 am Fachbereich Politische Wissenschaft; seine Forschungen führte er am Zentralinstitut für sozialwissenschaftliche Forschung der Freien Universität Berlin durch (ausführlicher S. 18). Herzstück seines umfangreichen Œuvres ist die Einstellungsforschung im zeitgeschichtlichen Kontext der Berliner Nachkriegsentwicklung. Zuletzt erschien Anfang 1997 das umfangreiche Werk über die Stalinisierung der SED in der Schriftenreihe des Zentralinstituts.

Der Berlin-BUS 1995 steht ganz im Zeichen der Berliner Wahl vom 22. Oktober 1995<sup>1</sup>, in der die SPD eine dramatische Niederlage hinnehmen mußte und die FDP an der Sperrklausel scheiterte. Neben einer allgemeinen Analyse des Wahlergebnisses finden sich in dieser Broschüre zwei weitere Kapitel, die sich vor allem mit dem Niedergang der SPD beschäftigen. Die Sozialdemokratie hatte in (West-) Berlin lange Zeit eine hegemoniale Position inne. In den Augen vieler Beobachter galt Berlin bis Ende der siebziger Jahre sogar als sozialdemokratisch geprägte Stadt. So war es von besonderem (wissenschaftlichem wie politischem) Interesse, die Ursachen für das Abschmelzen der SPD-Wählerbasis zu untersuchen und der Frage nachzugehen, ob der in Berlin zu beobachtende Erosionsprozeß prototypisch für die Entwicklung in der Bundesrepublik ist. Eine entsprechende Analyse war für die Berliner FDP leider nicht möglich, da sich in der Umfrage nur 27 (von insgesamt 2.018)

---

1 Vgl. dazu auch die Analysen von Jesse/Michel 1996, McKay 1996 u. Neugebauer 1995.

Personen zur Wahl der Liberalen bekannt hatten (davon 23 im Westteil und vier im Ostteil der Stadt). Auf der Grundlage einer derartig schmalen Datenbasis sind signifikante Aussagen kaum möglich.

Für die eilige Leserschaft befindet sich am Ende jedes Kapitels eine kurze Zusammenfassung. Drei Ergebnisse erscheinen uns besonders bemerkenswert:

- Die einstige Monopolstellung der etablierten Berliner Parteien ist weiter geschwächt worden, während die neuen Parteien (B90/G und PDS) ihren Einflußbereich ausdehnen konnten. Berücksichtigt man, daß die Wahlbeteiligung gegenüber der Vorwahl um über zehn Prozentpunkte auf knapp 70 Prozent gesunken ist, dann verfügt in Berlin nicht einmal eine Große Koalition über eine Mehrheit in der Bevölkerung.
- Der Berliner SPD mangelt es sowohl an erkennbaren sozialstrukturellen Konturen als auch an einem mit Kompetenz ausgestatteten politischen Profil, das sie von den anderen Parteien unterscheidbar macht und Identifikationsmöglichkeiten bietet. Die SPD ist die einzige Partei im Berliner Parteiensystem, die sich auf dem Wählermarkt gegen zwei (CDU, B90/G) bzw. drei (im Ostteil der Stadt auch die PDS) gewichtige Konkurrenten zur Wehr setzen muß, die sie aus verschiedenen ideologisch-politischen Richtungen bedrohen und die mit ihren unterschiedlichen politischen Konzepten Anziehungskraft auf jeweils andere Teile der SPD-Anhängerschaft ausüben. Es besteht die Gefahr, daß die SPD in dieser Mittellage von zwei (drei) Seiten her weiter zerrieben wird, wenn es ihr nicht gelingt, ihren Ort im Berliner Parteienwettbewerb neu zu bestimmen.
- Die Entwicklung im Land Berlin ist selbstverständlich nicht ohne weiteres mit der in anderen Bundesländern oder gar mit den Verhältnissen im Bund vergleichbar, weil in der ehemaligen "Frontstadt" immer besondere politische Bedingungen herrschten, die noch lange nachwirken werden. Aber die Berliner Entwicklung vollzieht sich auch nicht völlig unabhängig von der gesamtdeutschen. Sichtbar sind Parallelen zu den Trends in anderen "schwierigen" Großstädten, deren politische Lage ebenfalls kritisch ist. Dort vollziehen sich der soziale Wandel und die Entwicklung von der industriellen zur postindustriellen Gesellschaft offenbar erheblich schneller als im Rest der Republik. Sie sind daher in besonderem Maße mit den Zukunftsproblemen der bundesdeutschen Gesellschaft konfrontiert und können bzw. sollten insoweit durchaus als "Frühwarnsysteme" angesehen werden. Auch die Berliner Verhältnisse dürften in gewissem Umfang proto-

typischen Charakter haben. Allerdings bringt der Wandel von der eingemauerten Insel im Meer des realexistierenden Staatssozialismus zur Hauptstadt des vereinigten Deutschland besondere Transitions- und Integrationsprobleme mit sich, die den Berliner Parteien bzw. dem Parteiensystem zusätzliche Belastungen auferlegen und sie vor Herausforderungen stellt, die nicht für die gesamte Republik verallgemeinert werden können.

Berlin, im September 1997

Richard Stöss  
Oskar Niedermayer



## Der Berlin-BUS

### Die Vorgeschichte

Die Idee für eine "**Berliner Bevölkerungsumfrage für die Sozialwissenschaften**" (**Berlin-BUS**) entwickelten im Herbst 1987 im Zentralinstitut für sozialwissenschaftliche Forschung<sup>2</sup> Prof. Dr. Nils *Diederich*, Prof. Dr. Hans-Dieter *Klingemann*, Dr. Fritz *Tiemann* und Dr. Bernhard *Weßels*.

Die Berlin-Forschung hatte im Zentralinstitut eine lange Tradition<sup>3</sup>, die durch die Forschungen von Prof. Dr. Harold *Hurwitz* seit Ende der sechziger Jahre noch verstärkt wurde<sup>4</sup> (siehe dazu weiter unten). Schwerpunkte waren vor allem die Bewährung des politischen Systems und seiner Institutionen im Abwehrkampf gegen den Kommunismus, die Reaktion der Bevölkerung auf Berlin-Krisen und auf den globalen Wandel der internationalen Kräftekonstellation und schließlich die historischen Traditionen der Arbeiterbewegung in Berlin. Ende der siebziger Jahre kamen im Rahmen der empirischen Parteien-, Wahl- und Einstellungsforschung der Wertewandel, die "partizipatorische Revolution" und die neuen sozialen Bewegungen hinzu.

Zur Abgeordnetenhauswahl 1981 bereiteten Prof. Dr. Dietrich *Herzog* und Prof. Dr. Hans-Dieter *Klingemann* eine große Studie ("**Wählerschaft und Führungsschicht in Berlin - Eine Analyse gesellschaftlich-politischer Konflikte anläßlich der Wahlen 1981**") vor, in der die Berliner Wahlen im Kontext politischer und gesellschaftlicher Veränderungen seit 1949 untersucht, in grundsätzlicher Weise das Problem der Hausbesetzungen beleuchtet, das soziokulturelle Milieu der erstmalig antretenden "Alternativen Liste" (AL) analysiert sowie schließlich allgemeine Veränderungen im Bereich politischer Beteiligung und Wertorien-

---

2 Das Zentralinstitut entstand 1970 auf Beschluß des Kuratoriums der Freien Universität Berlin durch Zusammenschluß des seit 1950 bestehenden - und maßgeblich von Prof. Dr. Otto Stammer geprägten - interfakultativen "Instituts für politische Wissenschaft" und des bis dahin zur Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät gehörenden "Instituts für Wirtschafts- und Sozialgeschichte". Es wurde zum 1. Oktober 1996 aufgelöst und teilweise in den Fachbereich Politische Wissenschaft der FUB integriert.

3 In der Schriftenreihe des Zentralinstituts waren bis dahin erschienen: Münke 1952, Mayntz 1959, Shell 1965, Fijalkowski 1967.

4 Hurwitz 1983, 1984, 1990a, 1990b, 1997; Hurwitz/Sühl 1984.

tierungen empirisch erfaßt wurden. Eine Besonderheit dieses Forschungsprojekts - das durchaus als Vorläufer des Berlin-BUS angesehen werden kann - stellte die unmittelbare Verknüpfung der analytischen Ebenen von Wählerschaft und politischer Führungsschicht dar: Ausführlich wurden Zirkulation und Wertorientierungen der "politischen Klasse" analysiert, ihre Einbindung in das Netzwerk gesellschaftlicher Interessen betrachtet und ein Vergleich politischer Einstellungen und Wertorientierungen von Wählern und Politikern vorgenommen<sup>5</sup>.

Nach Abschluß dieser Untersuchung reifte die Idee, **die empirische Berlin-Forschung auf eine dauerhafte und zugleich interdisziplinäre Grundlage zu stellen**. Vorbild war der von ZUMA (Zentrum für Umfragen, Methoden und Analysen, Mannheim) organisatorisch und methodisch betreute ALLBUS (Allgemeine Bevölkerungsumfrage der Sozialwissenschaften), der für die Bundesrepublik insgesamt durchgeführt wird. In dem Antrag für den Berlin-BUS von 1987 hieß es unter anderem:

*"Gesellschaftliche Entwicklung und sozialer Wandel in Berlin seit den siebziger Jahren lassen die Frage nach den Perspektiven gesellschaftlicher Prozesse und nach ihren strukturellen Wirkungen deutlich wichtiger werden. Urbane Großräume wie Berlin spielen in der Entwicklung der politischen Kultur, in der Entwicklung von neuen Problemlagen und in gesellschaftlichen Modernisierungsprozessen die herausragende Rolle. Berlin wird in vielen Bereichen gesellschaftlicher Entwicklungen eine **Vorreiterrolle** zugeschrieben, so daß die Beantwortung sozialwissenschaftlicher Fragestellungen hier auch den Ausblick auf entsprechende Entwicklungen anderswo ermöglicht."*

Nachdem der Antrag zur Begutachtung und Finanzierung bei der "Ständigen Kommission für Forschung und wissenschaftlichen Nachwuchs" (FNK) der FUB eingereicht worden war, erarbeiteten die Professoren Nils *Diederich*, Lutz *Erbring* und Hans-Dieter *Klingemann* ein Projektdesign für die Berliner Wahl 1989, das als DFG-finanzierter Einstieg in den geplanten Berlin-BUS gedacht war ("**Die Verarbeitung von Krisenfaktoren im soziopolitischen System Berlins**"). Der Antrag vom August 1988 fokussierte drei Problembereiche: Erstens sollte in Anknüpfung an die Studie von 1981 untersucht werden, ob und inwieweit es zu einer institutionellen Restabilisierung und zum Rückgewinn demokratischer Legitimation im politi-

---

5 Die Untersuchungsergebnisse sind publiziert in: Herzog 1985; Klingemann 1985; Stöss 1985; Tho-

schen System West-Berlins nach der "Krise" Anfang der achtziger Jahre gekommen war. Zweitens wurde nach dem Verhältnis von Leistungskompetenz, Abnutzungs- und Regenerationsprozessen einerseits und langfristigen Wahlerfolgen politischer Parteien andererseits gefragt. Und drittens sollte der Zusammenhang von massenmedialen bzw. informellen Kommunikationsstrukturen und der Verankerung politischer Wertorientierungen in der Bevölkerung analysiert werden. Geplant war die Untersuchung als Nachwahlstudie unmittelbar nach der Wahl zum Berliner Abgeordnetenhaus am 29. Januar 1989. Zusätzlich waren eine Aggregatdatenanalyse zur langfristigen Entwicklung des Zusammenhangs von Sozialstruktur und Wahlverhalten sowie eine sozialstatistische Analyse der Kandidaten und Gewählten für das West-Berliner Parlament vorgesehen.

Dieses Projektdesign mußte vor allem wegen der politischen Entwicklung in Berlin bzw. der Bundesrepublik stark abgeändert werden: Da die Deutsche Forschungsgemeinschaft die Sachbeihilfe erst Ende 1989 bewilligte, schied eine Nachwahlbefragung aus. Zudem war bei der Formulierung des Antrags nicht absehbar, daß die Partei der Republikaner nach der Wahl mit elf Mandaten in das Abgeordnetenhaus einziehen und damit der Rechtsextremismus ein wichtiges Thema auf der politischen Agenda werden würde. Ganz entscheidend wirkte sich jedoch die unvorhergesehene Öffnung der Mauer in Berlin am 9. November 1989 und der dann einsetzende Prozeß der Vereinigung aus: Die politische Öffentlichkeit war schlagartig mit neuen Problemlagen und Sachfragen beschäftigt, und es bot sich nun überdies kurzfristig die Chance, auch den Ostteil der Stadt in die Studie mit einzubeziehen. Aufgrund dieser veränderten politischen Lage war es für die Untersuchung der Krisenfaktoren im soziopolitischen Systems notwendig geworden, Fragen nach politischen Einstellungen und Verhaltensweisen und deren mittelfristige Determinanten sowie die Reaktion der Bürger auf die Umbruchsituation im Ost-West-Vergleich in den Mittelpunkt der Studie zu stellen<sup>6</sup>.

Inzwischen hatte sich die Forschungskommission der FUB ausführlich mit dem BUS-Antrag beschäftigt, mehrere auswärtige (auch internationale) Gutachten eingeholt und schließlich - im Juli 1991 - beschlossen, dem Universitätspräsidenten die Einrichtung einer entsprechenden **Arbeitsstelle** am Zentralinstitut zu empfehlen, sofern das Institut das notwendige Personal bereitstellt und ein Beirat eingerichtet wird (FNK 3/12/91). Der Institutsrat des

---

Thome 1985; Volkens 1985; Weßels 1985a, 1985b.

Zentralinstituts hatte bereits im Mai 1991 in einem Vorratsbeschuß Dr. Richard Stöss als Koordinator des Berlin-BUS eingesetzt und dessen Stelle teilweise sowie weitere Personalkapazität für den Berlin-BUS ausgewiesen. Das Vorhaben geriet dann allerdings in den Strudel der Haushaltsprobleme der Universität und der Debatte um die Zukunft des (mittlerweile aufgelösten) Zentralinstituts und wurde erst 1995 wieder aufgenommen.

## Das Konzept

Berlin stand schon immer im **Brennpunkt globaler politischer Entwicklungen**: zunächst als Nahtstelle des Eisernen Vorhangs und des Ost-West-Konflikts, dann als zentraler Faktor der weltweiten Entspannung. Heute nimmt es erneut eine herausragende Position ein, nämlich im Prozeß der Vereinigung der beiden Teile Deutschlands und als dessen Hauptstadt. Mehr noch: Berlin bildet eine **Brücke zu Osteuropa**, wo sich gegenwärtig revolutionäre Umwälzungen vollziehen: Der Sozialismus ist als gesellschaftsgestaltende Konzeption gescheitert, die UdSSR hat ihre hegemoniale Position verloren und ist mittlerweile zerfallen, und die osteuropäischen Staaten orientieren sich politisch und wirtschaftlich zunehmend am Westen. Die Europäische Union steht folglich am Vorabend eines gesamteuropäischen Staatenbundes, der eine entscheidende weltpolitische Kraft darstellen wird. Die Brückenfunktion Berlins bringt erhebliche Probleme mit sich, birgt aber auch ungeahnte Chancen für die Entwicklung der Stadt zu einem Zentrum des Dialogs und der wirtschaftlichen Kontakte zwischen West und Ost, Nord und Süd.

Berlin bildet mithin ein großes **gesellschaftlich-politisches Labor**, das den Sozialwissenschaften unvergleichliche Forschungsmöglichkeiten bietet und dadurch die Attraktivität des Wissenschaftsstandortes Berlin noch vergrößern könnte. Berlin hat gute Chancen, zu einem europäischen Wissenschaftszentrum mit sozialwissenschaftlichem Schwerpunkt zu werden. **Dies macht eine Service-Einrichtung wie den Berlin-BUS unabweisbar.**

Berlin steht mit Blick auf die Stadtentwicklung, die Wirtschaftsstruktur, das Wohnungs- und Verkehrswesen vor großen Herausforderungen: Die Einwohnerzahl wird sich längerfristig - trotz der gegenwärtig rückläufigen Entwicklung - drastisch vermehren. Die hohe Arbeitslo-

sigkeit dürfte zunächst weiter ansteigen. Das Verkehrswesen entspricht keineswegs den Anforderungen einer europäischen Metropole. Zudem mangelt es derzeit an bezahlbarem und qualitativ angemessenem Wohnraum. Diese Situation verschärft sich mit dem Bevölkerungswachstum. Um die wirtschaftliche Unabhängigkeit und die nötige Finanzkraft für die Zukunftsaufgaben zu erreichen, muß Industrieansiedelung in großem Umfang stattfinden und städtebaulich, ökologisch und sozial verkräftet werden. Dies wird nur in enger Kooperation mit dem Umland möglich sein. Die vorerst - 1996 - gescheiterte Bildung eines gemeinsamen Landes Berlin-Brandenburg hätte dabei hilfreich sein können, hätte aber auch zusätzliche Probleme geschaffen. Insgesamt bildet die Herstellung einheitlicher Arbeits- und Lebensbedingungen in beiden Stadthälften, die Angleichung des Lebensniveaus in den östlichen Bezirken an den Standard im Westen, eine politische Daueraufgabe, die sich vermutlich nicht in jeder Phase sozial verträglich und im Konsens mit den Beteiligten und Betroffenen lösen lassen wird.

Der Wandel der Stadt von einer ehemals vergleichsweise idyllischen Insel, die vom Bund großzügig alimentiert wurde, zu einer europäischen Metropole mit allen bekannten Problemen der anderen europäischen Hauptstädte, ist zwangsläufig mit **sozialen Problemen und Konflikten** verbunden. Das Zusammenleben der Berliner in Ost und West wird durch die bestehenden Disparitäten erschwert. Arbeitslosigkeit, Wohnungsnot und Perspektivmangel könnten sich zu erheblichen Konfliktpotentialen verdichten. Zudem steht Westeuropa, und damit gerade auch der Brückenkopf Berlin, vor einer starken Migrationswelle aus Osteuropa. Der multikulturelle Charakter der Stadt wird wachsen und damit auch die Gefahr von Fremdenfeindlichkeit und "Wohlstandschauvinismus". Angesichts der genannten sozialen Probleme könnte sich hier eine weitere Konfliktdimension eröffnen. Es ist absehbar, daß die Ausländer- und Flüchtlingspolitik des Senats künftig noch größere Steuerungs- und Integrationsaufgaben zu bewältigen haben wird als bisher.

Die Themenpalette für den geplanten Berlin-BUS ist nahezu unerschöpflich. Hier seien lediglich einige Komplexe aufgelistet, die kontinuierlich beobachtet und unter den verschiedenen Blickwinkeln einzelner sozialwissenschaftlicher Disziplinen bearbeitet werden können:

- Rolle Berlins als **Hauptstadt** und als **europäische Metropole**.
- **Politik allgemein:** Entstehung eines einheitlichen politischen Systems; Partizipation; Parteien; Wahlverhalten; politisches Klima; politischer Protest; Konflikte.
- **Einstellungs- und Wertewandel:** "neue" und "alte" Werte; Vorurteile; Extremismus; Leistung; Technik; Umwelt.
- **Arbeit und Wirtschaft:** Arbeitssituation; Arbeitsmarkt; Einstellungen zur Arbeit; wirtschaftliche Lage und Zufriedenheit.
- **Massenkommunikation:** Entwicklung und Auswirkung der Veränderung kommunikativer Strukturen in der Gesellschaft auf soziale Aspekte.
- **Freizeit:** Gruppenzugehörigkeit; Mitgliedschaften; Aktivitäten; Mediennutzung.
- **Soziale Integration:** soziale Profile; ethnische und nationale Minderheiten; marginalisierte Gruppen; Lebensformen.
- Lebens- und Arbeitsbedingungen von (auch ausländischen) **Frauen**, Gleichstellungsprobleme.
- **Sozialstrukturanalyse**.
- **Generationenproblem**, Verteilung von Lebenschancen.
- **Stadtsituation:** Lebenszufriedenheit; Wohnsituation; Verkehrssituation.
- **Gesundheit:** Versorgung; Problemeinschätzungen (AIDS, Drogen usw.); persönliche Vorsorge.
- **Umweltprobleme:** Belastungen; Forderungen; Zahlungsbereitschaft.
- **Alternativsektor:** Projekte; Aktivitäten.

Bislang steht in Berlin jedoch keine sozialwissenschaftliche Infrastruktur zur hinreichenden Erfassung, Beschreibung und Analyse gesellschaftlicher, politischer, kultureller und wirtschaftlicher Wandlungsprozesse in langfristiger und dynamischer Perspektive durch Umfragen zur Verfügung. Im Gegensatz dazu wuchs die sozialwissenschaftliche Nachfrage in den letzten Jahren beständig. In der Stadtforschung, in der wahlsoziologischen Forschung, in den Forschungen über Einstellungs- und Wertewandel, der Freizeitforschung etc. wird nicht nur im akademischen Bereich der **Bedarf nach kontinuierlicher Erfassung längsschnittorientierter Daten** in zunehmendem Maße artikuliert und das Fehlen eines institutionalisierten Vorhaltens derartiger Informationen beklagt. Gerade Einstellungs- und Verhaltensdaten sind von hohem sozialwissenschaftlichen Wert, eröffnen sie doch analytische

Perspektiven für die Beschreibung Berlins, wie sie bisher von keiner Seite kontinuierlich bereitgestellt werden.

Selbstverständlich wird die Mehrzahl dieser Themenkomplexe einerseits in berlinspezifischen Einzeluntersuchungen, andererseits im Rahmen bundesweiter Studien unter Einbeziehung Berlins bearbeitet. Das Datenangebot aus punktuellen, querschnittsbezogenen, zum Teil berlinspezifischen Einzeluntersuchungen, aus amtlichen Großzählungen oder aus Verwaltungsvollzügen reicht jedoch für den oben skizzierten Forschungsbedarf nicht aus. Es erfaßt die Realität nur sehr begrenzt, ist beschränkt auf ausgewählte Strukturdaten, ist zu spezialisiert oder erfolgt in zu großen Zeitabständen. Die berlinspezifischen Einzeluntersuchungen ermöglichen keine Längsschnittbetrachtungen. Selbst wenn alle wesentlichen Studien systematisch dokumentiert würden, ließe es die Verschiedenartigkeit ihrer methodischen Instrumente und Anlage nicht zu, kontinuierlich Längsschnittanalysen als Sekundäranalyse zu betreiben.

Um solche Studien durchführen zu können, wäre zumindest eine jährlich zu wiederholende Untersuchung notwendig, die jeweils methodisch vergleichbar angelegt sein und einen begrenzten, immer gleichen Satz von Indikatoren enthalten müßte. Damit wäre dann auch der Rahmen geschaffen, der eine sinnvolle Einordnung von Einzeluntersuchungen in längerfristige Entwicklungstrends erst ermöglichen und damit deren wissenschaftlichen Wert und praktischen Nutzen beträchtlich erhöhen würde.

Die genannten Probleme lassen sich dadurch lösen, daß eine **Berlin-Umfrage als regelmäßige wissenschaftliche Dienstleistung für die empirische sozialwissenschaftliche Forschung** eingerichtet wird.

Die Umfrage soll zunächst einmal jährlich unter Berliner Bürgern durchgeführt werden. Sie besteht aus einem möglichst großen verfügbaren **Projektforschungsteil** und einem **Standardteil** (einschließlich Sozialstatistik) sowie einem **aktuellen Thementeil**, der die Möglichkeit bietet, gegebenenfalls zusätzliche Probleme und Fragestellungen unabhängig von einer Längsschnittbetrachtung aufzugreifen.

Jeder Wissenschaftler an der Freien Universität und, darüber hinausgehend, auch aus universitären und außeruniversitären sozialwissenschaftlichen Forschungseinrichtungen in Berlin, insbesondere auch der Humboldt-Universität, der ein berechtigtes Interesse geltend macht, kann die Zuweisung von Fragen für seine Forschungszwecke beantragen. Über die

Verwendung des verfügbaren Teils der Umfrage entscheidet ein **Beirat** unter konkurrierenden Anträgen nach festzulegenden Kriterien und gegebenenfalls auf der Grundlage auswärtiger Gutachten. Die Daten werden nach Dokumentation und Erstauswertung der wissenschaftlichen Forschung und Lehre frei zugänglich gemacht.

## **Der Harold-Hurwitz-Survey**

Obwohl dieses - immer wieder aktualisierte - Konzept von rund 20 Wissenschaftlern der Berliner Universitäten und außeruniversitärer Forschungseinrichtungen aus den verschiedensten Fachgebieten unterstützt wird und obwohl die Landesstrukturkommission für die Berliner Hochschulen sowie ein Evaluierungsgutachten für das Zentralinstitut für sozialwissenschaftliche Forschung (Dezember 1993) die Durchführung des BUS befürworteten, war es aus finanziellen Gründen bisher nicht möglich, die vorgesehene "Arbeitsstelle Berlin-BUS" mit der notwendigen Ausstattung ("große Lösung") an der FUB einzurichten.

Erst 1995 kam wieder Bewegung in die Angelegenheit: Prof. Dr. Hans-Dieter *Klingemann* hatte einen Sponsor für eine "kleine Lösung" gefunden. Anlässlich der Veröffentlichung der Forschungsergebnisse des Berlin-Projekts von 1990 (April 1995) - das Buch<sup>7</sup> wurde dem "Pionier der Erforschung der Politischen Kultur in Berlin", Prof. Dr. Harold *Hurwitz*, gewidmet - stiftete die "**Deutsche Paul-Lazarsfeld-Gesellschaft**" der Freien Universität Berlin einen Berlin-Survey, der Harold *Hurwitz* zugeeignet wurde. Beginnend mit dem Jahr 1995 waren drei jährliche Umfragen (unter 1.000 repräsentativ ausgewählten wahlberechtigten Berlinerinnen und Berlinern) durch "**FORSA - Gesellschaft für Sozialforschung und statistische Analysen**" vorgesehen, um "damit die Chance der Erhebung von Trenddaten zu eröffnen". In dem Schreiben der Lazarsfeld-Gesellschaft vom 18. Juli 1995 an den Präsidenten der FUB hieß es weiter:

*"Der Berlin-Survey soll an Umfragen anknüpfen, die Hurwitz in der frühen Nachkriegszeit in Berlin durchgeführt hat, und an solche, die 1981 und 1990 von Sozialwissenschaftlern des Zentralinstituts für sozialwissenschaftliche Forschung der Freien Universität Berlin konzipiert wurden. Der Harold-Hurwitz-Berlin-Survey soll ein Instrument der Forschung*

---

7 Klingemann/Erbring/Diederich 1995.

*sein und die Lehre dadurch fördern, daß interessierte Studenten an das methodische Instrumentarium der Umfrageforschung herangeführt werden. Zu diesem Zweck bitten wir die Freie Universität Berlin, dem Harold-Hurwitz-Berlin-Survey eine institutionelle Verankerung zu geben."*

In Absprache mit dem Präsidenten der FUB wurden Dr. Richard *Stöss* vom Zentralinstitut für sozialwissenschaftliche Forschung und wenig später der neu an die Freie Universität Berlin berufene Prof. Dr. Oskar *Niedermayer* vom Fachbereich Politische Wissenschaft mit der wissenschaftlichen Durchführung des Vorhabens beauftragt.

Da für den Herbst 1995 die Wahlen zum Berliner Abgeordnetenhaus und zu den Bezirksverordnetenversammlungen anstanden, bot sich ein politisch aktueller Anlaß, die erste Welle des Surveys möglichst rasch durchzuführen. Den Fragebogen entwickelten Prof. Dr. Hans-Dieter *Klingemann*, Dr. Bernhard *Weßels* (beide waren inzwischen zum Wissenschaftszentrum Berlin gewechselt) und Dr. Richard *Stöss* gemeinsam mit Manfred *Güllner* (FORSA). FORSA besorgte auch die (telefonische) Erhebung zwischen dem 12. und dem 21. Oktober 1995, also kurz vor der Abgeordnetenhauswahl. Befragt wurden 2018 Personen. Die Erweiterung der Stichprobe war durch einen finanziellen Zuschuß des Präsidenten der FUB möglich geworden. Daß der Fragenkatalog ausführlicher ausfiel, als zu erwarten war, ist der großzügigen Kooperationsbereitschaft von FORSA zu verdanken.

Die vorliegende Broschüre enthält die Ergebnisse der wissenschaftlichen Analyse der ersten Befragungswelle. Gegenwärtig - 1997 - wird die zweite Befragung durch Manfred *Güllner*, Prof. Dr. Hans-Dieter *Klingemann*, Prof. Dr. Oskar *Niedermayer* und Dr. Richard *Stöss* vorbereitet.

Die Darstellung der Geschichte und der Intention des Berlin-BUS bliebe unvollständig, würde nicht abschließend kurz der Wissenschaftler vorgestellt werden, dem der Survey gewidmet ist:

**Harold Hurwitz** wurde am 13. Januar 1924 in Hartford, Connecticut, USA, geboren. Er studierte Soziologie bei Robert K. Merton und erwarb den akademischen Grad eines MA an der Columbia University. Dort lehrte Paul *Lazarsfeld*, dem *Hurwitz* damals anlässlich einiger

Vortragsveranstaltungen begegnete. 1946 kam er nach Berlin, wo er zunächst als Zivilangestellter der US-Militärregierung, später als Rundfunkjournalist und freier Auftragsforscher tätig war. 1963 promovierte *Hurwitz* zum Dr. phil. mit einer Untersuchung über die "heimlichen Leser" der Zeitschrift "Der Monat" in Ost-Berlin und der DDR. Sie beschäftigte sich mit den soziologischen Bedingungen von Einstellungen und Kommunikationsverhaltensweisen Andersdenkender in der DDR und stellte bestimmte Prognosen der Totalitarismustheorie auf Grund der Existenz freier Vergesellschaftungsprozesse (später Nischengesellschaften genannt) in Frage.

Nach dem Chruschtschow-Ultimatum im Jahre 1958 beauftragte Willy *Brandt* Harold *Hurwitz*, die politische Moral der Berliner Bevölkerung in einem kontinuierlichen Meinungsforschungsprogramm zu untersuchen. Die Ergebnisse hatten konkrete politikberatende Funktionen für Willy Brandt und Egon Bahr. Nach dem Bau der Berliner Mauer und der Kuba-Krise wurde die Fragestellung erweitert, um die Verträglichkeit der antikommunistischen Konsenshaltung der Bevölkerung mit einer zur Detente führenden Politik der "kleinen Schritte" zu testen. An diesem Meinungsforschungsprogramm waren hauptsächlich INFAS und Berlin-Test unter der Leitung von Dr. Klaus *Schreiber* beteiligt. Mehr als hundert Umfragen wurden von Anfang der sechziger bis Anfang der siebziger Jahre durchgeführt. Ständig wiederkehrende Trendfragen sind ebenso gestellt worden wie solche, die konkrete Krisensituationen betrafen. Außerdem war *Hurwitz* erfolgreich in dem Bemühen, die Rohdaten anderer Berlin-relevanter Umfragen zu erhalten. Als er Ende der sechziger Jahre an das Zentralinstitut für sozialwissenschaftliche Forschung der FUB kam, brachte er ein Datenarchiv mit, das mehr als zwanzig Jahre Berliner Geschichte umfaßte. Diese Geschichte wollte er als Soziologe und als politisch Engagierter aufschreiben.

*Hurwitz* gehört dem Zentralinstitut für sozialwissenschaftliche Forschung seit 1967 an, zunächst einige Monate als Wissenschaftlicher Assistent von Prof. Dr. Richard *Löwenthal*, der damals am Otto-Suhr-Institut, dem heutigen Fachbereich Politische Wissenschaft, lehrte, dann als Akademischer Rat. *Hurwitz* habilitierte sich im März 1972 und wurde am 4. April 1972 zum ordentlichen Professor ernannt. Am 31. März 1988 versetzte ihn der Präsident der FUB auf eigenen Wunsch in den vorzeitigen Ruhestand. Jetzt konnte er sich ausschließlich seinem Forschungs- und Publikationsvorhaben widmen.

*Hurwitz* arbeitet seit 1967 an seinem "**Berlin-Projekt**". Es trug ursprünglich den Titel "Die Haltung der Berliner Bevölkerung in Krisenzeiten", wurde später in "Die politische Moral der Berliner Bevölkerung von 1945 bis heute" umbenannt und lautet in der endgültigen Fassung "Demokratie und Antikommunismus in Berlin seit 1945".

Seit nahezu 30 Jahren geht es gleichwohl um dieselbe Sache: die Einstellungsforschung im zeitgeschichtlichen Kontext der Berliner Nachkriegsentwicklung. Im Vordergrund steht die Entwicklung der demokratischen politischen Kultur und die Überwindung autoritärer Tradierungen. Demokratie ist nach Hurwitz nicht nur "eine Frage der Etablierung oder Reformierung staatlicher oder gesellschaftlicher Institutionen, sondern wesentlich auch eine Frage kollektiver Erfahrungen und Lernprozesse".

Hurwitz:

*"Das Berlin-Projekt untersucht Entstehung, Verankerung und Tradierung des antikomunistischen Widerstandskonsenses der West-Berliner Bevölkerung von 1945 bis 1972. Die Untersuchung konzentriert sich auf Fragen autoritärer Tradierung und Demokratisierungsprozesse im Nachkriegsdeutschland. Heuristisches Leitkriterium ist dabei ein Modell, welches diesen Prozeß begreift als Ergebnis der gegenseitigen Wahrnehmungen und Reaktionen innerhalb der Interaktionstriade von Besatzungsmächten, politischen Eliten und Bevölkerung."*

Das Forschungsvorhaben ist interdisziplinär angelegt. Um den Wandel der Beziehungen zwischen diesen Akteuren erfassen zu können und die damit einhergehenden Einstellungen (attitudes) der Beteiligten in ihrer Dynamik in den Griff zu bekommen, werden Erklärungsansätze der kognitiv orientierten Sozialpsychologie, der Kulturosoziologie, der politischen Soziologie und Theorien kollektiven Verhaltens benutzt. Es findet eine Kombination von quantitativen und qualitativen Analysemethoden statt, die die Auswertung von Dateien zum Wahlverhalten und der Lebensdaten und Karriereverläufe von Parteimitgliedern und Funktionären einschließt.

Bislang erschienen folgende Bände unter dem Serientitel "**Demokratie und Antikommunismus in Berlin nach 1945**" im Kölner Verlag Wissenschaft und Politik:

- Die politische Kultur der Bevölkerung und der Neubeginn konservativer Politik, 1983, 395 S. (Band 1).
- Autoritäre Tradierung und Demokratiepotehtial in der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung, 1984, 324 S. (zusammen mit Klaus Sühl) (Band 2).

- Die Eintracht der Siegermächte und die Orientierungsnot der Deutschen 1945-1946, 1984, 295 S. (Band 3).
- Die Anfänge des Widerstands. Teil 1: Führungsanspruch und Isolation der Sozialdemokraten, 1990, 658 S.; Teil 2: Zwischen Selbsttäuschung und Zivilcourage: Der Fusionskampf, 1990, 830 S. (Band 4).

Im selben Verlag erschien:

- Zwangsvereinigung und Widerstand der Sozialdemokraten in der Sowjetischen Besatzungszone und Berlin, 1990, 173 S.

1997 veröffentlichte der Westdeutsche Verlag einen Exkursband der Reihe :

- Die Stalinisierung der SED. Zum Verlust von Freiräumen und sozialdemokratischer Identität in den Vorständen 1946-1949, 1997, 548 S. (Schriften des Zentralinstituts für sozialwissenschaftliche Forschung der Freien Universität Berlin, Bd. 79).

Richard Stöss/Oskar Niedermayer

## **Die Berliner Abgeordnetenhauswahl vom 22. Oktober 1995: Alles beim alten und doch vieles anders<sup>8</sup>**

### **1. Vorbemerkung**

Am 25. Januar 1996 wurde nach langen und schwierigen Verhandlungen mit der Wahl des neuen Senats der Prozeß der Regierungsbildung in Berlin abgeschlossen. Obwohl durch die Neuauflage der Großen Koalition unter Eberhard Diepgen (CDU) in der Exekutive machtpolitisch letztendlich alles beim alten blieb, hat die Wahl vom 22. Oktober 1995 im Berliner Parteiensystem doch vieles verändert: Die SPD, die 25 Jahre lang Mehrheitspartei in Berlin war und bis zu knapp 62 Prozent der Stimmen (1963) auf sich vereinigen konnte, landete unterhalb der 25-Prozent-Marke. Noch schlimmer traf es die FDP, die zweite auf eine lange historische Tradition zurückblickende Partei; sie wurde nahezu völlig aufgegeben. Dafür brachten es zwei "nicht-etablierte", für die SPD nicht oder nur bedingt koalitionsfähige Randparteien, die PDS und die Bündnisgrünen, auf zusammen fast 30 Prozent. Das Land wird mithin wiederum von einer CDU-SPD-Koalition regiert, von einer Koalition der alteingesessenen Parteien, denen die "Newcomer"-Parteien als Opposition gegenüberstehen. Diese Koalition ist zwar demokratisch legitimiert, verfügt aber wegen des hohen Nichtwähleranteils über keine Mehrheit in der Bevölkerung<sup>9</sup>.

Das Wahlergebnis provoziert eine Reihe von Fragen mit möglicherweise überregionaler Bedeutung, die nach der Wahl leidenschaftlich diskutiert wurden:

- Ist das Wahlergebnis als Vorbote für künftige Entwicklungen in anderen Ländern, vielleicht sogar im Bund, oder nur als Berlin-typischer Sonderfall zu interpretieren?
- Ist der unausweichliche Niedergang einer über hundertjährigen Partei, die in der politischen Kultur West-Berlins lange Zeit eine hegemoniale Position mit bundesweiter Aus-

---

<sup>8</sup> Dieser Artikel stellt eine erweiterte Fassung von Stöss/Niedermayer 1996 dar.

<sup>9</sup> Auch eine SPD-B90/G-PDS-Koalition hätte sich nicht auf eine Mehrheit der wahlberechtigten Bevölkerung stützen können.

strahlung innehatte, vorgezeichnet? Oder ist das Debakel der SPD eher durch regionale Spezifika zu erklären, die nicht verallgemeinert werden dürfen?

- Wird die SPD im Mitte-Links-Spektrum des Parteiensystems tendenziell von den Bündnisgrünen und der PDS verdrängt? Entwickelt sich die PDS zu einer linken Volkspartei, die mit wachsender Unzufriedenheit in Ostdeutschland über den Verlauf des Einigungsprozesses auch massenhaft Proteststimmen zu mobilisieren vermag?
- Wird die SPD durch die Fragmentierung des Mitte-Links-Spektrums und das Scheitern der Liberalen als Juniorpartner in Große Koalitionen gezwungen, die beiden Beteiligten schaden, den Niedergang der SPD aber beschleunigen?

Wir werden zunächst die wesentlichen Ergebnisse der Wahl darstellen und uns dann etwas eingehender mit dem Niedergang der SPD und der Rolle der PDS im Berliner Parteiensystem befassen.

## **2. Das Wahlergebnis**

Zur Wahl des Abgeordnetenhauses (AH) und der 23 Bezirksverordnetenversammlungen (BVV) waren rund 2,5 Millionen Wahlberechtigte aufgerufen. Bei der BVV-Wahl konnten erstmalig in Deutschland zusätzlich knapp 53.000 ausländische EU-Bürger das aktive und passive Wahlrecht ausüben. Um die Wählergunst bewarben sich bei der AH-Wahl 23 Parteien und sechs Einzelbewerber, bei der BVV-Wahl 27 Parteien und Wählergemeinschaften. Gleichzeitig hatten die Berliner die Gelegenheit, über die neue Landesverfassung abzustimmen.

Die Wahlbeteiligung fiel gegenüber der Vorwahl um über 12 Prozentpunkte auf 68,6 Prozent und unterschied sich damit nur noch unwesentlich von der durchschnittlichen Wahlbeteiligung in den anderen Bundesländern. In den ersten beiden Jahrzehnten nach Gründung der Bundesrepublik war die Wahlbeteiligung in West-Berlin vergleichsweise hoch gewesen, was vor allem mit der besonderen politischen Situation der geteilten Stadt begründet wurde (Schmollinger 1989: 314 f.). Danach begann sich die Berliner Wahlbeteiligung dem Durchschnitt der anderen Bundesländer anzunähern, stieg jedoch Ende der achtziger Jahre erneut vergleichsweise stärker an, wobei sich die relativ hohe Beteiligung

an der AH-Wahl 1990 auch durch die Tatsache erklären läßt, daß damals gleichzeitig Bundestagswahlen stattfanden. Der Beteiligungsrückgang seit den siebziger Jahren kann zum einen auf die Entspannung der politischen Lage Berlins zurückgeführt werden, zum anderen ist er auch Ausdruck des allgemeinen, auf Bundes- wie Landesebene zu beobachtenden Trends nachlassender Bindungskraft des deutschen Parteiensystems.

<b>Tabelle 1: (Zweit-) Stimmenanteile ausgewählter Parteien bei den Wahlen zum Abgeordnetenhaus von Berlin 1950 - 1995</b>								
Jahr	Wahlbet.	CDU	SPD	FDP	B90/G <sup>a)</sup>	REP	PDS	Sonstige
1950	90,4	24,7	44,7	23,1				7,6
1954	91,8	30,4	44,6	12,8				12,2
1958	92,9	37,7	52,6	3,8				5,9
1963	89,9	28,8	61,9	7,9				1,3
1967	86,2	32,9	56,9	7,1				3,1
1971	88,9	38,2	50,4	8,4				3,0
1975	87,8	43,9	42,6	7,1				6,4
1979	85,4	44,4	42,7	8,1	3,7			1,2
1981	85,3	48,0	38,3	5,6	7,2			0,9
1985	83,6	46,4	32,4	8,5	10,6			2,1
1989	79,6	37,7	37,3	3,9	11,8	7,5		1,7
1990	80,8	40,4	30,4	7,1	9,3	3,1	9,2	0,5
1995	68,6	37,4	23,6	2,5	13,2	2,7	14,6	6,0

a) Alternative Liste Berlin, Die Grünen, Bündnis 90/Die Grünen.  
Quelle: Forschungsgruppe Wahlen 1995b: 105.

Gemessen an der Zahl der *Wahlberechtigten* bildeten die Nichtwähler 1995 in Berlin mit 31,4 Prozent die größte "Partei", gefolgt von der CDU mit 25,2 Prozent und der SPD mit 15,9 Prozent. Selbst eine Große Koalition kann sich mithin in der Bundeshauptstadt nicht auf eine Mehrheit der Bevölkerung stützen.

<b>Tabelle 2: (Zweit-) Stimmenanteile ausgewählter Parteien bei Wahlen in Berlin 1995, 1994 und 1990</b>			
Partei	Berlin	Berlin-West	Berlin-Ost
<b>Abgeordnetenhaus 1995</b>			
CDU	37,4	45,4	23,6
SPD	23,6	25,5	20,2
B90/GRÜNE	13,2	15,0	10,0
PDS	14,6	2,1	36,3
FDP	2,5	3,4	1,1
REP	2,7	2,6	2,9
Sonstige	6,0	6,0	5,9
<b>Bezirksverordnetenversammlungen 1995</b>			
CDU	36,0	44,0	21,8
SPD	26,3	27,6	23,9
B90/GRÜNE	12,6	15,9	6,7
PDS	15,0	1,8	38,2
FDP	1,8	2,3	1,0
REP	3,0	2,9	3,2
Sonstige	5,3	5,5	5,2
<b>Bundestag 1994</b>			
CDU	31,4	38,7	19,5
SPD	34,0	34,6	33,1
B90/GRÜNE	10,2	12,3	6,9
PDS	14,8	2,6	34,7
FDP	5,2	7,2	1,9
REP	1,9	2,0	1,7
Sonstige	2,5	2,6	2,2
<b>Abgeordnetenhaus 1990</b>			
CDU	40,4	49,0	25,0
SPD	30,4	29,5	32,1
B90/GRÜNE	9,3	8,2	11,4
PDS	9,2	1,1	23,6
FDP	7,1	7,9	5,6
REP	3,1	3,7	1,9
Sonstige	0,5	0,6	0,4

Quelle: Landeswahlleiter 1995: Abschn. 1.1, 2

Bei der AH-Wahl wurde die CDU mit 37,4 Prozent stärkste Partei. An zweiter Stelle folgte die SPD mit dem historisch fast einmalig schlechten Resultat von 23,6 Prozent. Noch beschei-

denere Landesresultate hatte sie nur 1955 im Saarland hinnehmen müssen, wo beide sozialdemokratischen Parteien - allerdings unter politischen Sonderbedingungen (Dingel 1984) - zusammen 20,1 Prozent erhielten, weiterhin 1990 und 1994 in Sachsen (19,1 Prozent, 16,6 Prozent) und 1990 in Thüringen (22,8 Prozent). Drittstärkste Partei wurde die PDS (14,6 Prozent), die allerdings in Ost-Berlin, also in der ehemaligen Hauptstadt der DDR, mit über 36 Prozent unangefochten die dominierende politische Kraft darstellt, während ihre "Westausdehnung" - mit 2,1 Prozent in West-Berlin - wiederum gescheitert ist. Die Postkommunisten eroberten in Ost-Berlin 34 von 36 Direktmandaten, eines fiel an die CDU, die im Westen in 50 von 54 Wahlkreisen die Mehrheit erzielte. Die Bündnisgrünen, die mit 13,2 Prozent nur wenig schlechter als die PDS abschnitten, gewannen zwei Direktmandate im Westteil der Stadt, die SPD eines im Ost- und zwei im Westteil<sup>10</sup>. Die FDP (2,5 Prozent) wurde zu einer bedeutungslosen Splitterpartei dezimiert, die selbst von den Republikanern (2,7 Prozent) noch überflügelt wurde.

Schon am Wahlabend setzte eine Kontroverse darüber ein, wer die Wahl gewonnen habe und wie die Verluste der einzelnen Parteien zu beurteilen seien. Derartige Kontroversen gehören zum Ritual des "Schönredens" der eigenen Verluste und des "Kleinredens" der Gewinne anderer, hatten in Berlin jedoch einen ernsthaften Hintergrund. Normalerweise werden Wahlergebnisse mit denen der entsprechenden Vorwahl verglichen, in Berlin also mit der AH-Wahl 1990. Dies taten die Demoskopien von ARD und ZDF denn auch und gelangten folgerichtig zu dem Resultat, daß die etablierten Parteien Stimmeneinbußen hinnehmen mußten (CDU -3,0 PP<sup>11</sup>, SPD -6,8 PP, FDP -4,6 PP), während die neuen Parteien, insbesondere die PDS, zu Wahlsiegern erklärt wurden (PDS +5,4 PP, B90/G +3,9 PP). Bald tauchten jedoch Zweifel daran auf, ob mit der AH-Wahl 1990 der angemessene Vergleichsmaßstab gewählt worden war (u.a. FGW 1995a: 55). Denn sie hatte in Berlin gleichzeitig mit der ersten gesamtdeutschen Bundestagswahl stattgefunden, die in der Wahlforschung überwiegend als Plebiszit über die deutsche Einheit interpretiert wurde (v. Beyme 1991; Feist 1991; Gibowski/Kaase 1991): Im Dezember 1990 seien CDU und FDP daher über-, SPD, B90/G und PDS dagegen unterbewertet gewesen. Als geeignete Referenzwahl wurde die Bundestagswahl 1994 vorgeschlagen (vgl. Tab. 2). Danach wäre nicht die SED-

---

10 Aufgrund von 12 Überhang- und 44 Ausgleichsmandaten erhöhte sich die Anzahl der Sitze im Abgeordnetenhaus von 150 auf 206. Sie verteilen sich wie folgt: CDU 87, SPD 55, B90/G 30, PDS 34.

11 Prozentpunkte.

Nachfolgerin PDS, sondern die CDU (+6,0 PP) die Wahlsiegerin gewesen, gefolgt von den Bündnisgrünen (+3,0 PP). Die Verluste der SPD wären noch dramatischer zutage getreten (-10,4 PP), die Niederlage der FDP etwas tröstlicher ausgefallen (-2,7 PP), und die PDS (-0,2 PP) hätte sogar auf der Verliererseite gestanden.

Bei der Interpretation des Wahlergebnisses scheint uns der Streit über die "richtige" Vergleichsperspektive nicht von ausschlaggebender Bedeutung zu sein. Für welche man sich auch immer entscheidet: Das Resultat der CDU fiel angesichts ihrer guten Ausgangsbedingungen enttäuschend aus. Denn sie hatte bundespolitischen Rückenwind, weil die Union insgesamt besser beurteilt wurde als die SPD und Helmut Kohl wesentlich populärer war als Rudolf Scharping. Auch die Berliner CDU konnte sich über günstigere Bewertungen in der Bevölkerung freuen als ihr sozialdemokratischer Koalitionspartner (FGW 1995a: 46 f.). Der Anteil der Berliner, der es der CDU eher zutraute, die Probleme der Stadt zu lösen, war zumeist größer als der, der die allgemeine Problemlösungskompetenz eher bei der SPD sah; er verdoppelte sich sogar noch im Monat vor der Wahl (s. Grafik 4). Und schließlich wünschten sich seit April 1995 deutlich (und mit zunehmender Tendenz) mehr Berliner Eberhard Diepgen als Regierenden Bürgermeister (s. Grafik 2). Die Wettbewerbschancen der CDU waren auch deshalb vergleichsweise gut, weil sie im Mitte-Rechts-Lager keine Konkurrenz und daher keine nennenswerten Wählerabwanderungen fürchten mußte. Sie profitierte vom Niedergang der FDP, indem sie sich von Anfang an auf eine Große Koalition festgelegt und damit taktischem Wahlverhalten ihrer Anhänger zugunsten einer "bürgerlichen" Koalition mit der FDP einen Riegel vorgeschoben hatte.

Bevor der Frage nachgegangen wird, warum das CDU-Ergebnis angesichts dieser Wettbewerbsvorteile nicht besser ausgefallen ist, muß angemerkt werden, daß die CDU im Ostteil der Stadt erheblich schlechter abschnitt als im Westen. Dort brachte sie es auf 45,4 Prozent (gegenüber 23,6 Prozent im Osten), was immerhin ihr viertbestes Resultat in den westlichen Bezirken seit 1950 bedeutete. In Ost-Berlin reichte es durchaus noch für den zweiten Rang nach der PDS<sup>12</sup>. Zudem erwies sie sich als stärkste Partei in allen Berufsgruppen der Stadt (auch bei den Arbeitern) und bei den Gewerkschaftsmitgliedern. Selbst die Arbeitslosen sprachen sich nicht stärker für die SPD als für die CDU aus (vgl. Tab. 3).

---

12 Bei den BVV-Wahlen wurde sie im Osten allerdings knapp von der SPD überflügelt (23,9% zu 21,8%; vgl. Tab 2).

<b>Tabelle 3: Das Wahlverhalten in ausgewählten sozialen Gruppen bei der Berliner Wahl am 22.10.1995 (Zeilenprozent)<sup>a)</sup></b>					
	CDU	SPD	B90/G	PDS	FDP
Insgesamt	37,4	23,6	13,2	14,6	2,5
Alter					
18-24 Jahre	24	19	24	17	2
25-34 Jahre	25	22	23	16	2
35-44 Jahre	29	22	18	20	2
45-59 Jahre	44	24	10	12	3
60 u. älter	50	28	3	12	2
Erwerbsstatus					
berufstätig	35	22	16	15	3
Rentner	48	28	3	13	2
in Ausbildung	19	21	34	16	2
arbeitslos	25	25	12	23	2
Berufsgruppe					
Arbeiter	33	27	8	14	2
Angestellte	36	24	13	18	2
Beamte	48	20	14	9	2
Selbständige	40	16	19	14	5
Gewerkschaftsmitglieder					
Mitglied					
ja	30	28	13	18	2
nein	39	22	14	14	3
Arbeiter u. Gewerk.					
Mitglieder	31	31	8	13	1
keine Mitglieder	35	25	8	15	2
Angestellte u. Gewerk.					
Mitglieder	28	27	13	24	2
keine Mitglieder	38	23	14	16	3

Quelle: FGW, Wahltagsbefragung (Urnenwähler). FGW 1995a: 19, 25.

a) Die Werte addieren sich nicht auf 100, da die sonstigen Parteien nicht aufgeführt sind.

Vermutlich beruhte die Mobilisierungsschwäche der Union, die sich in erster Linie im Ostteil Berlins bemerkbar machte, auf der veränderten Stimmungslage in den neuen Bundesländern seit 1992 (Neugebauer/Stöss 1996: 192 ff.; Niedermayer 1996): Einheitstaumel und Zukunftsoptimismus waren zunehmend einer allgemeinen Ernüchterung bezüglich der ökonomisch-sozialen Verhältnisse (Massenarbeitslosigkeit, soziale Desintegration etc.) im vereinten Deutschland gewichen. In dem Maß, wie die versprochene bzw. erhoffte Verbesserung der Lebenslage ausblieb, verstärkten sich Unzufriedenheit, Parteiverdrossenheit,

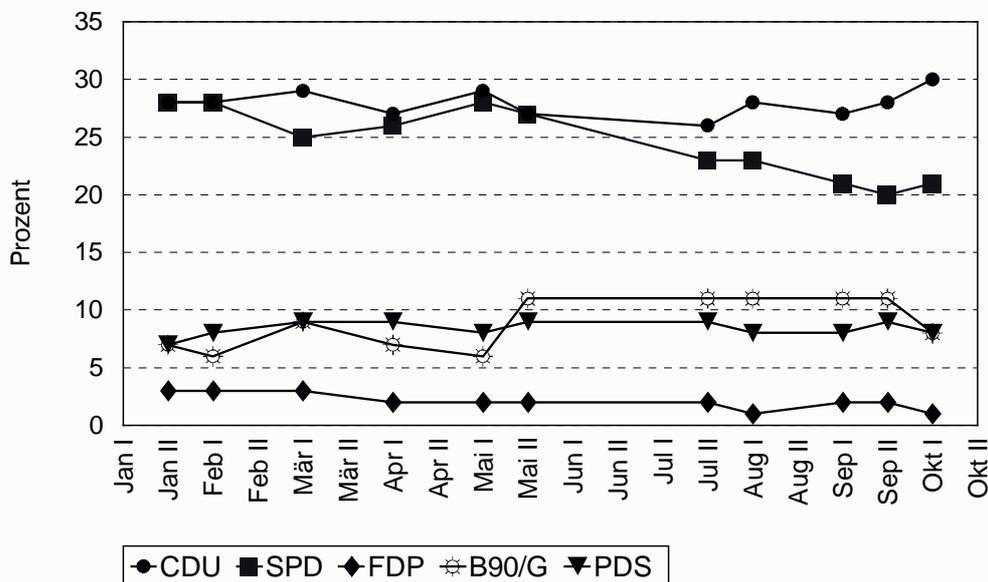
Mißtrauen gegenüber der Bundesregierung und Rechtsextremismus. Die Skepsis gegenüber dem politischen System der Bundesrepublik und der Marktwirtschaft wuchs, die Erinnerungen an die Realität des Staatssozialismus verblaßten. Die Ostdeutschen begannen, die Leistungen des alten Systems zu verklären und ein neues Selbstbewußtsein gegenüber den "Wessis" zu entwickeln. Dieser Stimmungsumschwung begünstigte den Aufstieg der PDS in den ostdeutschen Ländern und in Ost-Berlin, der sich zu Lasten aller Westparteien vollzog. Allerdings konnte sich die CDU in Ost-Berlin gegenüber ihrem mageren Bundestagswahlergebnis von 1994 wieder etwas verbessern (+2,3 PP), während die SPD in diesem Zeitraum dort fast zehn Prozentpunkte einbüßte (Tab. 2).

Überdies dürfte sich die Große Koalition hinderlich auf die Mobilisierungschancen der CDU (ebenso der SPD) ausgewirkt haben. Erfahrungsgemäß finden derartige "Elefantenhochzeiten" bei den Wählern wenig Anklang. Und wenn, wie in Berlin, die Fortsetzung dieses Bündnisses allgemein erwartet wird und der Wahlausgang zudem absehbar erscheint, dann stellt sich bei den Wählern besonders häufig das Gefühl ein, daß ihre Stimme nicht gebraucht wird bzw. keinen Einfluß auf die Regierungsbildung hat.

So konnte auch das Scheitern der FDP an der Fünf-Prozent-Hürde nicht mehr überraschen. Sie war schon seit dem Jahresanfang 1995 in den Umfragen permanent deutlich unter fünf Prozent geblieben (vgl. Grafik 1). In ihrem Wahldebakel spiegelte sich die desolote Lage der FDP im Bund wider (Falter/Winkler 1996; für Ostdeutschland: Vorländer 1996; Schiller/Weinbach 1996), die bei der Bundestagswahl 1990 mit 11 Prozent eines ihrer bisher besten Ergebnisse erzielen konnte, 1994 jedoch auf 6,9 Prozent zurückfiel und auch dieses magere Ergebnis nicht aus eigener Kraft erzielte, sondern durch ein taktisches Votum unionsnaher Wähler, die mit der Rettung der Liberalen den Fortbestand der Koalition sichern wollten (Jung/Roth 1994: 14). Auf der Landesebene war die Partei im Herbst 1993 noch in allen 16 Länderparlamenten vertreten, vor der Abgeordnetenhauswahl in Berlin jedoch nur noch in fünf. Die Ursachen für diesen Niedergang lagen auch in der Entwicklung der gesellschaftlichen Problemstruktur, d.h. in der Dominanz von für die FDP eher ungünstigen Themen, insbesondere jedoch in ihrem personellen wie inhaltlichen Politikangebot. In einer Phase zunehmender Personalisierung von Politik fehlten ihr die herausragenden politischen Führungspersönlichkeiten, die das Image der Partei nachhaltig und positiv prägen konnten. Mindestens ebenso wichtig war jedoch, daß die Partei von den beiden Funktio-

nen, auf denen ihre strategische Stellung im Parteiensystem basiert, nämlich die Rolle der

**Grafik 1: Politische Stimmung in Berlin Januar bis Oktober 1995**



Daten: FORSA

Mehrheitsbeschafferin und des liberalen Korrektivs (See/Vorländer 1987), letztere seit einiger Zeit sträflich vernachlässigt (Lösche/Walter 1996). Die immer stärker rein machtpolitische und immer weniger politisch-programmatische Positionsbestimmung führte dazu, daß die Partei zunehmend als bloßes Anhängsel der Union und nicht als eigenständige Kraft mit inhaltlichem Profil perzipiert wurde, was ihr bei den Wählern mehr und mehr geschadet hat<sup>13</sup>. Hinzu kam jedoch auch eine Reihe von Berlin-spezifischen Gründen: die innerparteilichen Macht- und Flügelkämpfe, der Streit um die "Friseuraffäre" der Partei- und Fraktionsvorsitzenden Carola v. Braun, der 1994 mit ihrem Rücktritt seinen Höhepunkt fand, weiterhin die Diskussionen um die Strategie der Gruppe um den ehemaligen Generalbundesanwalt Alexander v. Stahl, der Partei ein nationalliberales Profil zu geben, und schließlich die heftigen Auseinandersetzungen um die Aufstellung von Landeslisten für die

13 Diese Botschaft ist von der neuen Bundesführung um den Vorsitzenden Wolfgang Gerhardt und den Generalsekretär Guido Westerwelle offenbar verstanden worden. Im Vorfeld der Landtagswahlen in Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und Schleswig-Holstein bemühte sie sich jedenfalls mit tatkräftiger Unterstützung der CDU/CSU, ihr Profil als "Steuersenkungspartei" zu schärfen. Die guten Ergebnisse bei den drei Landtagswahlen am 24. März 1996 verdankte die FDP aber auch der Absicht ihrer - weithin unionsnahen - Wählerschaft, rot-grüne Koalitionen zu verhindern.

AH-Wahl. Zudem konnte die FDP im Rahmen ihrer Zweitstimmenkampagne den Wählern auch nicht recht vermitteln, warum es zur Regierungsbildung unabdingbar sei, die FDP ins Abgeordnetenhaus zu bringen. Denn seitens der CDU wurde diese Kampagne deutlich unterlaufen, da sie nicht mit einem Einzug der FDP in das Parlament rechnete und darauf setzte, stärkste Partei in einer Neuauflage der Großen Koalition zu werden.

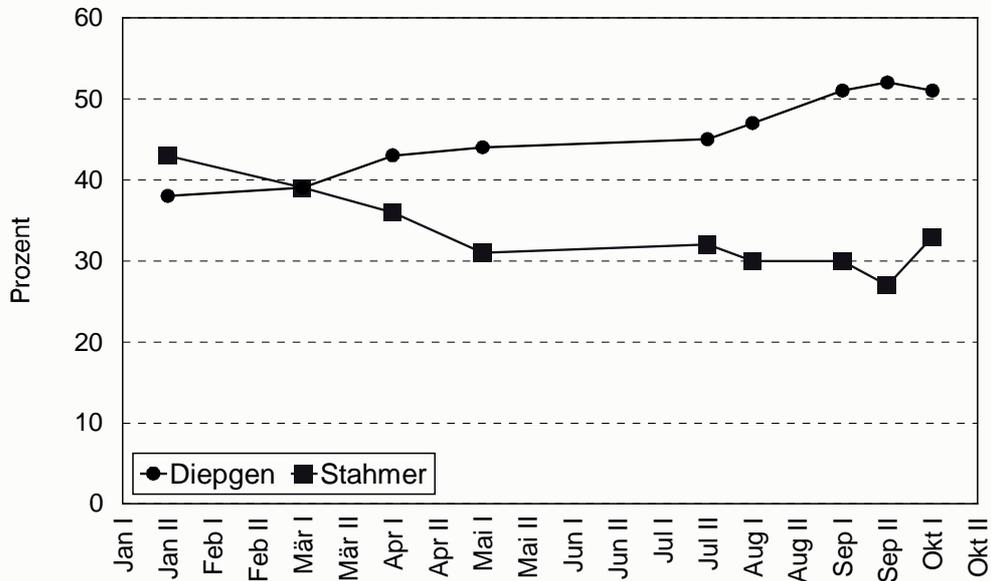
Auch das Abschneiden von Bündnis 90/Die Grünen lag im Bundestrend (Poguntke 1993; Kleinert 1996). Nachdem die West-Grünen bei der Bundestagswahl 1990 mit ihrem Scheitern an der Fünf-Prozent-Hürde eine unerwartete Schlappe einstecken mußten, konnten sie in fast allen westdeutschen Landtagswahlen 1991-95 Stimmengewinne verbuchen und zogen auch 1994 wieder in den Bundestag ein. In Ostdeutschland wurde die Partei jedoch zunehmend (nicht zuletzt wegen des erwähnten Stimmungsumschwungs und der Tatsache, daß ökologische Themen dort nicht an vorderster Stelle auf der politischen Agenda stehen) marginalisiert (Poguntke 1993; Wielgohs 1994). Sie mußte 1994 in allen ostdeutschen Landtagswahlen teilweise deutliche Verluste hinnehmen und konnte nur noch in Sachsen-Anhalt mit großer Mühe die Sperrklausel überwinden. Analog zu diesem Trend schnitten die Grünen auch in Berlin ab. Ihre deutlichen Stimmengewinne waren allein auf das gute Abschneiden in den Westberliner Bezirken zurückzuführen. Im Ostteil der Stadt mußten sie sich dagegen fast überall mit Stimmenverlusten abfinden. Obwohl sie zu den Gewinnern dieser Wahl gehörten<sup>14</sup>, was vor allem auf die gute Bilanz ihrer Oppositionspolitik zurückzuführen ist (FGW 1995a: 52 f.), haben die Bündnisgrünen ihre wesentlichen Wahlziele nicht erreicht: im Osten Fuß zu fassen, drittstärkste Partei zu werden und vor allem die bisherige Große Koalition durch ein rot-grünes Bündnis abzulösen.

Daß diese Alternative nicht in Betracht kam, lag freilich am Wahldebakel der SPD, das wir gleich ausführlich analysieren werden. Nach dem blamablen Scheitern des rot-grünen Senats unter Walter Momper vor der AH-Wahl 1990 war es überdies zweifelhaft, ob eine Neuauflage dieses Regierungsbündnisses in der SPD durchsetzbar gewesen wäre, selbst wenn es die Kräfteverhältnisse im Abgeordnetenhaus gestattet hätten. Jedenfalls wurde nach der Wahl in der SPD heftig darüber gestritten, ob die von der Spitzenkandidatin Ingrid Stahmer bewußt vermiedene Koalitionsaussage zugunsten der Bündnisgrünen der SPD

---

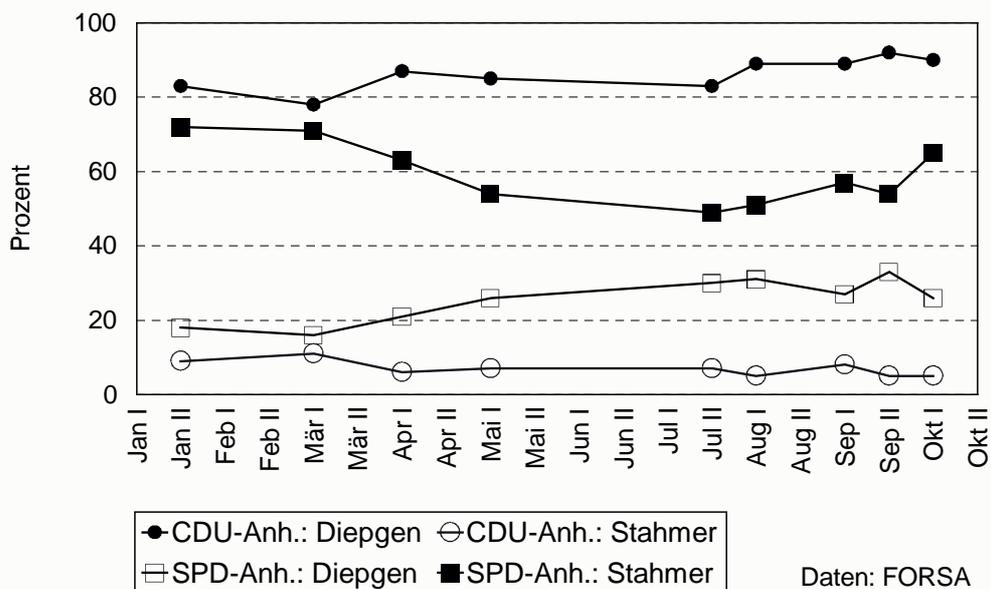
14 Mit 13,2% erreichten sie das zweitbeste Ergebnis auf Landesebene seit ihrem Bestehen. Nur in Hamburg brachten sie es 1993 auf 13,5%.

**Grafik 2: Bürgermeisterpräferenz in Berlin Januar bis Oktober 1995**



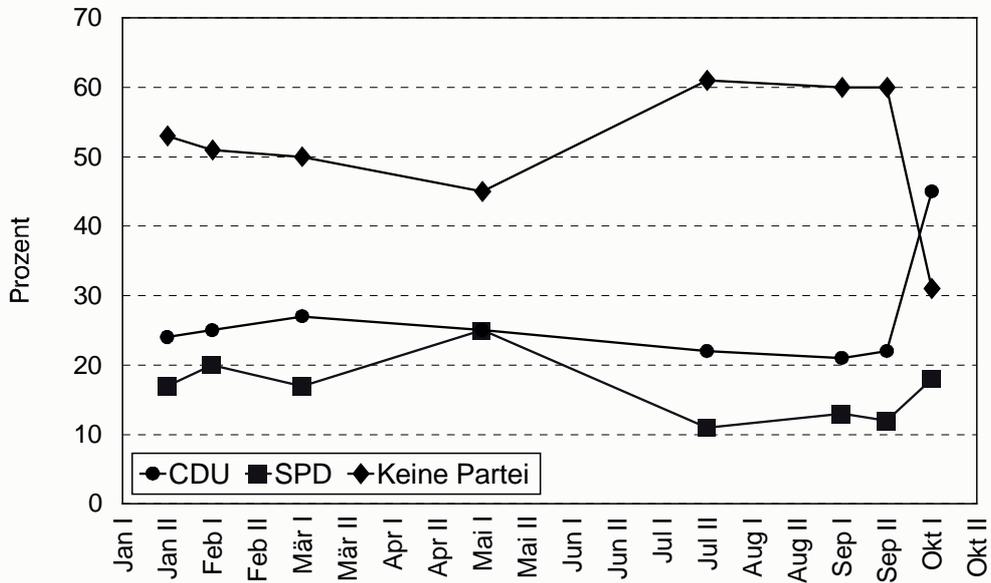
Daten: FORSA

**Grafik 3: Bürgermeisterpräferenz der Anhänger von CDU und SPD in Berlin Januar bis Oktober 1995**



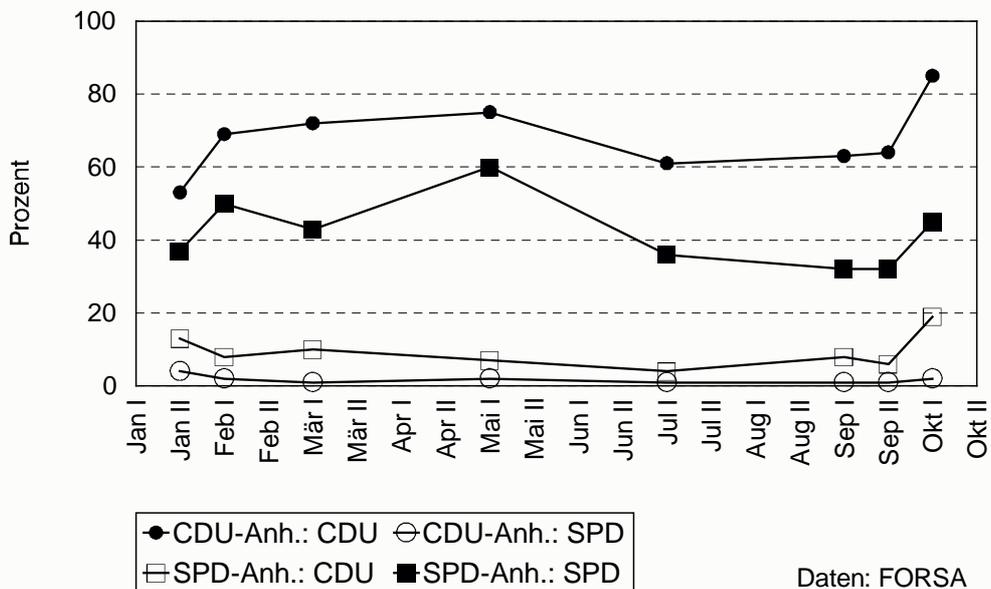
Daten: FORSA

**Grafik 4: Allgemeine Problemlösungskompetenz in Berlin  
Januar bis Oktober 1995**



Daten: FORSA

**Grafik 5: Allgemeine Problemlösungskompetenz nach CDU- und  
SPD-Anhängern in Berlin Januar bis Oktober 1995**



Daten: FORSA

geschadet habe, ob mit einer neuerlichen Beteiligung der SPD an einer Großen Koalition der Wählerwille verfälscht und sich der Abwärtstrend der SPD fortsetzen würde und ob sich die SPD (gemeinsam mit B90/G und PDS) in die Opposition begeben und eine CDU-Minderheitsregierung tolerieren solle. Dieser Streit vermittelte selbst wohlwollenden Beobachtern den Eindruck, daß selbst ein Wahldesaster kein Anlaß für die SPD ist, ihre politisch-programmatische Position im Parteiensystem zu überdenken - daß eben alles beim alten geblieben ist.

### **3. Der Niedergang der Berliner SPD**

Das Wahlergebnis der Berliner SPD von 1995 stellt den bisherigen Tiefpunkt eines Abwärtstrends dar, der in (West-)Berlin seit fast 30 Jahren zu beobachten ist. Bis Ende der achtziger Jahre konnte sich die Sozialdemokratie in der "Halbstadt" im Schnitt auf knapp die Hälfte der Wähler stützen, zwischen 1958 und 1971 sogar auf eine zumeist deutliche Mehrheit. Ihr Resultat bei der AH-Wahl 1990 (30,4 Prozent) stellte schon damals die absolute Talsohle der Entwicklung dar, die allerdings zu Recht auch den besonderen Rahmenbedingungen (erste gesamtdeutsche Bundestagswahl als Volksabstimmung über die deutsche Einheit) angelastet wurde. Aber auch mit 34 Prozent der Zweitstimmen bei der Bundestagswahl 1994 fiel die SPD hinter ihr AHW-Ergebnis von 1989 (37,3 Prozent) zurück (vgl. Tab. 1, 2). Gegenüber der AH-Wahl 1990 büßte die SPD 1995 36,0 Prozent an Zweitstimmen ein, gegenüber der Bundestagswahl 1994 sogar 40,7 Prozent. Welche Wahl auch immer als Vergleichsmaßstab herangezogen wird: Der beispiellose Erosionsprozeß des Wählervertrauens hatte sich fortgesetzt.

Zur Erklärung dieses Wahldebakels sind zunächst einige allgemeine Bemerkungen über die Bestimmungsgründe des Wahlverhaltens notwendig. Das Wahlverhalten wird von kurz- und längerfristigen Faktoren beeinflusst. Die kurzfristigen Faktoren werden durch die Kandidatenorientierungen und die Haltung zu Sachfragen bestimmt, sind also eher wahlkampfbezogen. Der längerfristige Faktor besteht in einer bei vielen Wählern vorhandenen Parteibindung, gewissermaßen einer psychologischen Parteimitgliedschaft. Diese Parteibindung kann expressiv sein: Dann besitzt die Bindung selbst einen Eigenwert, sie ist gefühlsbetont und gründet sich auf Normen und Werte, die vor allem vom sozialen Umfeld des

einzelnen vermittelt werden. Sie kann aber auch instrumenteller Natur sein: Dann ist die Parteibindung Mittel zum Zweck, man ist an diejenige Partei gebunden, die den eigenen politischen Zielvorstellungen am nächsten kommt oder von deren politischem Handeln man sich handfeste materielle Vorteile verspricht. Wenn dies längere Zeit dieselbe Partei ist, entwickelt sich auch hier eine Bindung, von der die Wahlentscheidung längerfristig beeinflusst wird. Expressive Parteibindungen sind jedoch stabiler und lassen sich nicht so leicht erschüttern, während instrumentelle Bindungen durch Parteihandeln (also durch ein attraktives personelles und inhaltliches Politikangebot) immer wieder gefestigt werden müssen und sich bei andauerndem unbefriedigendem Politikangebot leichter abschwächen oder sogar auflösen. Insbesondere die expressive Parteibindung wird durch die Zugehörigkeit zu sozialen Gruppen beeinflusst. Dies hat vor allem historische Gründe.

Die historische Verwurzelung der SPD liegt in einer der Hauptkonfliktlinien, die Deutschland seit dem Kaiserreich geprägt haben: im Klassenkonflikt. Verstärkt wurde die Prägekraft dieser Konfliktlinie durch die frühe Herausbildung eines durch das gemeinschaftsbildende Zusammentreffen ökonomischer, kultureller und regionaler Faktoren gekennzeichneten sozialistischen Milieus<sup>15</sup>, das insbesondere von den Gewerkschaften organisatorisch und durch Vermittlung von Wahlnormen gestützt wurde. Das sozialistische Milieu bildete ein eindimensionales Sozialisationsumfeld, das relativ stabile, emotional-normativ motivierte Parteibindungen hervorbrachte. Damit konnte die SPD auf die im sozialistischen Milieu verankerte gewerkschaftlich organisierte Industriearbeiterschaft als Kernwählerschaft bauen. Miteinander verwobene Prozesse des sozioökonomischen und soziokulturellen Wandels, des Wertewandels, der Säkularisierung und der Individualisierung haben jedoch in der alten Bundesrepublik seit einiger Zeit zu einer deutlichen Schrumpfung dieses Milieus geführt. In der ehemaligen DDR konnte eine vergleichbare Milieubindung der Arbeiterschaft nicht überdauern, da eine klare Abgrenzung zu anderen Werktätigen fehlte und die freie Interessenartikulation und -repräsentation durch Gewerkschaften unterdrückt wurde (Schmitt 1994: 202).

In Berlin haben sich diese Prozesse wegen der raschen Deindustrialisierung in den westlichen Bezirken und der Vereinigung mit Ost-Berlin noch weitaus stärker ausgewirkt als in anderen Teilen Deutschlands. So verminderte sich der Anteil der Arbeiter an den Er-

werbsspersonen von 53 Prozent im Jahr 1950 (West-Berlin) auf 28 Prozent im Jahr 1993 (Berlin insgesamt). Bei der AH-Wahl 1995 betrug der Anteil der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter an der Wählerschaft der SPD ganze neun Prozent (FGW 1995a: 27). 27 Prozent der (an der Wahl beteiligten) Arbeiter entschieden sich für die SPD, 33 Prozent für die CDU. Ebenso die Gewerkschaftsmitglieder: 28 Prozent SPD, 30 Prozent CDU. Die (an der Wahl beteiligten) gewerkschaftlich organisierten Arbeiter votierten gleichermaßen zu 31 Prozent für die SPD und die CDU. Bei den organisierten Angestellten betrug das Verhältnis 28 Prozent CDU zu 27 Prozent SPD (vgl. Tab. 3). Daß die (Berliner) SPD keine Arbeiterpartei ist und sein kann, bedarf keiner Erklärung. Daß sie nicht mehr Mehrheitspartei der Arbeiter und der gewerkschaftlich organisierten Arbeitnehmer ist, sondern diese Position an die CDU abgetreten hat, zeigt, wie sehr sich die Partei von ihrer traditionellen Stammklientel entfernt hat.

Durch die Schrumpfung ihrer Traditionswählerschaft ist die SPD seit geraumer Zeit gezwungen, sich Wähler aus anderen Schichten der Gesellschaft zu erschließen. Den Einbruch in neue Wählerschichten bezahlt sie jedoch mit einer instabileren Parteibindung und einer größeren Heterogenität ihrer Gesamtwählerschaft. Dieses längerfristige Strukturproblem bringt die Partei in eine schwierige Lage: Einerseits vergrößert die instabile Parteibindung ihrer potentiellen Wählerschaft die Bedeutung der kurzfristigen Faktoren für die Wahlentscheidung, andererseits verringert die Heterogenität dieser Wählerschaft gleichzeitig die Chancen der Partei, eben diese kurzfristigen Faktoren durch ein breit akzeptiertes personales und inhaltliches Angebot in ihrem Sinne zu beeinflussen.

Vor diesem Hintergrund ist auch die aktuelle Wahl zu analysieren. Die Hauptthese zur Erklärung des SPD-Debakels lautet daher: Beide kurzfristig wirksamen, wahlkampfbezogenen Bestimmungsgründe der Wahlentscheidung, also sowohl die Kandidaten- als auch die Sachthemenorientierung, haben gegen die SPD gewirkt. Dies konnte sich jedoch nur deshalb so dramatisch auswirken, weil auf der SPD das längerfristige Strukturproblem der instabilen Parteibindung und der großen Heterogenität ihrer potentiellen Wählerschaft lastet. Aus dieser These ergibt sich auch, daß zwar ein Einfluß des allgemeinen gesellschaftlichen Wandels und der bundespolitischen Großwetterlage, d.h. der Krise der Bundes-SPD, nicht zu leugnen ist, die Niederlage zu einem guten Teil aber auch hausgemacht war.

---

15 Das Konzept der "sozialmoralischen Milieus" wurde von Lepsius in die Diskussion eingeführt:



<b>Tabelle 4: Parteibindungen vor der AH-Wahl 1995 in Berlin (%)</b>			
<i>Frage:</i> "Viele Leute neigen längere Zeit einer bestimmten politischen Partei zu, obwohl sie auch ab und zu eine andere Partei wählen. Wie ist das bei Ihnen? Neigen Sie - ganz allgemein gesprochen - einer bestimmten Partei zu? Wenn ja: welcher? Wie stark oder wie schwach neigen sie - alles zusammengenommen - dieser Partei zu?"			
Partei	insges.: ja	davon	
SPD	22	stark	37
		mäßig	54
		schwach	9
CDU	23	stark	54
		mäßig	44
		schwach	2
B90/G	9	stark	55
		mäßig	42
		schwach	3
PDS	6	stark	58
		mäßig	40
		schwach	2

Daten: Harold-Hurwitz-Survey 1995 (Berlin-BUS)  
Erhebung: FORSA, 12.-21.10.1995, N = 2018

<b>Tabelle 5: Bindungen an die SPD vor der AH-Wahl 1995 in Berlin-West und -Ost (%)</b>			
	Berlin	West	Ost
insgesamt	22	25	17
davon stark	37	40	31
mäßig	54	52	60
schwach	9	8	9

Daten: Harold-Hurwitz-Survey 1995 (Berlin-BUS)  
Erhebung: FORSA, 12.-21.10.1995, N = 2018

Die schwierige Ausgangslage der Partei bei der Wahl war von länger- und mittelfristigen Faktoren bestimmt:

- Die sich in einer Großstadt wie Berlin viel krasser als anderswo vollziehenden längerfristigen Prozesse des gesellschaftlichen Wandels haben ein äußerst heterogenes, also durch sehr unterschiedliche politische Vorstellungen und Interessen geprägtes, SPD-Wählerpotential genuiert, das bei weitem nicht mehr so fest an die Partei gebunden ist wie früher.
- Mittelfristige Entwicklungen haben weitere Abschwächungen der Parteibindungen bewirkt. Dazu gehört insbesondere die Krise der Bundes-SPD, die schon längere Zeit vor der Wahl begonnen hatte und sich bis zum Zeitpunkt der Wahl hinzog.

Im Ergebnis führte dies dazu, daß in Berlin nur gut ein Drittel derjenigen, die an die SPD gebunden waren, eine starke Parteibindung hatte, während bei allen anderen Parteien mehr als die Hälfte eine starke Bindung aufwies (vgl. Tab. 4). Vergleicht man den Westteil und den Ostteil der Stadt, so wird deutlich, daß im Osten ein noch geringerer Teil der Bevölkerung an die SPD gebunden war und bei den Parteigebundenen wiederum schwächere Bindungen bestanden als im Westen (vgl. Tab. 5).

In dieser Situation kam es nun sehr stark auf das politische Verhalten der Berliner SPD an, da die kurzfristigen, im Wahlkampf mehr oder minder stark steuerbaren Faktoren besondere Bedeutung für das Wahlergebnis hatten. Anfangs sah es auch gar nicht schlecht für die SPD aus: Viele Kommentatoren prophezeiten ein Kopf-an-Kopf-Rennen von CDU und SPD, was auch die frühen Umfrageergebnisse bestätigten (vgl. Grafik 1). Letztendlich landete die SPD jedoch weit abgeschlagen auf dem zweiten Platz. Einige Beobachter nannten als Ursache für dieses Debakel den diffamierenden "Schlamm Schlacht-Wahlkampf" der CDU mit dem Horrorszenario eines von der PDS tolerierten rot-grünen Senats. Der Wahlkampfstil der CDU in der Endphase mag eine gewisse Rolle gespielt haben, Faktum ist allerdings, daß die SPD darauf keine adäquate Antwort gefunden hat. Das SPD-Wahlkampfkonzept "Stadt im Dialog" setzte dem "american style"-Wahlkampf der CDU mit starker Medienpräsenz des Spitzenkandidaten und Regierenden Bürgermeisters Eberhard Diepgen einen pädagogischen Ansatz entgegen, der - auch dem Naturell der Spitzenkandidatin Ingrid Stahmer folgend - ohne Polemik und mit einem sachorientierten Stil

"demokratische Kommunikationsbereitschaft" dokumentieren sollte. Dazu wurde eine Reihe von Gesprächen im kleinen Kreis durchgeführt, in denen Multiplikatoren von der "besseren Politik" der SPD überzeugt werden sollten. Diese Gespräche hatten zwar stets ein hohes Niveau, fanden aber wenig Resonanz bei den Medien und dem breiten Publikum, weshalb - selbst in der SPD - später von einem "Kaffeekränzchen-" und "Schlafwagen-Wahlkampf" gesprochen wurde.

Wir können den Anteil, den die verschiedenen Faktoren an der Niederlage der SPD hatten, nicht quantifizieren, aber unsere allgemeinen theoretischen Überlegungen deuten darauf hin, daß vor allem das personelle und das Sachthemenangebot eine maßgebliche Rolle gespielt haben dürften. Der Berliner SPD ist es nicht gelungen, sich im Wahlkampf vom ungünstigen Bundestrend abzukoppeln, und sie hat es nicht vermocht, die Berliner Bürger personell und/oder themenbezogen zu überzeugen.

Der anfängliche Popularitätsschub der Spitzenkandidatin nach ihrer Urwahl durch die Parteimitglieder konnte im Verlauf des Wahlkampfs nicht stabilisiert werden, so daß in den Augen der Wähler keine überzeugende Alternative zum Amtsinhaber bestand. Ab März drifteten die Popularitätskurven von Ingrid Stahmer und Eberhard Diepgen auseinander (vgl. Grafik 2), und die Wähler billigten Diepgen eine wesentlich größere politische Handlungskompetenz zu als Stahmer. Zur unbefriedigenden Vermittlung der Spitzenkandidatin kam hinzu, daß die Koalitionsaussage der SPD die Wähler verunsicherte. Während Stahmer sich alle Koalitionsoptionen offenhielt, führte die "Sozialdemokratische Wählerinitiative Berlin-Brandenburg 2000" des ehemaligen Regierenden Bürgermeisters Walter Momper, der Ingrid Stahmer im innerparteilichen Vorwahlkampf unterlegen war, seit Ende August eine "Rot-Grüne Gesprächsreihe" durch, die die Aussichten für ein rot-grünes Bündnis ausloten sollte. Auch in programmatischer Hinsicht konnte die SPD ihre Anhänger nicht überzeugen. Es fehlten polarisierende Wahlkampfthemen mit eindeutiger Kompetenzzuweisung an die Sozialdemokratie. Daher schrieben diejenigen Wähler, die überhaupt noch einer Partei die Lösung der Berliner Probleme zutrauten, die Problemlösungskompetenz eher der CDU zu (vgl. Grafik 4).

Die SPD vermochte es nicht einmal, den Teil ihrer Anhänger zu überzeugen, der kurz vor der Wahl fest entschlossen war, sie zu wählen. Selbst die Wähler, die sie letztendlich ge-

winnen konnte, standen nicht geschlossen hinter ihr. Dies läßt sich sowohl an der Kandidaten- als auch an der Themenorientierung verdeutlichen: Die CDU-Anhänger standen weit geschlossener hinter dem personellen Angebot ihrer Partei als die SPD-Wähler, von denen kurz vor der Wahl mehr als ein Viertel Diepgen als Regierenden Bürgermeister präferierte (vgl. Grafik 3). Ein ähnliches Bild ergab sich auch beim zweiten kurzfristigen Faktor, bei der den Parteien zugeschriebenen Sachkompetenz. Die CDU-Anhänger waren voll und ganz davon überzeugt, daß die Union mit den Problemen Berlins am besten fertig wird. Von den SPD-Anhängern dagegen glaubte selbst kurz vor der Wahl nicht einmal die Hälfte, daß dies ihrer Partei gelingen könnte, ein Fünftel traute dies eher der CDU zu (vgl. Grafik 5).

#### 4. Legenden über das Wahlergebnis der PDS

Schon am Wahlabend wurde die PDS vielfach zum "Wahlsieger" ernannt, und es wurden einige Legenden über den "Wahltriumph" der Partei gesponnen, die sich für längere Zeit in den Medien hielten. An ihrem Beispiel soll im folgenden das Wahlergebnis der PDS analysiert werden.

- Legende Nr. 1: *Die PDS geht mit einem sensationell guten Ergebnis aus der Berliner Wahl hervor: Sie wird drittstärkste Partei in Berlin und sogar stärkste Partei im Ostteil der Stadt.*

Tatsächlich wurde die PDS bereits bei der Europawahl im Juni 1994 drittstärkste Partei in Berlin und stärkste Partei in Berlin-Ost. Diese Position behauptete sie auch bei der Bundestagswahl im Oktober 1994. Die PDS hat 1995 auch nicht ihr bislang bestes Resultat in Berlin erzielt. Sie konnte vielmehr bei früheren Wahlen schon mehr Zweitstimmen und bessere Prozentwerte in Ost-Berlin erreichen, als bei der AH-Wahl 1995:

Wahl	Zweitstimmen	%	Wahlbeteiligung (%)
Volkskammerwahl 1990	267.834	30,2	90,8
Abgeordnetenhauswahl 1990	170.666	23,6	76,2
Bezirksverordnetenwahl 1992	162.517	29,7	57,4
Europawahl 1994	192.134	40,1	49,7

Bundestagswahl 1994	257.541	34,7	77,2
Abgeordnetenhauswahl 1995	221.731	36,3	64,1

Von einem "sensationellen" Ergebnis kann man allenfalls dann sprechen, wenn ihr Resultat von 1995 mit dem der AH-Wahl 1990 verglichen wird. Damals befand sich die Partei allerdings auf dem Tiefpunkt ihrer Wählergunst (Neugebauer/Stöss 1996: 158 ff.), wodurch der Vergleich 1990-1995 außerordentlich positiv ausfallen muß.

- Legende Nr. 2: *Die PDS-Gewinne beruhen unter anderem auf der großen Resonanz der Partei bei jungen Leuten.*

Nach unserer Umfrage<sup>16</sup> war die PDS in Ost-Berlin in der Tat mit 35 Prozent Mehrheitspartei bei den 18-24jährigen Wählern (vgl. Tab. 6). In der Wahltagsbefragung<sup>17</sup> der Forschungsgruppe Wahlen lag der entsprechende Anteil sogar bei 39 Prozent (FGW 1995a: 56). Die Sympathien dieser Altersgruppe für die PDS waren freilich im Ostteil der Stadt seit ihrem Bestehen sehr hoch. Bei der AH-Wahl 1995 konnte die PDS in dieser Jahrgangsklasse jedoch im Vergleich zur Bundestags-Wahl 1994 keine *zusätzlichen* Wähler gewinnen, sondern nur ihre Stammklientel in vollem Umfang mobilisieren (vgl. Tab. 7). Und selbst wenn die PDS in dieser Altersgruppe zwei Prozent Zuwachs gehabt haben sollte (das kann wegen der Fehlertoleranz unserer Umfrage nicht ausgeschlossen werden), dann ist zu bedenken, daß der Anteil dieser Altersgruppe an den PDS-Anhängern insgesamt nur acht Prozent (bei der FGW-Wahltagsbefragung zehn Prozent) ausmacht.

- Legende Nr. 3: *Die PDS hat sich zu einer Volkspartei entwickelt, die nunmehr über ihr bisheriges Milieu hinaus Wähler aus allen gesellschaftlichen Schichten erreicht.*

Seit ihrer Teilnahme an der Volkskammerwahl 1990 rekrutiert die PDS ihre Wähler mehr oder weniger aus allen Erwerbsgruppen (vgl. Tab. 3). Insofern war und ist die PDS Volkspartei, wie auch CDU, SPD und Bündnisgrüne Volksparteien mit jeweils spezifischen sozialstrukturellen Schwerpunkten sind. Charakteristisch für die PDS ist allerdings weniger das Sozialprofil ihrer Anhänger, sondern in erster Linie deren Einstellungen und Wertori-

---

16 "Harold-Hurwitz-Survey 1995" (Berlin-BUS).

17 Wahltagsbefragungen stellen keine repräsentativen Erhebungen unter der wahlberechtigten Bevölkerung, sondern Befragungen von Wählern, genauer: von Urnenwählern, dar. Sie geben daher exaktere Auskunft über die tatsächliche Wählerschaft, als dies Repräsentativbefragungen vermögen.

<b>Tabelle 6: Wahlabsicht der 18-24jährigen bei der AH-Wahl 1995 in Berlin (%)</b>		
Partei	Berlin	Nur Ost
CDU	27	24
SPD	26	12
B90/G	28	21
PDS	11	35
Sonstige Parteien	8	8

Daten: Harold-Hurwitz-Survey 1995 (Berlin-BUS)  
 Erhebung: FORSA, 12.-21.10.1995, N = 2018  
 Nur Befragte mit Parteipräferenz

<b>Tabelle 7: PDS-Wiederwähler und -Neuwähler nach Altersgruppen bei der AH-Wahl 1995 in Berlin-Ost (%)</b>		
Altersgruppen	Wiederwähler	Neuwähler
18-24	8	-
25-34	13	15
35-44	26	30
45-54	13	15
55-64	21	35
65-74	14	5
75-	5	-

Daten: Harold-Hurwitz-Survey 1995 (Berlin-BUS)  
 Erhebung: FORSA, 12.-21.10.1995, N = 2018  
 Nur Befragte mit Parteipräferenz

**Wiederwähler:** Haben die PDS bei der BT-Wahl 1994 gewählt und wollten sie bei der AH-Wahl 1995 wieder wählen.

**Neuwähler:** Haben bei der BT-Wahl 1994 nicht oder nicht PDS gewählt, wollten die PDS aber bei der AH-Wahl 1995 wählen.

entierungen. Im globalen Wertehorizont der Berliner Gesellschaft nimmt die PDS eine Position ein, die sich von der der übrigen Parteien deutlich unterscheidet: Die PDS-Anhänger stufen sich betont links ein, sind der Idee des Sozialismus gegenüber besonders aufge-

geschlossen, sprechen sich vergleichsweise stark für einen Schlußstrich unter die DDR-Vergangenheit aus und betrachten die Demokratie der Bundesrepublik sehr skeptisch. Aber nur rund ein Viertel der PDS-Anhänger bedauert die Wiedervereinigung oder sieht sich als Einheitsverlierer. Die PDS stützt sich mithin auf eine Mentalität bzw. auf ein "Einstellungsmilieu", das durch eine betont soziale und eine antiwestliche Komponente geprägt ist. Dies gilt im großen und ganzen auch für die jungen PDS-Anhänger, die sich allerdings mit der gesamtdeutschen Realität eher abfinden als der PDS-Durchschnitt. Die angemessene Bezeichnung für die PDS ist daher nicht "Volkspartei", sondern "ostdeutsche Milieupartei"<sup>18</sup>.

- *Legende Nr. 4: Die Entwicklung der PDS zur Volkspartei zeigt, daß sie zunehmend in der Lage ist, ideologisch ungebundene Proteststimmen für sich zu mobilisieren. Wenn die Unzufriedenheit in den neuen Bundesländern und in Ost-Berlin weiter anwächst, könnte die PDS ihr Wählerpotential erheblich ausdehnen.*

Der in den Medien häufig benutzte Begriff "Proteststimmen" ist vieldeutig und daher nichtssagend. Gemeint ist offenbar, daß die PDS zunehmend in der Lage sei, unzufriedene Wähler von anderen Parteien zu gewinnen. Nach unserer Umfrage haben 83 Prozent der Befragten, die die PDS bei der AH-Wahl 1995 wählen wollten, sie auch schon bei der Bundestagswahl 1994 gewählt. Der Rest (17 Prozent) setzt sich aus erstmalig Wahlberechtigten und ehemaligen Nichtwählern (5 Prozent) sowie ehemaligen SPD-Wählern (8 Prozent) und ehemaligen B90/G-Wählern (4 Prozent) zusammen. Wenn auch andere Umfragen zu geringfügig anderen Resultaten gelangten, so ist doch offensichtlich, daß der Anteil der Wechselwähler an den PDS-Wählern insgesamt sehr gering ist. Die PDS verdankt ihre Wahlergebnisse zuallererst ihrer Stammklientel, die sie besonders gut zu mobilisieren versteht<sup>19</sup>. Gleichwohl existiert ein - wenn auch schmales - Wählersegment in Ost-Berlin, in dem die Parteien des Mitte-Links-Spektrums miteinander konkurrieren.

---

18 Die entsprechenden Daten werden hier nicht gesondert tabellarisch aufgeführt. Sie sind unserer Umfrage entnommen. Zu den Einstellungen und Wertorientierungen der PDS-Mitglieder und -Anhänger ausführlich: Neugebauer/Stöss 1996: Kap. II, insbes. S. 238 ff.

19 Auch die FGW (1995a: 56) hebt hervor, "daß die PDS über eine relativ überzeugte und geschlossen hinter ihr stehende Anhängerschaft verfügt, die allerdings wenig Berührungspunkte zu den Anhängern der anderen Parteien hat, von denen die PDS nach wie vor deutlich abgelehnt wird".

Die PDS lebt vom Ost-West-Konflikt. Als ostdeutsche Regional- und Milieupartei verfügt sie über eine zwar beträchtliche, aber eben doch begrenzte Wählerbasis. Bei der AH-Wahl 1995 konnte sie ihr Potential zwar nicht in vollem Umfang, aber doch sehr gut ausschöpfen. Sie hat damit ein für ihre Verhältnisse außerordentlich befriedigendes Resultat erzielt. Von einem sensationellen Wahlergebnis kann allerdings nicht die Rede sein. Zum einen mußte sie gegenüber der Bundestagswahl 1994 Stimmenverluste hinnehmen, und zum anderen verfehlte sie ihr Wahlziel, wenigstens in einem Westberliner Bezirk die Fünf-Prozent-Hürde zu überwinden. Es glückte ihr dort nicht einmal, die FDP oder die Republikaner zu überflügeln. Unzutreffend ist auch die Annahme, daß es der PDS gelungen ist, sich über ihr traditionelles Milieu hinaus in nennenswertem Umfang neue Wählerschichten zu erschließen.

## **5. Ergebnis**

Die SPD befindet sich infolge des gesellschaftlichen Wandels in einer Anpassungskrise. Es gelingt ihr nur unzureichend, das Abschmelzen ihrer Traditionswählerschaft durch die Eroberung neuer Wählerschichten zu kompensieren, die - wenn nicht expressiv, so doch instrumentell - an die Partei gebunden sind. Die Generierung derartiger Bindungen wird durch gesamtgesellschaftliche Entwicklungstendenzen wie Individualisierung, Flexibilisierung und wachsende Mobilität erschwert. Mit diesen Problemen ist die SPD bundesweit konfrontiert. Sie erklären ihre allgemeinen Schwierigkeiten, einer mehr oder weniger einheitlichen politisch-programmatischen Richtung zu folgen und eine klare Position im Parteienwettbewerb zu beziehen.

Das Berliner Wahldebakel ist freilich nur teilweise auf diese längerfristig wirksamen Faktoren zurückzuführen. Und auch der unbefriedigende Zustand der Bundespartei wirkte sich nur partiell auf das Wahlergebnis aus. Wenigstens genauso bedeutsam waren kurzfristige, regionalspezifische Ursachen: Der Berliner SPD war es nicht gelungen, überzeugende personelle und sachliche Alternativangebote zu präsentieren und dadurch ihre Anhänger umfassend zu mobilisieren.

Insofern signalisiert das Berliner Wahlergebnis keinen unausweichlichen Niedergang der Sozialdemokratie. Etwa durch Bündnis 90/Die Grünen und die PDS verdrängt zu werden, ist nicht zu befürchten, wenn sie sich energisch anschickt, ein programmatisches Profil zu entwickeln und eine eindeutige Konfliktposition im Parteienwettbewerb zu beziehen. Dann könnte es ihr gelingen, ihre Anhängerschaft zu mobilisieren, fester an sich zu binden und sich neue Wählerschichten zu erschließen. Eine Konfliktposition im Parteienwettbewerb setzt auch eine Strategie des Machterwerbs voraus. Selbst bei einer unverändert starken PDS ist eine Große Koalition in Berlin nicht unvermeidbar, wenn die SPD wieder attraktiver wird und geschlossen die (unter den gegenwärtigen Bedingungen einzig mögliche) Strategie eines rot-grünen Reformbündnisses verfolgt.

Ob diese Perspektive realistisch ist, hängt auch von der künftigen Stärke der CDU ab. Ob schon vom gesellschaftlichen Wandel nicht weniger betroffen als die SPD, vermochte sie es jedoch, ihre Wähler stärker an sich zu binden, so daß sie über die größere Mobilisierungskapazität verfügte. Die kurzfristig wahlentscheidenden Faktoren wirkten ebenfalls eher zu ihren Gunsten: Ihr Personalangebot und ihre Sachkompetenz wurden von den Wählern weitaus besser bewertet als das bzw. die der SPD. Die für die CDU eher hinderlichen Faktoren, die im Zusammenhang mit der Großen Koalition stehen, würden entfallen, wenn es zu einem Zweikampf mit Rot-Grün käme. Da sie das Mitte-Rechts-Spektrum im Berliner Parteiensystem gegenwärtig unangefochten dominiert, hat sie - anders als die SPD, die sich zwei starker Randparteien erwehren muß - den Rücken frei und kann sich voll auf den politischen Gegner konzentrieren. Allerdings fehlt ihr - anders als der SPD - ein Bündnispartner und damit eine realistische Machterwerbsspektive.

Daß sich die PDS zu einer großen linken Volkspartei entwickelt, die massenhaft Proteststimmen mobilisiert und dadurch die SPD (und die CDU) im Osten marginalisiert, kann beim gegenwärtigen Erkenntnisstand ausgeschlossen werden. Sie stützt sich in Ost-Berlin und in den neuen Bundesländern auf ein stabiles und begrenztes Milieu, daß ihr zu einem respektablem (aber nicht sensationellen) Wahlergebnis verholfen hat. Ihre Resonanz im Westen ist freilich nach wie vor außerordentlich gering. So spricht alles dafür, daß die PDS den Zenit ihrer Entwicklung erreicht, vielleicht sogar bereits überschritten hat. Dies ändert aber nichts an der Tatsache, daß sie einen wichtigen Machtfaktor darstellt, der den Aktionsra-

dus und die Handlungsmöglichkeiten der übrigen Parteien erheblich einschränkt - jedenfalls so lange, wie sie nicht als koalitionsfähig gilt.

So liegt das eigentlich Dramatische am Berliner Wahlergebnis im tiefen Fall der SPD. Daß die FDP klar an der Sperrklausel scheitern würde, entsprach dem Bundestrend und war ebenso absehbar wie die Gewinne der Bündnisgrünen, die PDS-Mehrheit im Ostteil der Stadt und - folglich - die Neuauflage der Großen Koalition. Die Kontinuität der Machtverhältnisse im "Roten Rathaus" sollte jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, daß sich die Berliner Parteienlandschaft mit der Wahl erheblich (wenn auch nicht dramatisch) verändert hat: Die einstige Monopolstellung des traditionsreichen Parteien-Establishments ist weiter geschwächt worden, und die Newcomer konnten ihren Einflußbereich ausdehnen. Da dafür auch gesamtgesellschaftliche Faktoren maßgeblich waren, haben die Veränderungen in Berlin durchaus überregionale Bedeutung. Dies gilt auch für den Absturz der SPD, selbst wenn er zu einem guten Teil durch die miserable Verfassung der Landespartei verursacht worden ist. Dies trifft gleichermaßen auf die Konsolidierung der PDS zu, die nicht nur den Berliner Politikern die Brisanz des Ost-West-Gegensatzes und den daraus resultierenden Handlungsbedarf vor Augen führt.

Die Entwicklung im Land Berlin ist selbstverständlich nicht ohne weiteres mit der in anderen Bundesländern oder gar mit den Verhältnissen im Bund vergleichbar, weil in der ehemaligen "Frontstadt" immer besondere politische Bedingungen herrschten, die noch lange nachwirken werden. Aber die Berliner Entwicklung findet auch nicht völlig losgelöst von der gesamtdeutschen Entwicklung statt. Parallelen lassen sich zu den Trends in anderen "schwierigen" Großstädten (Frankfurt a. M., München, Stuttgart usw.; vgl. SPD 1995) ziehen, wo ebenfalls eine kritische politische Lage zu verzeichnen ist. Dort vollziehen sich der soziale Wandel und die Entwicklung von der industriellen zur postindustriellen Gesellschaft offenbar erheblich schneller als im Rest der Republik. Sie sind daher in besonderem Maße mit den Zukunftsproblemen der bundesdeutschen Gesellschaft konfrontiert und können bzw. sollten insoweit durchaus als "Frühwarnsysteme" angesehen werden. Auch die Berliner Verhältnisse dürften in gewissem Umfang prototypischen Charakter haben. Allerdings bringt der Wandel von der eingemauerten Insel im Meer des realexistierenden Staatssozialismus zur Hauptstadt des vereinigten Deutschland besondere Transitions- und Integrationsprobleme mit sich, die die Berliner Parteien bzw. das Parteiensystem mit zusätzlichen Belastungen und Herausforderungen konfrontieren, die nicht für die gesamte Republik verallgemeinert werden können.



Richard Stöss

## **SPD-Wiederwähler und -Abwanderer in Berlin seit der Bundestagswahl 1994**

### **1. Problemstellung**

Bei der Abgeordnetenhauswahl 1995 mußte die Berliner SPD drastische Stimmenverluste hinnehmen, die zu einem exzeptionell schlechten Wahlergebnis für die SPD auf Landesebene seit Bestehen der Bundesrepublik führten<sup>20</sup>. Ihre Zweitstimmenergebnisse betragen:

AHW 1990	614075	(30,4%)
BTW 1994	663081	(34,0%)
AHW 1995	393245	(23,6%)

**Gegenüber der Abgeordnetenhauswahl 1990 büßte die SPD 1995 36,0 Prozent an Zweitstimmen ein, gegenüber der Bundestagswahl 1994 sogar 40,7 Prozent.**

Dieser tiefe Einbruch ist erklärungsbedürftig. Es stellen sich daher mit großer Dringlichkeit folgende Fragen:

- Welche Wählergruppen haben der SPD den Rücken gekehrt?
- Warum hat diese massenhafte Abwanderung stattgefunden?
- Wie haben sich die Abwanderer bei der AHW 1995 verhalten?

In diesem Kapitel soll der Versuch unternommen werden, diese Fragen zu beantworten. Von den Antworten sind Hinweise darauf zu erwarten, ob und wie die verlorengegangenen Wählerschichten zurückgewonnen (und wie gegebenenfalls neue Wählerschichten erschlossen) werden könnten.

---

<sup>20</sup> Schlechtere Landesresultate hatte die SPD nur 1955 im Saarland, wo beide sozialdemokratischen Parteien unter politischen Sonderbedingungen zusammen 20,1% erhielten, weiterhin 1990 und 1994 in Sachsen (19,1%, 16,6%) und 1990 in Thüringen (22,8%).

Da die Abgeordnetenhauswahl 1990 zeitgleich mit der ersten gesamtdeutschen Bundestagswahl stattfand, die auch als "Volksabstimmung über die deutsche Einheit" charakterisiert wurde, eignet sie sich nicht als Vergleichswahl. Daher werde ich die Veränderungen zwischen der letzten Bundestagswahl und der Abgeordnetenhauswahl 1995 analysieren (siehe dazu auch oben S. 25 f.).

## 2. Anmerkungen zum methodischen Vorgehen

Theoretisch hatten die SPD-Wähler von 1994 bei der AHW 1995 zwei Möglichkeiten:

- Sie wählten wiederum die SPD. Diese Gruppe nenne ich **Wiederwähler** (WiW).
- Sie wählten die SPD nicht mehr. Diese Gruppe wird als **Abwanderer** (ABW) bezeichnet.

Den Abwanderern boten sich bei der AHW 1995 folgende Alternativen:

- Sie wählten diesmal eine andere Partei. Diese Personen nenne ich **Parteiwechsler** (PW).
- Sie nahmen nicht an der Wahl teil. Diese Gruppe erhält die Bezeichnung **Nichtwähler** (NW).

In den Umfragen der Wahlforschung taucht noch ein weiterer Personenkreis auf, der beim tatsächlichen Wahlakt zwar nicht existiert, der für den Ausgang einer Wahl aber von großer Bedeutung ist: die **Unentschiedenen** (UNE). Dabei handelt es sich um Personen, die bei einer Befragung angeben, an der Wahl teilnehmen zu wollen, sich aber noch nicht entschieden haben, welcher Partei sie ihre Stimme geben werden.

Erfahrungsgemäß bilden die Unentschiedenen und die Nichtwähler ein Wählersegment, dessen tatsächliches Verhalten nur schwer prognostizierbar ist. Wenn auch die Wahrscheinlichkeit ziemlich hoch ist, daß sich beide Gruppen nicht an der Wahl beteiligen, besteht für die Parteien durchaus die Chance, aus diesem Segment in erheblichem Umfang Wähler zu mobilisieren.

Auf der Basis von Umfragedaten lassen sich die (SPD-)Wähler von 1994 also in folgende **Typen** einteilen:

- Wiederwähler (WiW),
- Parteiwechsler (PW),
- Unentschiedene (UNE) und
- Nichtwähler (NW).

Bei der Analyse dieser Typen steht die Forschung vor dem Problem, daß die Wähler von 1994 durch Umfragen im Herbst 1995 nicht exakt erfaßt werden können. Die "Rückerinnerungsfrage" ("Welche Partei haben Sie bei der vergangenen Bundestagswahl gewählt?") bietet aus hier nicht zu erörternden Gründen nur die Möglichkeit einer Annäherung. Da es in diesem Papier nicht primär um den quantitativen Anteil der einzelnen Typen geht, sondern zumeist um einen Vergleich der Mentalitäten und Verhaltensdispositionen verschiedener Gruppen, deren exakte Größe dabei keine (entscheidende) Rolle spielt, werde ich mich bei den folgenden Analysen trotzdem auf die "Rückerinnerungsfrage" stützen. Die Untersuchungsergebnisse haben daher den Charakter von **Thesen**, die mitgeteilten Zahlen sollten als **Annäherungswerte** betrachtet werden.

Im folgenden werden die Wiederwähler mit den Parteiwechslern, Unentschiedenen und Nichtwählern nach folgenden Merkmalen verglichen:

- Sozialstruktur,
- politische Grundeinstellungen und Wertorientierungen,
- Einstellungen zu den Parteien (Kompetenz, Interessenvertretung usw.),
- Einstellungen zum Wahlkampf und zu den Spitzenkandidaten, Koalitionswunsch,
- Wahlabsicht am 22.10.1995, Affinität zu den anderen Parteien.

**Nota bene:** Untersuchungsgruppe dieses Kapitels sind nicht die SPD-Wähler bei der AHW 1995, sondern die über den "Recall" ermittelten SPD-Wähler bei der BTW 1994. Auf Ausnahmen wird explizit hingewiesen.

### 3. Die Wählertypen im Parteienvergleich

Wie erwähnt ist es nicht möglich, mittels einer Umfrage das Wahlverhalten bei einer zurückliegenden Wahl exakt zu rekonstruieren. Mit der "Rückerinnerungsfrage" kann auch nur das selbstberichtete Wahlverhalten der Befragten erfaßt werden. Dabei ergeben sich Verzerrungen (z.B. Veränderungen des Elektorats, Erinnerungsfehler), die vermutlich mit der zeitlichen Distanz zur Wahl zunehmen. Da der Abstand zwischen der BTW 1994 und der AHW 1995 nur rund ein Jahr beträgt, darf allerdings angenommen werden, daß diese Verzerrungen nicht allzu groß ausfallen.

Bevor die genannten Wählertypen für die SPD miteinander verglichen werden, soll vorab ihre Bedeutung für alle Berliner Parlamentsparteien dargestellt werden.

Tabelle 1 weist für die SPD aus, daß die durch unsere Umfrage ermittelten Wählerverluste zwischen 1994 und 1995 in etwa den tatsächlichen Einbußen entsprechen: Nur 58 Prozent der Befragten, die die SPD 1994 gewählt hatten, wollten sie auch 1995 wieder wählen. Der Anteil der Abwanderer in der Umfrage beträgt mithin 42 Prozent, nach der amtlichen Statistik (die Zugewinne einschließt, die hier unberücksichtigt bleiben) waren es 41 Prozent.

<b>Tabelle 1: Wie wählten die Wähler von 1994 bei der Berliner Wahl 1995?</b> Wahlabsicht bei der AHW 1995 der über die Rückerinnerungsfrage ermittelten Wähler der jeweiligen Partei bei der BTW 1994 (%)				
	CDU	SPD	B90/G	PDS
Wiederwähler	77	58	67	75
Parteiwechsler	11	26	18	15
Unentschiedene	6	7	4	3
Nichtwähler	6	9	11	7

Daten: Harold-Hurwitz-Survey 1995 (Berlin-BUS); Erhebung: FORSA, 12.-21.10.1995, N = 2018

Wiederwähler: Wollen bei der Abgeordnetenhauswahl 1995 dieselbe Partei wählen wie bei der Bundestagswahl 1994.

Parteiwechsler: Wollen bei der Abgeordnetenhauswahl 1995 eine andere Partei wählen als bei der Bundestagswahl 1994.

Unentschiedene: Wollen sich an der Abgeordnetenhauswahl 1995 beteiligen, haben sich aber noch nicht für eine Partei entschieden.

Nichtwähler: Haben sich an der Bundestagswahl 1994 beteiligt, wollen sich jedoch nicht an der Abgeordnetenhauswahl 1995 beteiligen.

Tabelle 1 zeigt weiterhin:

- Das Wahlverhalten ist (nicht nur in Berlin, sondern bundesweit) in besonderem Maß durch Konstanz bzw. Parteitreue geprägt. Über zwei Drittel der Wähler von 1994 sind Wiederwähler. Der Wechsel von einer Partei zur anderen vollzieht sich dagegen in engen Grenzen.
- CDU und PDS verfügen mit jeweils rund drei Vierteln über den höchsten Wiederwähleranteil. Sie waren bei der Mobilisierung ihrer Anhänger besonders erfolgreich.
- Die Bündnisgrünen stützen sich immerhin noch auf einen Wiederwähleranteil von gut zwei Dritteln.
- **Die dramatische Wahlniederlage der SPD beruht vor allem darauf, daß ihr die Mobilisierung der eigenen Anhänger wesentlich schlechter gelang als allen anderen Parteien:** Sie konnte nur vergleichsweise wenige "frustrierte" Anhänger zum Urnengang motivieren, und sie vermochte es vor allem nur unzureichend, enttäuschte Anhänger vom Parteiwechsel abzuhalten.
- Die SPD-Abwanderer wollten sich überwiegend einer anderen Partei zuwenden. Der Anteil an Unentschiedenen und Nichtwählern fiel dagegen vergleichsweise "normal" aus.

<b>Tabelle 2: Wie wählten die Wähler von 1994 bei der Berliner Wahl 1995?</b> Wahlabsicht bei der AHW 1995 der über die Rückerinnerungsfrage ermittelten Wähler der jeweiligen Partei bei der BTW 1994 im West-Ost-Vergleich (%)				
	CDU	SPD	B90/G	PDS
<b>Wiederwähler</b>				
Berlin	77	58	67	75
West	80	59	65	65
Ost	72	55	71	76
<b>Parteiwechsler</b>				
Berlin	11	26	18	15
West	11	29	21	35
Ost	10	22	12	13
<b>Unentschiedene</b>				
Berlin	6	7	4	3
West	5	5	2	0
Ost	9	11	8	3
<b>Nichtwähler</b>				
Berlin	6	9	11	7
West	4	7	12	0
Ost	9	12	9	8

Daten: Harold-Hurwitz-Survey 1995 (Berlin-BUS); Erhebung: FORSA, 12.-21.10.1995, N = 2018

Der West-Ost-Vergleich (Tabelle 2) ergibt kein grundsätzlich anderes Bild:

- Im Westteil der Stadt fällt der Anteil der konstanten Wähler bei CDU und SPD etwas größer aus als im Osten. Dort verfügen dagegen PDS und Bündnisgrüne über den höheren Anteil an treuen Wählern.
- In Ost-Berlin zeigen sich bei der SPD also etwas stärkere Abwanderungstendenzen als im Westen, wobei die Abwanderer dort weniger zum Parteiwechsel, sondern eher zu Wahlabstinz bzw. Unentschiedenheit neigen.
- Die PDS findet ihre treuen Wähler in erster Linie im Ostteil der Stadt. Im Westen weist sie mit 35 Prozent die höchste Quote an Parteiwechslern von allen Parteien auf. Ihre sowie- so kleine Wählerschar in West-Berlin ist offenbar besonders labil.

Für unsere Problemstellung lassen sich zunächst folgende Schlußfolgerungen ziehen:

- Wenn das Wahlverhalten generell hauptsächlich durch Konstanz und Parteitruhe geprägt ist, **hängt das Wahlergebnis einer Partei insbesondere davon ab, ob sie ihre Anhänger mobilisieren kann.**
- Geht man davon aus, daß die SPD-Abwanderer bei der AHW 1995 tatsächlich zu- meist einen Parteiwechsel vollzogen haben, **dann bedeutet Anhängermobilisierung für die SPD künftig vor allem, ehemalige Wähler von anderen Parteien zurückzue- winnen.**
- Sodann wird es aber auch darauf ankommen, **ehemalige SPD-Anhänger aus dem Lager der Nichtwähler zu reaktivieren.**
- Drittens schließlich müssen **neue Wähler hinzugewonnen** werden. Dafür kommen drei Quellen in Betracht: Jungwähler, Wähler von anderen Parteien und Nichtwähler.

#### 4. Die Parteitreue sozialer Gruppen

Bevor ich mit der eigentlichen Analyse beginne, scheint mir ein grundsätzlicher Hinweis über den Untersuchungsgegenstand angebracht, der bei der Interpretation aller Befunde zu berücksichtigen ist: Mit Blick auf die Wahlgeschichte der Berliner SPD seit 1946 wird hier ein Potential betrachtet, das unter historischen Aspekten ohne Übertreibung als der **"harte", der Partei noch verbliebene Kern** ihrer Wählerschaft bezeichnet werden kann. Abgesehen einmal von der Tatsache, daß sich die Berliner Wählerschaft im Laufe der Jahre natürlich regeneriert hat, konnte sich die Sozialdemokratie in West-Berlin bis Ende der achtziger Jahre im Schnitt auf knapp die Hälfte der hiesigen Wähler stützen, zwischen 1958 und 1971 sogar auf eine deutliche Mehrheit. Ihr Resultat bei der AHW 1990 (30,4 Prozent) stellte schon damals den absoluten Tiefpunkt der Entwicklung dar, der allerdings zu Recht auch den besonderen Rahmenbedingungen (erste gesamtdeutsche Bundestagswahl als Volksabstimmung über die deutsche Einheit) angelastet wurde. Aber auch mit 34 Prozent der Zweitstimmen bei der BTW 1994 fiel die SPD hinter ihr AHW-Ergebnis von 1989 zurück. Wenn nun die Dispositionen der SPD-Wähler von 1994 mit Blick auf die AHW 1995 untersucht werden, dann befassen wir uns mit den Zerfallerscheinungen einer in ihrer Substanz besonders anhänglichen Wählerschaft.

Der SPD sind 1995 nicht nur junge Wähler davongelaufen, sondern auch mittlere Generationen. Die Grenze scheint zwischen den 18-54jährigen und den über 55 Jahre alten Wählern zu liegen: Wer 1940 oder früher geboren ist, bewahrt der SPD eher die Treue als die Nachgeborenen. Offenbar ist entscheidend, ob die politische Sozialisation während des Nationalsozialismus, in der Weimarer Republik oder davor stattgefunden hat, oder ob sie nach dem Zweiten Weltkrieg erfolgte. Bei den Wiederwählern der SPD dürfte es sich also weithin um **Traditionswähler** handeln: Je länger die Sozialisationsphase zurückliegt, je größer die Wahlerfahrung, desto fester ist die Bindung an die Sozialdemokratie. Zugespitzt: **Die Bereitschaft zur Wiederwahl der Berliner SPD wächst mit zunehmendem Alter oder: je jünger ihre Anhänger, desto größer die Wahrscheinlichkeit der Abwanderung.** Damit besteht die ernsthafte Gefahr, daß die Kernwählerschaft der Partei "veraltet" und zugleich einem natürlichen Abschmelzungsprozeß unterliegt.

<b>Tabelle 3: SPD-Wiederwähler und -Abwanderer seit der Bundestagswahl 1994 in Berlin: Soziale Gruppen nach Wählertypen (Zeilenprozent)</b>				
Nachweis		WiW	PW	UNE+NW
<b>Alle SPD-Wähler 1994</b>		<b>58</b>	<b>26</b>	<b>16</b>
Geschlecht:	Männer	59	26	15
	Frauen	57	27	17
Alter:	18-24	50	32	18
	25-34	53	28	19
	35-44	52	28	20
	45-54	48	37	15
	55-64	67	21	12
	65-74	70	9	21
	75-	89	11	0
Bildung:	Niedrig	67	19	14
	Mittel	52	28	20
	Hoch	55	31	13
Erwerbs-/Berufsstatus:	Nichterwerbspersonen	64	21	15
	Selbständige	45	36	19
	Beamte	73	20	7
	Angestellte	55	33	12
	Arbeiter	44	24	32
	Arbeitslose	61	19	19
<b>Gewerkschaftsmitglieder</b>		<b>57</b>	<b>25</b>	<b>18</b>

Daten: Harold-Hurwitz-Survey 1995 (Berlin-BUS); Erhebung: FORSA, 12.-21.10.1995, N = 2018

WiW      Wiederwähler  
 PW      Parteiwechsler  
 UNE      Unentschiedene  
 NW      Nichtwähler

Abwanderer = PW + UNE + NW

Unter den Berufsgruppen erweisen sich die Beamten als besonders parteitreu; die Arbeiter und die Selbständigen verfügen dagegen über die geringste Wiederwählerquote. Während die abwandernden Selbständigen in ihrer überwiegenden Mehrheit den Wechsel zu einer anderen Partei vollziehen, herrscht bei den Arbeitern eher Unsicherheit vor. Sie bilden die Gruppe, deren Anteil an Unentschiedenen und Nichtwählern in Tabelle 3 am größten ist. Vermutlich bestehen bei den abwandernden Arbeitern noch gewisse Parteibindungen, die die Annäherung an ein anderes politisches Lager erschweren.

An dieser Stelle sei exkursorisch vermerkt, daß nach unserer Umfrage nur 19 Prozent der Arbeiter die SPD wählen wollten (CDU 22 Prozent) und daß sich 36 Prozent hinsichtlich ihres Wahlverhaltens noch unschlüssig zeigten bzw. definitiv ihre Absicht bekundeten, an

der AHW 1995 nicht teilzunehmen. Die ehemalige Stammklientel der SPD, die Arbeiterschaft, barg somit im Vergleich zu den anderen Berufsgruppen die größte relative Mobilisierungsreserve im Wahlkampf.

Die bei weitem größte und mithin bedeutendste Berufsgruppe unter den Wählern aller Parteien stellen die Angestellten dar.

Angestellte, die 1994 SPD gewählt hatten, tendieren im allgemeinen leicht unterdurchschnittlich zur Wiederwahl, bilden insgesamt also eine relativ parteitreue Gruppe. Allerdings liegt ihr Wechsleranteil mit 33 Prozent sieben Prozentpunkte über dem Durchschnitt. Betrachten wir nur die 18-54jährigen Angestellten, dann bekunden 36 Prozent ihre Wechselabsicht, bei höheren ("verantwortlichen") Angestellten sind es 40 Prozent und bei den 18-54jährigen höheren Angestellten sogar 44 Prozent. Bei genauerem Hinsehen finden sich also auch in Teilen des Angestelltenbereichs Abwanderungstendenzen (die überwiegend auf einen Parteiwechsel zielen): Die einfachen, älteren und gering gebildeten Angestellten neigen eher zu Parteitreu, die mittleren und höheren Angestellten mit mittlerer bis hoher Bildung kehren der SPD besonders häufig dann den Rücken, wenn sie jünger als 55 Jahre sind.

**Insgesamt lassen die unteren und mittleren Altersgruppen sowie Arbeiter, Selbständige und Teile der Angestellten in erheblichem Maße die Neigung erkennen, von der SPD abzuwandern. Auch das "Gewerkschaftsmilieu" stellt keine besonders feste Wählerbank für die Sozialdemokratie (mehr) dar. Ältere und alte Wähler, Personen mit geringer Formalqualifikation, Beamte und Nichterwerbspersonen (Rentner!) halten ihr dagegen überdurchschnittlich häufig die Treue.**

Was im Kommentar des Landeswahlleiters zur AHW 1995 als sozialstrukturelle "Konturlosigkeit der SPD"<sup>21</sup> bezeichnet wird, läßt sich durch die These zuspitzen, daß zur besonders parteiverbundenen Klientel der Berliner SPD weder Arbeiter, Gewerkschafter und Arbeitslose

---

21 Der Landeswahlleiter, Wahlen im Oktober 95. Kommentierung - Tabellen - Grafiken - Karten. Vorläufiges Ergebnis, hrsgg. v. Statistischen Landesamt Berlin, Berlin o.J. (1995), (ohne Paginierung).- Das Zitat befindet sich auf der dritten Seite des Abschnitts 1.3 im fünften Absatz der linken Spalte.

noch maßgebliche soziale Trägerschichten der modernen Industriegesellschaft - qualifizierte, mittlere bis leitende Angestellte, der "neue" Mittelstand oder Akademiker - zählen. (Weitere Aufschlüsselungen nach West-Ost-Unterschieden finden sich im Anhang auf Seite 76.)

## 5. Politische Grundeinstellungen und Wertorientierungen

Während im vorstehenden Abschnitt soziale Gruppen hinsichtlich ihres Wahlverhaltens miteinander verglichen wurden, wechseln wir nun die Perspektive und vergleichen die Wählertypen nach ihren Einstellungen und Wertorientierungen.

Rund ein Drittel der SPD-Wiederwähler und der Parteiwechsler stuft sich als links ein, während die Unentschiedenen und Nichtwähler eine gemäßigt linke Position einnehmen. Hinsichtlich letzterer darf wohl angenommen werden, daß ihnen die SPD zu weit links steht. Auch bezüglich des politischen Interesses unterscheiden sich Wiederwähler und Parteiwechsler kaum: Jeweils zwei Drittel bekunden ein sehr starkes oder starkes politisches Interesse. Bei den Unentschiedenen und Nichtwählern beträgt der entsprechende Anteil nur 50 Prozent. Ein ähnliches Muster zeigt sich auch bei der Demokratiezufriedenheit: Unzufriedenheit bekunden vor allem jene Abwanderer, die sich ihrer Parteipräferenz nicht sicher sind oder zur Wahlenthaltung neigen. Dieses Wählersegment ist auch wenig optimistisch bezüglich der wirtschaftlichen Zukunft Deutschlands und zählt sich besonders oft zu den Verlierern der deutschen Einheit<sup>22</sup>.

**Hier deutet sich bereits an, daß bei den Unentschiedenen und Nichtwählern nicht nur eine relativ große Unzufriedenheit mit der SPD besteht, sondern mit dem Zustand der politischen Ordnung insgesamt. Anders die Parteiwechsler: Sie sehen noch eine Wahlalternative innerhalb des Systems und bewerten es daher weniger kritisch.**

---

22 Die entsprechenden Daten werden hier nicht extra berichtet.

<b>Tabelle 4: SPD-Wiederwähler und -Abwanderer seit der Bundestagswahl 1994 in Berlin nach politischen Grundeinstellungen und Wertorientierungen (Spaltenprozent)</b>				
Nachweis		WiW	PW	UNE+NW
Links-Rechts-Selbsteinstufung:	Links	34	32	19
	Mitte/Links	56	52	70
	Mitte/Rechts	7	12	10
	Rechts	3	4	1*
Politisches Interesse:	Sehr stark	20	13	15
	Stark	43	50	35
	Nicht so stark	32	36	41
	Überh. nicht	5	1*	9
Demokratiezufriedenheit:	Ja	57	53	29
	Nein	43	47	71
Soziale Gerechtigkeit als Wertvorstellung wird betont:	Stark	88	84	88
	Schwach	12	16	12

Daten: Harold-Hurwitz-Survey 1995 (Berlin-BUS); Erhebung: FORSA, 12.-21.10.1995, N = 2018

WiW Wiederwähler  
 PW Parteiwechsler  
 UNE Unentschiedene  
 NW Nichtwähler  
 \* Geringe Fallzahlen

Abwanderer = PW + UNE + NW

**Die Wiederwähler und die Abwanderer verbindet die besonders starke Betonung des Grundwerts soziale Gerechtigkeit. Dieser Grundwert könnte die einigende Klammer aller Wählergruppen der SPD bilden.** Allerdings weichen die Wählertypen bei der Beantwortung der Frage voneinander ab, welche Partei die damit verbundenen politischen Aufgaben am besten erfüllen kann. Die Kompetenz in "sozialer Sicherung/Sozialpolitik" sehen zwar alle Typen mehrheitlich bei der SPD (WiW 84 Prozent, PW 64 Prozent, UNE/NW 61 Prozent). Die Parteiwechsler weisen darin aber auch der CDU und den Bündnisgrünen eine gewisse Kompetenz zu (16 Prozent bzw. 9 Prozent), die Unentschiedenen bzw. Nichtwähler auch der PDS (10 Prozent). Letztere trauen die Lösung dieser Aufgabe überdurchschnittlich oft keiner Partei zu. Ein ähnliches Bild ergibt sich für das Problem "preisgünstigen bzw. neuen Wohnraum schaffen". Hierin schneidet die SPD bei allen Typen etwas schlechter ab, während die Kompetenz der Bündnisgrünen von den Abwanderern recht hoch eingestuft wird (jeweils 13 Prozent). Noch schlechter wird die Kompetenz der SPD bei der von der Bevölkerung insgesamt als besonders dringlich betrachteten Aufgabe "Sicherung der Arbeitsplätze/Bekämpfung der Arbeitslosigkeit" bewertet:

Wiederwähler	53 Prozent
Parteiwechsler	27 Prozent
Unentschiedene/Nichtwähler	37 Prozent

Selbst 20 Prozent der Wiederwähler und sogar 36 Prozent der Parteiwechsler glauben, daß die CDU auf diesem Gebiet über die größte Kompetenz verfügt. Die Unentschiedenen/Nichtwähler glauben dagegen nur zu einem vergleichsweise geringen Prozentsatz (9 Prozent), daß die Union dieses Problem am besten lösen kann. Wenn sie eine Partei nennen, dann die SPD. Allerdings sind 30 Prozent der Auffassung, daß keine Partei imstande ist, die Arbeitslosigkeit zu beseitigen, und weitere 20 Prozent beantworten diese Frage gewissermaßen achselzuckend mit "weiß nicht".

**Ein Motiv für die Abwanderung von der SPD dürfte mithin die Auffassung sein, daß die Partei den Grundwert soziale Gerechtigkeit nicht hinreichend bedient. Teilweise sehen die Abwanderer (vor allem die Parteiwechsler) diesen Grundwert auch bei anderen Parteien gut repräsentiert, teilweise mißtrauen sie (v.a. die Unentschiedenen und die Nichtwähler) in dieser Angelegenheit allen Parteien.**

## **6. Politische Aufgaben und Kompetenzen**

In der Umfrage wurde um ein Urteil darüber gebeten, welche Partei die folgenden zwölf Aufgaben am besten lösen könnte:

- Sicherung der Arbeitsplätze/Bekämpfung der Arbeitslosigkeit,
- Verkehrsberuhigung/den öffentlichen Nahverkehr ausbauen,
- preisgünstigen bzw. neuen Wohnraum schaffen,
- Schutz vor Verbrechen/Ruhe und Ordnung garantieren,
- Zahl der Ausländer begrenzen,
- für die Gleichstellung der Frau in Beruf, Familie und Gesellschaft sorgen,
- Berlin als Weltstadt, als Zentrum zwischen Ost und West ausbauen,
- Schutz der Umwelt,
- für ausreichend und gute Kindergärten und Schulen sorgen,
- bessere Zusammenarbeit von Ost- und West-Berlin,

- wirtschaftliches Wachstum,
- soziale Sicherung/Sozialpolitik.

Insgesamt wiesen die Befragten mehrheitlich den Bündnisgrünen die Kompetenz in zwei (Verkehrsberuhigung, Umwelt), der SPD in vier (Wohnraum, Gleichstellung, Kindergärten/Schulen, Sozialpolitik) und der CDU in den restlichen sechs Aufgabenbereichen zu: neben dem Wirtschaftswachstum und der inneren Sicherheit also auch bei der Arbeitsplatzsicherheit und der Ost-West-Problematik.

Betrachten wir nur die SPD-Wählertypen, dann zeigt sich, daß auch sie mehrheitlich der SPD die Kompetenz in den vier sozialpolitischen Feldern zuweisen. Überdies glauben sie, daß die SPD am besten für die Ost-West-Zusammenarbeit in Berlin sorgt. Insoweit besteht eine große Übereinstimmung zwischen Wiederwählern und Abwanderern. Differenzen werden in zwei Aufgabenbereichen sichtbar: Bezüglich der Verkehrsberuhigung sehen die Wiederwähler und die Unentschiedenen bzw. Nichtwähler die SPD als besonders kompetent an, die Parteiwechsler aber die Bündnisgrünen. Die Sicherung der Arbeitsplätze trauen wiederum die Wiederwähler und die Unentschiedenen bzw. Nichtwähler in erster Linie der SPD zu, die Parteiwechsler jedoch der CDU.

**Bei der Zuweisung der Problemlösungskompetenz für spezifische Politikfelder unterscheiden sich die Wählertypen also nicht prinzipiell. Die Unterschiede sind eher graduell.** Grosso modo ist das Vertrauen in die Sachkompetenz der SPD bei den Wiederwählern relativ groß, bei den Unentschiedenen und Nichtwählern mäßig und bei den Parteiwechslern noch etwas geringer. Dies gilt nicht nur für die vier sozialpolitischen Fachgebiete der SPD, sondern auch für die übrigen acht Politikbereiche. **Vermutlich wünschen sich die Abwanderer mehr "Power" in sozialen Fragen und vermissen das Engagement in den anderen Aufgabengebieten.**

## 7. Die Beurteilung der Parteien

Der allgemeinen Problemlösungskompetenz der Sozialdemokratie erteilen alle hier untersuchten Typen schlechte Noten. Nicht einmal die Mehrheit ihrer treuen Anhänger glaubt, daß die SPD am besten mit den Problemen in Berlin fertig wird. Hinsichtlich der Probleme in der gesamten Republik glauben das sogar nur 37 Prozent der Wiederwähler, während tatsächlich ein Drittel von ihnen diese Fähigkeit der Union zubilligt. **Selbst die konstanten SPD-Wähler sind von der allgemeinen Leistungsfähigkeit ihrer Partei nicht sonderlich überzeugt.**

Unter den Parteiwechslern besteht die starke Neigung, vor allem der CDU die generelle Problemlösungskompetenz zuzuschreiben (die übrigen Parteien spielen keine Rolle). Die SPD schneidet bei den Wechslern sehr schlecht ab, schlechter noch als bei den Unentschiedenen und Nichtwählern, die - wenn sie denn überhaupt einer Partei die Lösung der Probleme in Berlin zutrauen - gewöhnlich die SPD nennen. Jedoch mangelt es knapp der Hälfte an diesem Zutrauen. Mit Blick auf die Bundesprobleme rangiert bei den Unentschiedenen bzw. Nichtwählern die CDU noch vor der SPD, aber auch hier ist die Skepsis bezüglich der Leistungsfähigkeit aller Parteien recht groß.

Auf die Frage, ob die einzelnen Parteien die Interessen der untersuchten Personen vertreten, ob sie ihnen widersprechen oder ob weder das eine noch das andere zutrifft, **bekunden alle Wählertypen mit großer Mehrheit, daß die SPD ihre Interessen vertritt.** Dies sagen 94 Prozent der Wiederwähler und 70 Prozent der Abwanderer. Von Bedeutung ist wohl eher, welche Partei neben der SPD ebenfalls als Vertreterin der eigenen Interessen wahrgenommen wird: An zweiter Stelle stehen unisono die Bündnisgrünen, an dritter Stelle kommt die CDU und an vierter Stelle, aber weit abgeschlagen, die PDS (der jeweils über die Hälfte der Wiederwähler und Abwanderer bescheinigt, daß sie ihren Interessen widerspricht).

Neben diesen Gemeinsamkeiten der drei Wählertypen bestehen einige Besonderheiten: Die Parteiwechsler fühlen sich von der SPD genauso häufig vertreten wie von den Bündnisgrünen (jeweils zu 70 Prozent). Nur 42 Prozent der Wechsler meinen, daß die CDU ihre Interessen vertritt, das sind immerhin noch doppelt so viele wie bei den Unentschiedenen und Nichtwählern. Diese sehen ihre Interessen bei den Konkurrenzparteien der SPD weni-



ger gut aufgehoben als die Wiederwähler und Parteiwechsler. Allerdings glauben 19 Prozent, daß die PDS ihre Belange wahrnimmt. Auch hier gilt, daß die Parteiwechsler eher andere (alternative) Bezugspunkte im Parteiensystem erkennen, während die Unentschiedenen und Nichtwähler dem System gegenüber skeptischer sind.

**Die SPD befindet sich offenbar in einer komplizierten Konkurrenzsituation zur CDU und den Bündnisgrünen (am Rande auch zur PDS). Ihre beiden Hauptkonkurrenten unterscheiden sich darin, daß die CDU als die kompetentere Partei, Bündnis 90/Die Grünen aber als die bessere Interessenvertretung gilt.**

Daß sich selbst die besonders parteitreuen SPD-Wähler in erheblichem Umfang von Bündnis 90/Die Grünen und partiell von der CDU vertreten fühlen, könnte ein Indiz dafür sein, daß die SPD auch ihren Erwartungen nicht immer gerecht wird (und mithin auch ihre Parteibindungen nicht gerade felsenfest sind). Dies bringen sie mit ihrer zurückhaltenden Bewertung der Problemlösungskompetenz der SPD zum Ausdruck, was sich daran zeigt, daß nur die Hälfte der Wiederwähler glaubt, die SPD kümmere sich am ehesten um die Probleme der Menschen im Wohngebiet, und daß nur 30 Prozent von ihnen der SPD Ehrlichkeit und Unbestechlichkeit zutrauen. **Auch die Wiederwähler dürften keine absolut sichere Wählerbank der SPD darstellen, auch sie wollen (müssen) stets aufs neue überzeugt bzw. mobilisiert werden.**

Die Abwanderer beurteilen die politische Präsenz der SPD vor Ort noch schlechter als die Wiederwähler. Ihr Urteil über die Ehrlichkeit und Unbestechlichkeit der Partei fällt nachgerade vernichtend aus, besonders das der Unentschiedenen und Nichtwähler, die offenbar extrem parteiverdrossen<sup>23</sup> sind.

## **8. Die Wahl zum Berliner Abgeordnetenhaus und zu den Bezirksverordnetenversammlungen 1995**

Der Wahlkampf zur AHW 1995 stieß in der Berliner Bevölkerung insgesamt auf wenig Begeisterung: Die Frage "Welche Partei macht denn Ihrer Einschätzung nach alles in allem

---

23 Als Indikator für Parteiverdrossenheit gilt die Antwort "keiner" auf die Frage "Welcher Partei hier in Berlin trauen Sie am ehesten Ehrlichkeit und Unbestechlichkeit zu?"

den besten Wahlkampf?" beantwortete über die Hälfte aller Befragten mit "keine Partei" oder "weiß nicht". Für den der CDU entschieden sich insgesamt 24 Prozent, für den der SPD nur 10 Prozent.

<b>Tabelle 6: SPD-Wiederwähler und -Abwanderer seit der Bundestagswahl 1994 in Berlin nach ihren Einstellungen zum Wahlkampf, zu den Spitzenkandidaten und dem Koalitionswunsch (Spaltenprozent)</b>				
Nachweis		WiW	PW	UNE+NW
Wer macht den besten Wahlkampf:				
	CDU	18	29	12
	SPD	23	9	13
	PDS	6	7	4
	Keine Partei	22	25	24
	Weiß nicht	27	27	42
Anteilnahme am Wahlkampf <sup>a)</sup> :				
	Keine	6	3	9
	Schwach	44	46	47
	Mittel	23	23	27
	Stark	27	28	17
Bei Direktwahl des Regierenden Bürgermeisters würden wählen:				
	Diepgen	23	42	32
	Stahmer	70	44	40
	Beide nicht	6	13	23
Koalitionswunsch nach der Wahl zum Abgeordnetenhaus, wenn keine Partei alleine regieren kann:				
	CDU-FDP <sup>*)</sup>	1	2	x
	CDU-SPD	47	48	55
	CDU-B90/G <sup>*)</sup>	2	4	4
	SPD-B90/G-PDS	33	35	19

Daten: Harold-Hurwitz-Survey 1995 (Berlin-BUS); Erhebung: FORSA, 12.-21.10.1995, N = 2018

WiW      Wiederwähler  
 PW      Parteiwechsler  
 UNE      Unentschiedene  
 NW      Nichtwähler  
 \*)      Geringe Fallzahlen  
 x      Keine zuverlässigen Angaben möglich (N<5)

Abwanderer = PW + UNE + NW

- a) Kumulativer Index, der aus der Zustimmung zu folgenden Statements gebildet wurde:
- "Haben Sie sich im Fernsehen Wahlwerbung der Parteien zur kommenden Abgeordnetenhauswahl angesehen?"
  - "Haben Sie sich im Radio Wahlwerbung der Parteien angehört?"
  - "Haben Sie sich Wahlplakate zur Abgeordnetenhauswahl angesehen?"
  - "Haben Sie in diesem Wahlkampf zur Abgeordnetenhauswahl einen Straßenstand einer Partei besucht?"
  - "Haben Sie in diesem Wahlkampf zur Abgeordnetenhauswahl eine Wahlversammlung besucht?"
  - "Haben Sie sich Informationsmaterial einer Partei zur Abgeordnetenhauswahl angesehen?"
  - "Hat Sie ein Politiker einer Partei im Wahlkampf besucht?"

Wenn sich die Spaltenprozent nicht jeweils auf 100 addieren, so liegt das daran, daß in der Tabelle nicht alle Antwortvorgaben verzeichnet sind. Vgl. auch Tabellenanhang, S. 83.

(West-Ost-Unterschiede im Tabellenanhang, S. 78.)

So ist es wenig überraschend, daß sich auch die Wähler der SPD von 1994 durch den Wahlkampf kaum angesprochen fühlten. Selbst die parteitreuen Anhänger bescheinigten der SPD nur zu 23 Prozent, daß sie den besten Wahlkampf macht, während 18 Prozent dies der CDU zuschrieben. Von den Parteiwechslern lobten knapp 10 Prozent den Wahlkampf der SPD, aber rund 30 Prozent (sechs Prozentpunkte mehr als der Bevölkerungsdurchschnitt) den der CDU. Die Unentschiedenen und Nichtwähler zeichneten sich auch in dieser Frage durch die größte Distanz zum Angebot aller Parteien aus.

Obwohl die SPD-Wähler von 1994 den Wahlkampf sehr zurückhaltend bewerten, haben sie doch vergleichsweise starken Anteil daran genommen. Selbst den Unentschiedenen und Nichtwählern wird man nicht nachsagen können, daß sie besonders wenig in das Wahlkampfgeschehen involviert waren. **Interesse am Angebot war bei Wiederwählern und Abwanderern also vorhanden, und daher dürften auch Mobilisierungschancen bei den Abwanderern bestanden haben.** Aber die Partei wußte sie nicht (bestenfalls: kaum) zu nutzen.

Über die Frage, inwieweit dies an der Person der sozialdemokratischen Spitzenkandidatin, Ingrid Stahmer, lag, läßt sich nur spekulieren. Die Tatsache, daß Stahmer bei der Berliner Bevölkerung nicht so populär wie der (mit einem langjährigen Amtsbonus ausgestattete) CDU-Spitzenkandidat Diepgen war (Grafiken 2 u. 3, S. 31), ist für die hier behandelte Problematik weniger von Bedeutung. Maßgeblich ist vielmehr ihr Ansehen bei den SPD-Wählern von 1994 (Tabelle 7).

Während 60 Prozent der Wiederwähler "viel" von Stahmer hielten, taten das nur 30 Prozent der Abwanderer. Wiederum rund 30 Prozent der Unentschiedenen bzw. Nichtwähler und sogar 38 Prozent der Parteiwechsler hielten "viel" von Diepgen. Bei den Wechslern stand der Regierende Bürgermeister also etwas höher im Kurs als seine Herausforderin. Aber diese Sympathie lag immer noch unter dem Bevölkerungsdurchschnitt (44 Prozent).

Bei einer Direktwahl des Regierenden Bürgermeisters hätten sich nur 70 Prozent der SPD-Wiederwähler für Stahmer, knapp ein Viertel aber für Eberhard Diepgen entschieden (Tabelle 6). Damit bestätigt sich, daß Stahmer selbst bei den parteitreuen Wählern nicht unumstritten war (welcher Spitzenpolitiker ist das schon?). Allerdings wäre sie von über 40

Tabelle 7: SPD-Wiederwähler und -Abwanderer seit der Bundestagswahl 1994 in Berlin nach ihrer Beurteilung der Spitzenkandidaten (im Vergleich zu allen Befragten, Spaltenprozent)				
	Alle Befragten	SPD-Wähler von 1994		
		WiW	PW	UNE+NW
Was halten Sie von Ingrid Stahmer:				
Viel	28	60	29	30
Mittel	54	34	66	58
Wenig	18	6	5	12
Was halten Sie von Eberhard Diepgen:				
Viel	44	34	38	31
Mittel	39	46	49	51
Wenig	17	20	13	18

Daten: Harold-Hurwitz-Survey 1995 (Berlin-BUS); Erhebung: FORSA, 12.-21.10.1995, N = 2018

Fragen: "Was halten Sie von der Spitzenkandidatin der SPD, Ingrid Stahmer?"

"Was halten Sie von dem Spitzenkandidaten der CDU, Eberhard Diepgen?"

Antwortvorgabe: Skala von +5 ("sehr viel") bis -5 ("überhaupt nichts").

Viel: +5 bis +3

Mittel: +2 bis -2

Wenig: -3 bis -5

WiW      Wiederwähler  
 PW      Parteiwechsler  
 UNE      Unentschiedene  
 NW      Nichtwähler

Abwanderer = PW + UNE + NW

Prozent der Parteiwechsler und selbst von 40 Prozent der Unentschiedenen/Nichtwähler gegenüber Diepgen bevorzugt worden (im Durchschnitt der Befragten von nur 32 Prozent). **Wenn über 40 Prozent der Abwanderer von der SPD im Falle einer Direktwahl für die SPD-Spitzenkandidatin votiert hätten, dann kann der tatsächliche Wählerabfluß nicht allein (vermutlich nicht einmal hauptsächlich) ihrer Person angelastet werden.**

**Die Koalitionsfrage scheint als Motiv für die Abwanderer keine (wichtige) Rolle zu spielen** (Tabelle 6). Sprach sich auch eine beachtliche Minderheit von etwa einem Drittel für ein Linksbündnis unter Einschluß der PDS aus, so wünschte sich doch rund die Hälfte aller SPD-Wählertypen die Fortsetzung der Großen Koalition.

Abschließend betrachten wir die Wahlabsicht der SPD-Wählertypen im Oktober 1995 (Tabelle 8).

<b>Tabelle 8: SPD-Wiederwähler und -Abwanderer seit der Bundestagswahl 1994 in Berlin nach ihrer Wahlabsicht für den 22.10.1995 (Spaltenprozent)</b>				
Nachweis	WiW	PW	UNE+NW	
Erststimme bei der Abgeordnetenhauswahl für Kandidaten der:	CDU	7	30	0
	SPD	83	42	12
	B90/G	4	13	x
	PDS*)	1	2	x
	WN/KA	5	9	81
Zweitstimme bei der Abgeordnetenhauswahl für:	CDU	-	38	-
	SPD	100	-	-
	B90/G	-	44	-
	PDS	-	9	-
	Sonstige WN/KA	-	9	-
Stimme bei BVV-Wahl für:	CDU	3	23	7
	SPD	85	38	29
	B90/G	6	29	0
	PDS*)	2	x	0
	Sonstige*) WN/KA	x	4	x
Wenn am 22. Oktober Bundestagswahl wäre: Zweitstimme für:	CDU	4	29	9
	SPD	84	40	38
	B90/G	3	16	5
	PDS*)	x	2	x
	Sonstige*) WN/KA	0	x	x

Daten: Harold-Hurwitz-Survey 1995 (Berlin-BUS); Erhebung: FORSA, 12.-21.10.1995, N = 2018

WiW      Wiederwähler  
 PW      Parteiwechsler  
 UNE      Unentschiedene  
 NW      Nichtwähler  
 WN      Weiß nicht  
 KA      Keine Antwort  
 \*)      Geringe Fallzahlen  
 x      Keine zuverlässigen Angaben möglich (N<5)

Abwanderer = PW + UNE + NW

Wenn sich die Spaltenprozentage nicht jeweils auf 100 addieren, dann liegt das daran, daß in der Tabelle nicht alle Antwortvorgaben verzeichnet sind. (West-Ost-Unterschiede im Tabellenanhang, S. 79.)

**Die SPD-Wiederwähler von 1994 standen fest zu ihrer Partei:** Rund 85 Prozent wollten bei der AHW 1995 auch ihre Erststimme den SPD-Kandidat/inn/en geben, die SPD bei den BVV-Wahlen oder bei einer gleichzeitig stattfindenden Bundestagswahl wählen. Wenn auch eine totale Mobilisierung der Wiederwähler generell als unrealistisch angesehen werden muß, bestanden vermutlich selbst bei diesem Typ - wenn auch in bescheidenem

Umfang - unausgeschöpfte Mobilisierungsreserven. Angesichts der geringen Fallzahlen sind zur Zweitpräferenz der Wiederwähler nur pauschale Angaben möglich: Mit ihrer Erststimme bei der AHW begünstigten sie eher die CDU, auf Bezirksebene dafür wohl eher die Bündnisgrünen, und bei einer Bundestagswahl wären die beiden Hauptkonkurrenten der SPD vermutlich gleichermaßen bedient worden.

Aus der Wahlabsicht der Unentschiedenen und Nichtwähler wird deutlich, daß in diesem Segment **noch erhebliche Bindungen an die SPD fortbestehen**. Immerhin 12 Prozent wollten ihre Erststimme der SPD geben, 29 Prozent beabsichtigten, für die SPD in den Bezirken zu stimmen, und sogar 38 Prozent hätten sie bei einer Bundestagswahl gewählt. Demgegenüber hält sich ihre Sympathie für andere Parteien in engen Grenzen. Zur CDU bestehen schwache Affinitäten, zu Bündnis 90/Die Grünen noch schwächere. Die Gefahr, daß dieses im Prinzip immer noch stark sozialdemokratisch gefärbte Segment die Partei wechselt, dürfte sehr gering sein. Vermutlich bezieht sich der "Frust" der Unentschiedenen und Nichtwähler auf das allgemeine Erscheinungsbild der SPD auf Landesebene. In den Bezirken, und mehr noch im Bund, scheinen sie die SPD besser bzw. optimistischer zu bewerten. (Zum Stimmensplitting vgl. auch die West-Ost-Vergleiche im Tabellenanhang, S. 80 ff.)

Die größte Gruppe unter den Abwanderern stellen die Parteiwechsler dar. Bezüglich ihrer Zweitstimme für die AHW 1995 nannten sie folgende Parteipräferenzen:

CDU	38 Prozent,
B90/G	44 Prozent,
PDS	9 Prozent,
Sonstige Parteien	9 Prozent.

Der Wechsel vollzog sich hauptsächlich zugunsten von CDU und Bündnisgrünen, wobei letztere geringfügig stärker profitiert haben dürften. Mit ihrer AHW-Erststimme optierten die Parteiwechsler dagegen eindeutig für die CDU. Allerdings wollte sich der größte Teil von ihnen (42 Prozent) für SPD-Kandidat/inn/en entscheiden. Dies trifft auch für die Präferenz bei den BVV-Wahlen (38 Prozent) und bei einer Bundestagswahl (40 Prozent) zu. **Die Leinen zur SPD scheinen auch bei den Parteiwechslern nicht endgültig gekappt zu sein.** Wenn sich 40 Prozent von ihnen für die Bundes-SPD aussprechen und ebenfalls fast 40 Prozent für die SPD in den Berliner Bezirken, **dann dürfte ihr Abwanderungsmotiv (ebenso das**

**der Unentschiedenen/Nichtwähler) vor allem im Zustand der Landespartei zu suchen sein.** Wenn alle Abwanderer der Bundespartei erhebliche Wertschätzung entgegenbringen, können die "Personalquerelen" in der SPD-Spitze keine bedeutende Ursache für die erdrutschartigen Stimmenverluste in Berlin gewesen sein.

Zurück zu den Nutznießern des Wahldebakels der Berliner SPD. Von der Zweitstimme der Parteiwechsler profitierten, wie erwähnt, CDU und Bündnis 90/Die Grünen etwa zu gleichen Teilen, von ihrer Erststimme überwiegend die Union. Ihre BVV-Stimme gaben die Wechsler etwas häufiger den Bündnisgrünen als der CDU (29 Prozent zu 23 Prozent), und bei einer Bundestagswahl hätte wiederum die CDU den größten Anteil erhalten (29 Prozent zu 16 Prozent). **Trotz aller Unterschiede im Detail kann konstatiert werden, daß sich die Parteiwechsler mehr oder weniger gleichmäßig auf die beiden Hauptkonkurrenten der SPD verteilen.** Die übrigen Parteien spielen mit Blick auf die Stadt insgesamt keine Rolle.

Die Abwanderung von der SPD vollzieht sich im Prinzip nach dieser Faustregel: **Je älter die Parteiwechsler sind, desto mehr tendieren sie zur CDU; je jünger sie sind, desto eher präferieren sie die Bündnisgrünen.** Nur 25 Prozent der 18-24jährigen, aber 90 Prozent der über 65jährigen Parteiwechsler wollten die Union wählen. Umgekehrt entschieden sich 67 Prozent der jüngsten Altersgruppe, aber kein einziger Befragter aus den beiden obersten Altersgruppen der Parteiwechsler für Bündnis 90/Die Grünen.

Wegen zu geringer Fallzahlen kann die Richtung des Parteiwechsels von Berufsgruppen hier nicht in Zahlen ausgewiesen werden. Es scheint aber so zu sein, daß sich die Abwanderer auch unter diesem Aspekt zu mehr oder weniger gleichen Teilen auf CDU und Bündnis 90/ Die Grünen verteilen. Jedenfalls sind weder die Parteiwechsler unter den Selbständigen noch die unter den Arbeitern (unter den beiden Berufsgruppen also mit dem größten Wechsleranteil) geschlossen zur CDU übergelaufen.

Summa summarum belegen die Umfragedaten, daß die Parteiwechsler der SPD in **zwei, politisch-ideologisch gegensätzliche, Richtungen** abdriften: zum Konservatismus einerseits und zum Libertarismus<sup>24</sup> andererseits.

---

24 Mit dem Begriff "Libertarismus" werden Zielvorstellungen wie Umweltschutz, direkte Demokratie, Multikulturalität, Pazifismus, Gleichstellung der Geschlechter etc. zusammengefaßt. Siehe dazu das folgende Kapitel.

Die PDS stellt stadtweit gegenwärtig keine ernsthafte Bedrohung für die SPD dar. Im Ostteil Berlins bestehen allerdings besondere Verhältnisse. Hier gaben die SPD-Parteiwechsler folgende Parteipräferenzen an:

CDU	47 Prozent,
B90/G	28 Prozent,
PDS	21 Prozent,
Sonstige Parteien	4 Prozent.

Der Zerfall der Wählerbasis der SPD vollzog (vollzieht) sich unter Berücksichtigung des West-Ost-Konflikts gewissermaßen in "zweieinhalb" Richtungen. Anders ausgedrückt: **Die SPD ist die einzige Partei im Berliner Parteiensystem, die ihre politische Existenz zwischen (plastischer: inmitten von) zwei bzw. drei Konkurrenzparteien bewahren muß, die alle, wenn auch in unterschiedlichem Ausmaß, eine gewisse Anziehungskraft auf ihre Anhänger ausüben.** Diese Mittellage behindert die Ausprägung eines spezifischen Profils erheblich und erschwert die Mobilisierung der SPD-Anhänger sowie die Rückgewinnung von abgewanderten Wählern.

Damit sind wir bei einer Problemstellung angelangt, die im folgenden Kapitel einer genaueren Analyse unterzogen werden soll: die Position der SPD im Berliner Parteiensystem und ihre Chancen, im Parteienwettbewerb zu bestehen.

## 9. Ergebnis und Bewertung

Dieses Kapitel will einen Beitrag zur Erklärung der gewaltigen Stimmenverluste der Berliner SPD bei der AHW 1995 leisten. Salopp formuliert lautet das Problem: Warum sind ihr die Wähler weggelaufen, wo sind sie geblieben, wie können sie zurückgewonnen werden? Für die Beantwortung der ersten beiden Fragen dürften auch sozialwissenschaftliche Untersuchungen von Nutzen sein. Die dritte Frage ist eher politischer Natur.

Mögliche Ursachen für die Stimmenverluste und der Verbleib der abgewanderten Wähler werden hier auf der Basis von Umfragedaten untersucht. Wir analysieren die Veränderungen der SPD-Wählerschaft zwischen der BTW 1994 und der AHW 1995. Zu diesem Zweck werden die SPD-Wähler von 1994 in vier Typen eingeteilt: Wiederwähler, Parteiwechsler, Unentschiedene und Nichtwähler. Während die Wiederwähler der SPD die Treue gehalten haben, bilden die drei übrigen Typen die Abwanderer. In den Analysen werden die Unentschiedenen und Nichtwähler gewöhnlich zu einer Gruppe zusammengefaßt.

Die wesentlichen empirischen Ergebnisse im einzelnen und zugespitzt:

- 58 Prozent der SPD-Wähler bei der BTW 1994 wollten die Partei auch bei der AHW 1995 wieder wählen. Der Anteil der Abwanderer beträgt 42 Prozent. Die SPD hat also zwischen beiden Wahlen etwa 40 Prozent ihrer Wählerschaft verloren.
- Von den SPD-Wählern des Jahres 1994 haben sich 1995 26 Prozent einer anderen Partei zugewandt (Parteiwechsler), weitere sieben Prozent konnten oder wollten bei der Befragung keine Parteipräferenz nennen (Unentschiedene), und weitere neun Prozent kündigten ihre Wahlenthaltung an. Zwei Drittel der Abwanderer haben sich somit bei der AHW 1995 parteipolitisch umorientiert.
- Im Vergleich mit den übrigen Berliner Parlamentsparteien gelang es der SPD 1995 nur höchst unzureichend, ihre eigenen Anhänger zu mobilisieren. Darin war sie im Ostteil der Stadt noch etwas erfolgloser als im Westen. Die SPD ging als der große "Mobilisierungsverlierer" aus dieser Wahl hervor.

*Bei der strategischen Bewertung dieses Befundes ist zu bedenken, daß das Wahlverhalten trotz unzähliger Unkenrufe immer noch durch hohe Konstanz und Parteitreue geprägt ist. Wahlen werden in erster Linie durch die Mobilisierung der eigenen Anhänger gewonnen. Die Eroberung neuer Wählerschichten (Wähler von anderen Parteien, Jungwähler) spielt eine nachgeordnete Rolle. Wenn eine Partei (wie die Berliner SPD 1995) in erheblichem Umfang eigene Anhänger an andere Parteien verliert, ist gründliche und selbstkritische Ursachenforschung unerlässlich.*

- Soziale Gruppen mit starken Abwanderungstendenzen sind:
  - a) Altersgruppen zwischen 18 und 54 Jahren, Personen also, die ihre politische Sozialisation im Nachkriegsdeutschland erfahren haben.
  - b) Arbeiter.
  - c) Selbständige.
  - d) Mittlere und höhere Angestellte mit guter Formalqualifikation.
  - e) Akademiker.
  
- Als besonders parteitreu erwiesen sich:
  - a) Ältere und alte Wähler, deren politische Sozialisation vor 1945 erfolgte.
  - b) Einfache, gering qualifizierte Angestellte.
  - c) Beamte.
  - d) Nichterwerbspersonen (Rentner!).
  - e) Personen mit geringem Bildungsabschluß.

*Zur besonders parteiverbundenen Klientel der Berliner SPD zählen weder Arbeiter, Gewerkschafter und Arbeitslose noch maßgebliche soziale Trägerschichten der postindustriellen Gesellschaft (wie qualifizierte, mittlere bis leitende Angestellte, der "neue" Mittelstand oder Akademiker), sondern eher Traditionswähler. Die SPD droht mithin zu veralten und sozialstrukturell kontextlos zu werden.*

- Wiederwähler und Abwanderer der SPD von 1994 stimmen in der besonders starken Betonung des Grundwerts soziale Gerechtigkeit überein. Dieser Grundwert könnte das einigende Band aller Wählergruppen der SPD und darüber hinaus die Grundlage für breitere Wählerkoalitionen sein (ohne die die SPD die 35-Prozent-Marke kaum wieder erreichen, geschweige denn überwinden kann).

- Ein wichtiges Motiv für die Abwanderer dürfte die Auffassung gewesen sein, daß die SPD ihre politische Praxis nicht hinreichend am Grundwert soziale Gerechtigkeit orientiert. Während insbesondere die Parteiwechsler diesen Grundwert auch von anderen Parteien berücksichtigt sehen, mißtrauen die Unentschiedenen und Nichtwähler in diesem Bereich allen Parteien.
- Eine weitere Ursache für den Wählerabfluß der SPD dürfte in ihrer weithin als unbefriedigend empfundenen Kompetenz liegen, dringende, insbesondere sozialpolitische, Probleme zu lösen. Im großen und ganzen sehen Wiederwähler und Abwanderer den sozialpolitischen Sachverstand zwar eher bei der SPD als bei den anderen Parteien. Allerdings werden deutliche Abstufungen und Einschränkungen erkennbar: Die Wiederwähler trauen ihr sozialpolitisch ziemlich viel zu, die Unentschiedenen/Nichtwähler weniger und die Parteiwechsler noch etwas weniger. Beispiel "Sicherung der Arbeitsplätze": 53 Prozent der treuen SPD-Anhänger, 27 Prozent der Parteiwechsler und 37 Prozent der Unentschiedenen/Nichtwähler weisen der SPD die Kompetenz für die Lösung dieser als besonders wichtig bewerteten Aufgabe zu. Aber 20 Prozent der Wiederwähler und 36 Prozent der Parteiwechsler vertreten die Auffassung, daß die CDU diesem Problem am erfolgreichsten zu Leibe rücken kann.
- Ziemlich schlecht bewerten Wiederwähler und Abwanderer die pauschale Problemlösungskompetenz der SPD. Nicht einmal die treuen SPD-Anhänger sind fest von der allgemeinen Leistungsfähigkeit ihrer Partei überzeugt. Die CDU erhält vergleichsweise respektable Beurteilungen. Ihr trauen die meisten Parteiwechsler zu, mit den Problemen in Berlin und in der Bundesrepublik noch am besten fertig zu werden.

*Der SPD fehlt nicht nur ein erkennbares sozialstrukturelles Profil. In den Augen ihrer Wähler von 1994 mangelt es ihr offenbar auch an einem kompetenten politischen Profil, das sie von den anderen Parteien unterscheidbar macht und Identifikationsmöglichkeiten bietet. Es spricht viel dafür, daß die wesentliche Ursache für die Wählerverluste 1995 in dieser Konturenlosigkeit lag.*

- Die überwiegende Mehrheit der SPD-Wähler von 1994 glaubt, daß die SPD ihre Interessen vertritt. Aber sie ist nicht die einzige Partei, der zufriedenstellende Interessenvertretung zugeschrieben wird: An zweiter Stelle steht Bündnis 90/Die Grünen, an dritter

Stelle die CDU und - weit abgeschlagen - an vierter Stelle die PDS. Am häufigsten sehen sich die Parteiwechsler von anderen Parteien vertreten.

- Die Parteiwechsler schwanken im allgemeinen zwischen der CDU, der sie eher die Kompetenz zur Lösung der dringenden politischen Probleme zutrauen, und zwischen den Bündnisgrünen, die zumeist als die effektivere Interessenvertretung angesehen wird. Die CDU steht offenbar für Output, Bündnis 90/Die Grünen dagegen für Input.
- Der Unterschied zwischen den Parteiwechslern und den Unentschiedenen bzw. Nichtwählern läßt sich wie folgt charakterisieren: Letztere sind nicht nur mit der SPD, sondern mit dem Zustand des politischen Systems insgesamt unzufrieden. Sie trauen den anderen Parteien nicht mehr zu als der SPD und neigen daher eher zu politischer Abstinenz und Verdrossenheit. Sofern sie noch über Parteibindungen verfügen, kommen sie zumeist der SPD zugute. Anders die Parteiwechsler: Sie sind ebenfalls mit der SPD unzufrieden, sehen aber eine Wahlalternative innerhalb des Systems und bewerten es weniger kritisch als die Unentschiedenen/Nichtwähler.
- Die Festigkeit der Parteibindungen der Wiederwähler sollte nicht überschätzt werden. Selbst die parteitreuen Anhänger stellen keine selbstverständliche Reserve für die SPD dar. Denn auch bei ihnen macht sich hier und dort Unzufriedenheit mit dem Zustand, der Kompetenz und der Politik der Partei bemerkbar.

*Aus dem Blickwinkel des Jahres 1994 stellt die (damalige) Wählerschaft der SPD ein komplexes, zentrifugales, jedenfalls labiles Konglomerat aus politischen Wünschen und Orientierungen dar, das 1995 wohl nur schwer zu mobilisieren war.*

- Selbst die Wiederwähler waren vom Wahlkampf der SPD alles andere als begeistert. Die CDU erhielt dagegen viel Lob, insbesondere von den Parteiwechslern.
- Für die Wählerverluste gegenüber 1994 war die Person der SPD-Spitzenkandidatin Ingrid Stahmer offenbar nicht maßgeblich.
- Auch die Koalitionsfrage scheint als Motiv für die Abwanderer keine Rolle gespielt zu haben.

- Schließlich kann auch die Bundes-SPD kaum für die gravierenden Stimmeneinbußen verantwortlich gemacht werden. Es war wohl hauptsächlich der erbarmungswürdige Zustand der Landespartei, der Anlaß für Frustrationen bot.
- Die SPD ist im Berliner Parteienwettbewerb mit zwei Hauptkonkurrenten (CDU, B90/G) und einem Nebenkongurrenten im Ostteil der Stadt (PDS) konfrontiert. Nutznießer der Abwanderungen von der SPD zu anderen Parteien waren auf das Land insgesamt gerechnet die beiden Hauptkonkurrenten, und zwar zu ungefähr gleichen Teilen. Die Abwanderer drifteten also überwiegend in zwei gegensätzliche politisch-ideologische Richtungen auseinander.
- In der Wahlentscheidung der Abwanderer am 22. Oktober wurde deutlich, daß vor allem bei den Unentschiedenen und Nichtwählern, aber auch bei den Parteiwechslern, noch teilweise erhebliche Bindungen an die SPD bestehen.
- Es bestehen also durchaus Chancen, verlorengangenes Terrain zurückzugewinnen, und zwar sowohl bei den Parteiwechslern als auch bei den Unentschiedenen und Nichtwählern. Die Mobilisierung von Anhängern sollte nicht auf Wahlkämpfe beschränkt, sondern zu einer permanenten Aufgabe erklärt werden. Dabei ist zu berücksichtigen, daß auch die treuen Wähler stets aufs neue überzeugt werden müssen.

*Wahlentscheidend bei der AHW 1995 dürfte der negative Gesamteindruck der Berliner SPD gewesen sein. Die Niederlage war hausgemacht und nicht extern induziert. Schuldzuweisungen und die Bestrafung von (vermeintlich) Schuldigen macht wenig Sinn, da wir es neben möglicherweise vermeidbaren Fehlern und Versäumnissen der Landespolitik und Wahlkampfführung in erster Linie mit einem strukturellen Problem zu tun haben: Die SPD ist die einzige Partei im Berliner Parteiensystem, die sich auf dem Wählermarkt zweier bzw. dreier gewichtiger Konkurrenten erwehren muß, die sie aus verschiedenen ideologisch-politischen Richtungen bedrohen und die mit ihren unterschiedlichen politischen Konzepten Anziehungskraft auf jeweils andere Teile der SPD-Anhängerschaft ausüben. Somit besteht die Gefahr, daß die SPD in dieser Mittellage von zwei bzw. drei Seiten her zerrieben wird, wenn sie nicht ihren Ort im Parteienwettbewerb findet (siehe dazu das folgende Kapitel).*

## **Anhang**

### **Ergänzende Tabellen**

SPD-Wiederwähler und -Abwanderer seit der Bundestagswahl 1994 in Berlin: Soziale Gruppen nach Wählertypen (Zeilenprozent)					
		West		Ost	
Nachweis		WiW	ABW	WiW	ABW
<b>Alle SPD-Wähler 1994</b>		<b>59</b>	<b>41</b>	<b>55</b>	<b>45</b>
Geschlecht:	Männer	59	41	57	43
	Frauen	58	42	54	46
Alter:	18-24	53	47	33*	67*
	25-34	56	44	45	55
	35-44	52	48	53	47
	45-54	48	52	48	52
	55-64	73	27	61	39
	65-74	71	29	69	31
	75-	90	10	88	12*
Bildung:	Niedrig	68	32	65	35
	Mittel	53	47	51	49
	Hoch	57	43	53	47
Erwerbs-/Berufsstatus:	Nichterwerbspersonen	64	36	63	37
	Selbständige	45	55	46	54
	Beamte	72	28	80*	20*
	Angestellte	58	42	50	50
	Arbeiter	49	51	33	67
	Arbeitslose	50	50	77	23
Gewerkschaftsmitglieder		63	37	44	56

Daten: Harold-Hurwitz-Survey 1995 (Berlin-BUS); Erhebung: FORSA, 12.-21.10.1995, N = 2018

WiW Wiederwähler

ABW Abwanderer

\* Geringe Fallzahlen

<b>SPD-Wiederwähler und -Abwanderer seit der Bundestagswahl 1994 in Berlin nach ihren Einstellungen zu den Parteien (Spaltenprozent)</b>				
	West		Ost	
Nachweis	WiW	ABW	WiW	ABW
Welche Partei wird am besten mit den Problemen in Berlin fertig?				
CDU	17	29	17	33
SPD	49	25	48	23
Keine	25	36	25	34
Welche Partei wird am besten mit den Problemen in der Bundesrepublik fertig?				
CDU	29	42	31	41
SPD	38	18	35	17
Keine	24	29	24	29
Welche Partei kümmert sich am ehesten um die Probleme der Menschen im Wohngebiet?				
CDU	8	14	x	6
SPD	53	39	42	19
B90/G	7	8	x	x
PDS	x	x	21	28
Weiß nicht	30	37	31	42
Welcher Partei hier in Berlin trauen Sie am ehes- ten Ehrlichkeit und Unbestechlichkeit zu?				
CDU	4	5	x	5
SPD	26	10	37	13
B90/G	17	29	4	9
PDS	x	x	x	x
Keiner	41	46	44	63

Daten: Harold-Hurwitz-Survey 1995 (Berlin-BUS); Erhebung: FORSA, 12.-21.10.1995, N = 2018

WiW Wiederwähler

ABW Abwanderer

x Keine zuverlässigen Angaben möglich (N<5)

<b>SPD-Wiederwähler und -Abwanderer seit der Bundestagswahl 1994 in Berlin nach ihren Einstellungen zum Wahlkampf, zu den Spitzenkandidaten und dem Koalitionswunsch (Spaltenprozent)</b>					
		West		Ost	
Nachweis		WiW	ABW	WiW	ABW
Wer macht den besten Wahlkampf:					
	CDU	19	23	16	22
	SPD	22	9	24	14
	PDS	x	x	13	10
	Keine Partei	24	29	19	17
	Weiß nicht	28	30	25	31
Anteilnahme am Wahlkampf:					
	Keine	7	4	4	6
	Schwach	47	50	40	40
	Mittel	20	25	27	25
	Stark	26	21	29	29
Bei Direktwahl des Regierenden Bürgermeisters würden wählen:					
	Diepgen	19	35	30	44
	Stahmer	72	47	65	37
	Beide nicht	8	16	4	18
Koalitionswunsch nach der Wahl zum Abgeord- netenhaus, wenn keine Partei alleine regieren kann:					
	CDU-FDP	x	x	x	x
	CDU-SPD	49	45	45	60
	CDU-B90/G	3	5	x	x
	SPD-B90/G-PDS	33	35	35	19

Daten: Harold-Hurwitz-Survey 1995 (Berlin-BUS); Erhebung: FORSA, 12.-21.10.1995, N = 2018

WiW Wiederwähler

ABW Abwanderer

x Keine zuverlässigen Angaben möglich (N<5)

<b>SPD-Wiederwähler und -Abwanderer seit der Bundestagswahl 1994 in Berlin nach ihrer Wahlabsicht für den 22.10.1995 (Spaltenprozent)</b>				
	West		Ost	
Nachweis	WiW	ABW	WiW	ABW
Erststimme bei der Abgeordnetenhauswahl für Kandidaten der:				
CDU	7	23	7	24
SPD	83	42	82	24
B90/G	5	14	x	x
PDS*)	-	-	x	x
Weiß nicht	5	17	7	37
Zweitstimme bei der Abgeordnetenhauswahl für:				
CDU	-	29	-	31
SPD	100	-	100	-
B90/G	-	44	-	19
PDS	-	x	-	14
Sonstige	-	6	-	x
Weiß nicht	-	15	-	33
Stimme bei BVV-Wahl für:				
CDU	4	20	x	19
SPD	82	38	88	31
B90/G	9	26	x	16
PDS	x	x	4	x
Sonstige	x	5	x	x
Weiß nicht	5	11	4	27
Wenn am 22. Oktober Bundestagswahl wäre: Zweitstimme für:				
CDU	5	23	x	24
SPD	82	42	88	40
B90/G	5	16	x	10
PDS	-	x	x	x
Sonstige	x	x	-	x
Weiß nicht	8	16	8	20

Daten: Harold-Hurwitz-Survey 1995 (Berlin-BUS); Erhebung: FORSA, 12.-21.10.1995, N = 2018

WiW Wiederwähler

ABW Abwanderer

x Keine zuverlässigen Angaben möglich (N<5)

\* Geringe Fallzahlen

Stimmensplitting bei der Wahl am 22.10.1995 in Berlin: Zweitstimme AHW aufgeschlüsselt nach Erststimme AHW (Spaltenprozent)									
Berlin insgesamt									
Erst- stimme	Zweitstimme AHW 1995								
	CDU		SPD		B90/G		PDS		
CDU	88		9		6		x		
SPD	5		78		30		10		
B90/G	1		4		53		5		
PDS	x		1		2		74		
West-Ost-Vergleich									
Erst- stimme	CDU		SPD		B90/G		PDS		
	West	Ost	West	Ost	West	Ost	West	Ost	
CDU	89	84	10	8	5	7	-	x	
SPD	5	5	78	80	35	18	x	8	
B90/G	x	x	6	x	52	55	x	3	
PDS	-	x	-	4	-	8	45	78	

Daten: Harold-Hurwitz-Survey 1995 (Berlin-BUS); Erhebung: FORSA, 12.-21.10.1995, N = 2018

x Keine zuverlässigen Angaben möglich (N<5)

Stimmensplitting bei der Wahl am 22.10.1995 in Berlin: Zweitstimme AHW aufgeschlüsselt nach BVV-Stimme (Spaltenprozent)									
Berlin insgesamt									
BVV- Stimme	Zweitstimme AHW 1995								
	CDU		SPD		B90/G		PDS		
CDU	83		5		3		x		
SPD	8		80		19		5		
B90/G	1		8		71		7		
PDS	x		3		4		83		
West-Ost-Vergleich									
BVV- Stimme	CDU		SPD		B90/G		PDS		
	West	Ost	West	Ost	West	Ost	West	Ost	
CDU	86	77	7	x	3	x	-	x	
SPD	7	12	78	84	20	19	x	x	
B90/G	1	x	10	x	73	66	x	5	
PDS	-	x	x	8	-	12	60	87	

Daten: Harold-Hurwitz-Survey 1995 (Berlin-BUS); Erhebung: FORSA, 12.-21.10.1995, N = 2018

x Keine zuverlässigen Angaben möglich (N<5)

Stimmensplitting bei der Wahl am 22.10.1995 in Berlin: Zweitstimme AHW aufgeschlüsselt nach BTW-Präferenz (Spaltenprozent)									
Berlin insgesamt									
BTW- Präferenz	Zweitstimme AHW 1995								
	CDU		SPD		B90/G		PDS		
CDU	91		8		3		3		
SPD	4		76		21		7		
B90/G	x		6		67		3		
PDS	x		x		2		81		
West-Ost-Vergleich									
BTW- Präferenz	CDU		SPD		B90/G		PDS		
	West	Ost	West	Ost	West	Ost	West	Ost	
CDU	91	89	10	3	x	x	-	3	
SPD	3	4	73	82	23	16	x	6	
B90/G	x	-	7	x	67	66	x	x	
PDS	-	x	x	x	x	x	75	82	

Daten: Harold-Hurwitz-Survey 1995 (Berlin-BUS); Erhebung: FORSA, 12.-21.10.1995, N = 2018

x Keine zuverlässigen Angaben möglich (N<5)

<b>Wählergruppen nach Wahlkampfinteresse (Zeilenprozent)</b>					
<b>Frage:</b> "Wie stark interessieren Sie sich für den Wahlkampf zur Abgeordnetenhauswahl am 22. Oktober?"					
Gruppen	Sehr stark	Stark	Mittel	Wenig	Überhaupt nicht
CDU	14	25	42	14	5
SPD	14	21	43	15	7
B90/G	14	19	35	21	11
PDS	20	24	35	13	8
Unentschied.	13	17	43	17	10
Nichtwähler	2	7	20	26	45

<b>Anteilnahme der Parteianhänger am Wahlkampf zur AHW 1995</b>				
<b>Ausgewiesen ist die Zustimmung ("Ja") zu den Statements in Prozent der Parteianhänger</b>				
Statement	CDU	SPD	B90/G	PDS
Haben Sie sich im Fernsehen Wahlwerbung der Parteien zur kommenden Abgeordnetenhauswahl angesehen?	52	47	35	42
Haben Sie sich im Radio Wahlwerbung der Parteien angehört?	39	34	26	30
Haben Sie sich Wahlplakate zur Abgeordnetenhauswahl angesehen?	85	86	90	91
Haben Sie in diesem Wahlkampf zur Abgeordnetenhauswahl einen Straßenstand einer Partei besucht?	20	22	23	41
Haben Sie in diesem Wahlkampf zur Abgeordnetenhauswahl eine Wahlversammlung besucht?	5	8	5	16
Haben Sie sich Informationsmaterial einer Partei zur Abgeordnetenhauswahl angesehen?	52	57	62	72
Hat Sie ein Politiker einer Partei im Wahlkampf besucht?	3	4	2	6

Daten: Harold-Hurwitz-Survey 1995 (Berlin-BUS); Erhebung: FORSA, 12.-21.10.1995, N = 2018



Richard Stöss

## Konfliktlinien und Parteienkonkurrenz im Berliner Parteiensystem 1995

### Vorbemerkung

Dieses Kapitel stellt keine Wahlanalyse im engeren Sinne dar. Es geht vielmehr um eine allgemeine Beschreibung der Situation des Berliner Parteiensystems und der Wettbewerbsbedingungen der Parteien, insbesondere der SPD, anlässlich der Abgeordnetenhauswahl 1995, bei der die SPD einen katastrophalen Einbruch hinnehmen mußte.

Ihr Wahlergebnis von 1995 stellt den bisherigen Tiefpunkt eines Abwärtstrends dar, der in (West-)Berlin seit fast 30 Jahren zu beobachten ist. Die Wahlgeschichte der Berliner SPD ist zwar nicht ohne weiteres mit der der Bundespartei vergleichbar, weil in Berlin immer besondere politische Verhältnisse herrschten. Aber die Berliner Entwicklung vollzieht sich auch nicht völlig losgelöst von der Gesamtentwicklung der Partei. Parallelen zeigen sich zu den Trends der SPD in anderen "schwierigen" Großstädten, wo ebenfalls drastische Einbußen in der Wählergunst zu verzeichnen sind.

In diesen Großstädten vollzieht sich der soziale Wandel, die Entwicklung von der industriellen zur postindustriellen Gesellschaft, offenbar mit größerer Geschwindigkeit als im Rest der Republik. Sie sind daher in besonderem Maße mit den Zukunftsproblemen der bundesdeutschen Gesellschaft konfrontiert und können insoweit durchaus als "Frühwarnsysteme" angesehen werden.

Auch die Berliner Verhältnisse dürften weithin prototypischen Charakter haben, wenn auch der Wandel von der eingemauerten Insel im Meer des realexistierenden Staatssozialismus zur Hauptstadt des vereinigten Deutschland besondere Probleme aufwirft und die Berliner Parteien mit **zusätzlichen** Herausforderungen konfrontiert.

Der negative Trend der SPD bei Wahlen mag durch die Veränderung der Situation Berlins verstärkt worden sein, sie hat ihn jedoch nicht verursacht.

Der rasche soziale und technologische Wandel, die Ausweitung des Dienstleistungssektors zu Lasten der industriellen Produktion, die Individualisierungstendenzen, die Zunahme von Bildung, Mobilität und Flexibilität sowie die Auflösung der sozialen Milieus der klassischen Industriegesellschaft verlangen zwar von allen Parteien erhebliche und teilweise auch neuartige Repräsentations-, Integrations- und Steuerungsleistungen, **aber die SPD ist von diesen Entwicklungen besonders betroffen** - in Berlin und anderen "schwierigen" Städten eher und vielleicht auch nachhaltiger als anderswo.

Ganz gewiß ist das Wahlergebnis der SPD von 1995 dadurch zustande gekommen, daß die Partei ihre bisherigen Wähler nur teilweise mobilisieren konnte (gegenüber der BTW 1994 verlor die SPD in Berlin 40 Prozent).

Im vorstehenden Kapitel wurde nachgewiesen, daß die Wahlergebnisse heute unter den Bedingungen hoher Wahlabstinenz und schwacher Parteibindung in erster Linie von der Fähigkeit einer Partei abhängen, ihre Anhänger zur Stimmabgabe zu bewegen. Der Wechsel von einer Partei zur anderen spielt dagegen eine nachgeordnete Rolle.

Die Analyse schloß mit der These, daß der Niedergang der SPD hauptsächlich auf einem Strukturproblem beruht:

"Die SPD ist die einzige Partei im Berliner Parteiensystem, die sich auf dem Wählermarkt zweier bzw. dreier gewichtiger Konkurrenten (CDU, B90/G, im Ostteil der Stadt auch PDS) erwehren muß, die sie aus verschiedenen ideologisch-politischen Richtungen bedrohen und die mit ihren unterschiedlichen politischen Konzepten Anziehungskraft auf jeweils andere Teile der SPD-Anhängerschaft ausüben. Somit besteht die Gefahr, daß die SPD in dieser Mittellage von zwei bzw. drei Seiten her zerrieben wird, wenn sie nicht ihren Ort im Parteienwettbewerb findet."

Dieser Befund mag auf den ersten Blick außerordentlich banal anmuten. Tatsächlich ist er es nicht. Und bei genauerem Hinsehen birgt er für die SPD eine tückische Zwickmühle. Sie ist Gegenstand dieses Beitrags.

## 1. Theoretische Vorüberlegungen

Um die Position der Parteien im Berliner Parteienwettbewerb zu bestimmen, müssen zwei Fragen beantwortet werden:

### ➤ *Worauf beruhen die Existenz und der Erfolg einer politischen Partei?*

In der Politikwissenschaft wird eine Partei als eine Gruppe von Personen angesehen, die durch ihren Zusammenschluß spezifische Interessen oder politische Ziele erreichen wollen. Parteien sind nur dann notwendig, wenn konkurrierende Interessen bzw. Ziele vorhanden sind und insgesamt Uneinigkeit darüber besteht, welchen der Vorzug zu geben ist. Die Existenzgrundlage von Parteien bilden mithin **Konflikte** über Werte und/oder politische Sachfragen. Die Gründungsfreiheit von Parteien vorausgesetzt, spiegeln Parteiensysteme also die Konfliktstruktur einer Gesellschaft wider. **Parteien übersetzen gesellschaftliche Konflikte in Politik.**

Parteien müssen ihre Existenzberechtigung auf dem Wählermarkt unter Beweis stellen. Die *notwendige* Bedingung für Wahlerfolge besteht darin, daß sie sich als Repräsentanten nicht nur irgendeiner marginalen, sondern einer **relevanten** gesellschaftlichen **Konfliktlinie** erweisen und sie in dieser Konfliktlinie eine dezidierte **Konfliktposition** vertreten.

Die *hinreichende* Bedingung für einen Wahlerfolg besteht darin, daß einer Partei in den mit ihrer Konfliktposition korrespondierenden Sachfragen bzw. Politikfeldern möglichst viel **Kompetenz** bescheinigt wird. Optimale Wettbewerbsbedingungen bestehen, wenn sie diesbezüglich über die "**Meinungsführerschaft**" verfügt.

Das Profil einer Partei ergibt sich mithin aus ihrer Konfliktposition und den entsprechenden Kompetenzzuschreibungen.

Für den Erfolg einer Partei reicht es also nicht aus, daß sie den Staat "anständig regiert" oder wacker Opposition betreibt (was sich beispielsweise am Niedergang der Berliner FDP zeigt). Sie muß dies auf der Grundlage ihrer Konfliktposition tun und diese gegebenenfalls

präzisieren bzw. neu definieren (worum sich die Liberalen im Bund gerade bemühen, indem sie der FDP das Image einer "Steuersenkungspartei" geben wollen).

➤ **Welche Konfliktlinien sind relevant, welche schlagen sich in Parteiensystemen nieder?**

Landläufig gilt der Links-Rechts-Gegensatz als hauptsächliche Konfliktdimension unserer Gesellschaft. Die Unionsparteien stehen demzufolge rechts, die Republikaner noch rechter, die SPD wird als links bezeichnet und die PDS als noch linker. Die FDP-Rechten wollen ihre Partei auf einen betont rechten Kurs verpflichten, und die SPD ist unter Lafontaine angeblich nach links gerückt. Derartige Formeln erweisen sich bei genauerer Prüfung als Sprechblasen, die nichts zur Erklärung der Konstellation und des Wandels von Parteiensystemen beitragen.

Die Links-Rechts-Dimension, die den Gegensatz von Kapital und Arbeit, von Arbeiterschaft und Bürgertum, von sozialistischer und kapitalistischer Politik symbolisiert, mag gewisse Orientierungshilfen im politischen Alltag bieten, für politikwissenschaftliche Analysen taugt sie deshalb nicht (mehr), weil wir es mit einem **Wandel von sozialen Konflikten zu Wertekonflikten**<sup>25</sup> zu tun haben.

Die dominanten Konflikte in postindustriellen Gesellschaften erwachsen nicht mehr, jedenfalls nicht mehr hauptsächlich (wie noch in der klassischen Industriegesellschaft), aus der Klassenstruktur bzw. der sozialen Schichtung, sondern vor allem aus unterschiedlichen Wertvorstellungen. Diese können sich zwar mit materiellen Interessen verbinden, müssen es aber nicht. Charakteristisch für moderne Industriegesellschaften ist

- ein Pluralismus von Grundwerten, die miteinander konkurrieren, aber keine antagonistischen (unvereinbaren) Gegensätze bilden,
- die Entkoppelung von ökonomisch-sozialen und politischen Wertvorstellungen und
- die Zunahme von "postmateriellen", von individualistischen Werten, die vor allem auf Selbstverwirklichung zielen.

---

25 Unter Werten werden gesellschaftlich bedeutsame Grundüberzeugungen von Gruppen verstanden, die relativ dauerhaft und von hohem Allgemeinheitsgrad sind und Konzeptionen des (politisch) Wünschenswerten zum Ausdruck bringen.

Der Verlust an Antagonismen erschwert es den Parteien, sich programmatisch und politisch zu positionieren und gegeneinander abzugrenzen. Sie neigen dazu, auf allen Sachgebieten und um alle Wählergruppen miteinander zu konkurrieren und sich für allzuständig zu halten. Daraus resultiert die (programmatisch-politische und sozialstrukturelle) Profillosigkeit der Volksparteien.

Eine befriedigende, geschweige denn allgemein anerkannte Antwort auf die Frage, welche Werte bzw. Wertekonflikte für eine Gesellschaft maßgeblich sind und die politische Arena prägen, existiert nicht. Wir sind auf theoretische Überlegungen, Modellkonstruktionen und empirische Untersuchungen angewiesen.

Ich unterscheide im folgenden zwischen Werten, die sich auf die **ökonomische** Ordnung und solchen, die sich auf die **politische** Ordnung einer Gesellschaft beziehen.

### ➤ **Die Gestaltung der ökonomischen Ordnung**

Im ökonomisch-sozialen Bereich geht es - vereinfacht - um zweierlei: Zum einen steht die Anpassung der Volkswirtschaft an den industriegesellschaftlichen Wandel auf der Agenda, die Modernisierung des sekundären und tertiären Sektors, die Optimierung der Erfolgchancen im sich verschärfenden internationalen Wettbewerb um Standortvorteile und Spitzentechnologien. Zum anderen müssen die Risiken dieser zweiten industriellen Revolution möglichst breit gestreut und "sozialverträglich" gestaltet werden. Das Kapital drängt auf Senkung der Produktions- (insbesondere auch der Lohn-) Kosten, ruft nach Steuer- und Abgabenerlastung und fordert zugleich mehr Investitionsbeihilfen, mehr staatliche Forschungs- und Technologiepolitik und die Verbesserung von Infrastrukturmaßnahmen. Die Arbeitnehmerorganisationen akzeptieren den Zusammenhang von Arbeitsplatzsicherheit und Wettbewerbsfähigkeit, sperren sich aber gegen die (übermäßige) Absenkung des Lohnniveaus und den drastischen Abbau sozialer Sicherungssysteme. Die staatlichen Haushalte sind infolge der wirtschaftlichen und technologischen Umwälzungen mit Massenarbeitslosigkeit und neuer Armut konfrontiert und drängen angesichts der hohen Verschuldung auf den "Umbau" des Sozialstaats.

Dieser substantiell alte (Klassen-) Konflikt nimmt in der fortgeschrittenen Industriegesellschaft die Gestalt eines politischen Zielkonflikts an: Einerseits muß der Modernisierungsprozeß im Interesse der Bedrohten und Verlierer sozialverträglich gesteuert und sozial abgedeckt und im Interesse der Menschheit human gestaltet werden, andererseits bedarf die Wirtschaft optimaler Modernisierungsbedingungen, um im sich verschärfenden internationalen Wettbewerb zu bestehen. Verteilungsgerechtigkeit zu gewährleisten, bedeutet nicht nur sozialstaatliche Umverteilung, sondern auch ein "gebremstes" Modernisierungstempo, während ein konsequenter Modernisierungskurs aus der Sicht des Kapitals nur durch eine neoliberale Wirtschaftspolitik zu erreichen ist, die die Wirtschaft weitestmöglich von finanziellen, rechtlichen und politischen Belastungen befreit und ihr größtmöglichen Handlungsspielraum zusichert. Steht dort die soziale Verantwortung der Gesellschaft insgesamt im Vordergrund, so dominieren hier Deregulierung, Konkurrenz, Leistung und Eigenverantwortlichkeit. Kurz: Es geht um den **Konflikt zwischen sozialer Gerechtigkeit und Marktfreiheit**.

Dieser Konflikt stellt einen Wertekonflikt dar, einen Konflikt zwischen verschiedenen gesellschaftlichen Grundüberzeugungen. Dahinter können sich jedoch handfeste materielle Interessen von sozialen Gruppen verbergen. Entscheidend ist, daß es sich dabei nicht um antagonistische, sondern um konkurrierende Positionen handelt: Der Konflikt dreht sich um die Frage, welches relative Gewicht jedem der beiden Ziele zukommen soll.

### ➤ **Die Gestaltung der politischen Ordnung**

Durch den gesellschaftlichen Wandel werden die Menschen aus den bewährten sozialen Beziehungen der sich verabschiedenden alten Industriegesellschaft entlassen. Diese "Freisetzung" infolge der Erosion gewachsener sozialer Bindungen und Milieus generiert eine neue Konfliktdimension, die "quer" zur ökonomisch-sozialen Konfliktlinie liegt:

- Zum einen wird diese Entwicklung als Befreiung von Zwängen und Rollenzuweisungen, als Chance für mehr Freiheit, Selbstbestimmung, Emanzipation, Mobilität und Flexibilität wahrgenommen.

- Zum anderen ist damit ein Orientierungsverlust verbunden. Die Entlassung der Menschen aus ihren sozialen Bindungen, die Bürde der alleinigen Last der Lebensplanung und Existenzsicherung, die Zunahme von persönlichen Risiken und die Unübersichtlichkeit der gesellschaftlich-politischen Verhältnisse erzeugen das Bedürfnis nach Orientierungshilfen, nach neuen kollektiven Identitäten, nach Schutz und Sicherheit, nach Ruhe und Ordnung.

Aus dem Wandel zur postindustriellen Gesellschaft erwachsen mithin unterschiedliche politische Zielvorstellungen:

- einerseits Freiheit, Gleichheit, Individualismus, Emanzipation, Partizipation, Regionalismus, Universalismus, Multikulturalität, Ökologie;
- andererseits Ordnung, Hierarchie, Stabilität, Kollektivität, Kontrolle, Diskriminierung, starker Nationalstaat, Rassismus.

**Diese Konfliktlinie kontrastiert mithin libertäre und autoritäre Werte.** Auch hierbei handelt es sich nicht um antagonistische, sondern um konkurrierende Positionen: Eine Person mag großes Gewicht auf die Lösung ökologischer Probleme legen und sich zugleich für effiziente innere Sicherheit aussprechen.

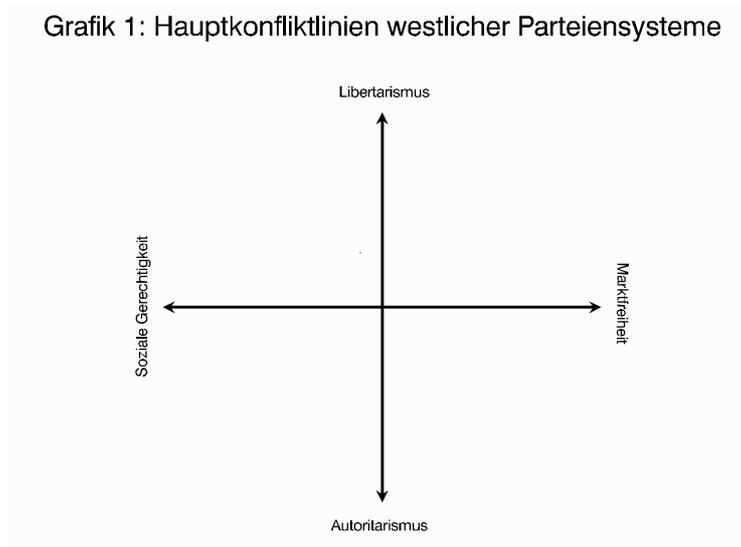
Insgesamt haben wir es also mit zwei fundamentalen Konfliktlinien zu tun:

- ➔ Soziale Gerechtigkeit - Marktfreiheit (= SOZMARKT-Achse)
- ➔ Libertarismus - Autoritarismus (= LIBAUT-Achse).

Diese beiden Konfliktlinien sind voneinander unabhängig: Soziale Gerechtigkeit kann sich mit libertären oder mit autoritären Werten verknüpfen, Libertarismus mit sozialer Gerechtigkeit oder Marktfreiheit.

Beide Konfliktlinien können also als ein Achsenkreuz modelliert werden. Durch Umfragen läßt sich die Position jedes Befragten in diesem Feld genau bestimmen, je nachdem, ob er eher libertär oder autoritär orientiert ist, ob er sich eher für soziale Gerechtigkeit oder für

Marktfreiheit ausspricht. Die Befragten können dann zu Gruppen zusammengefaßt werden - beispielsweise alle Frauen, Arbeiter oder SPD-Anhänger -, die mit ihrem jeweiligen Durchschnittswert (Mittelwert) in dem Feld abgetragen werden<sup>26</sup>.



## 2. Die Konfliktstruktur des Berliner Parteiensystems 1995

Grafik 2 bildet die Berliner Parteienlandschaft entsprechend den Wertorientierungen der Parteianhänger ab. Betrachten wir zunächst die der (wahlberechtigten) Bevölkerung insgesamt (in der Grafik: "Alle"): Sie legt mehr Gewicht auf soziale Gerechtigkeit als auf Marktfreiheit, und libertäre Orientierungen sind etwas stärker ausgeprägt als autoritäre Orientierungen. **Pauschal können die Berliner als ziemlich sozial und etwas libertär charakterisiert werden.** Es dominieren weder autoritäre noch marktwirtschaftliche Werte.

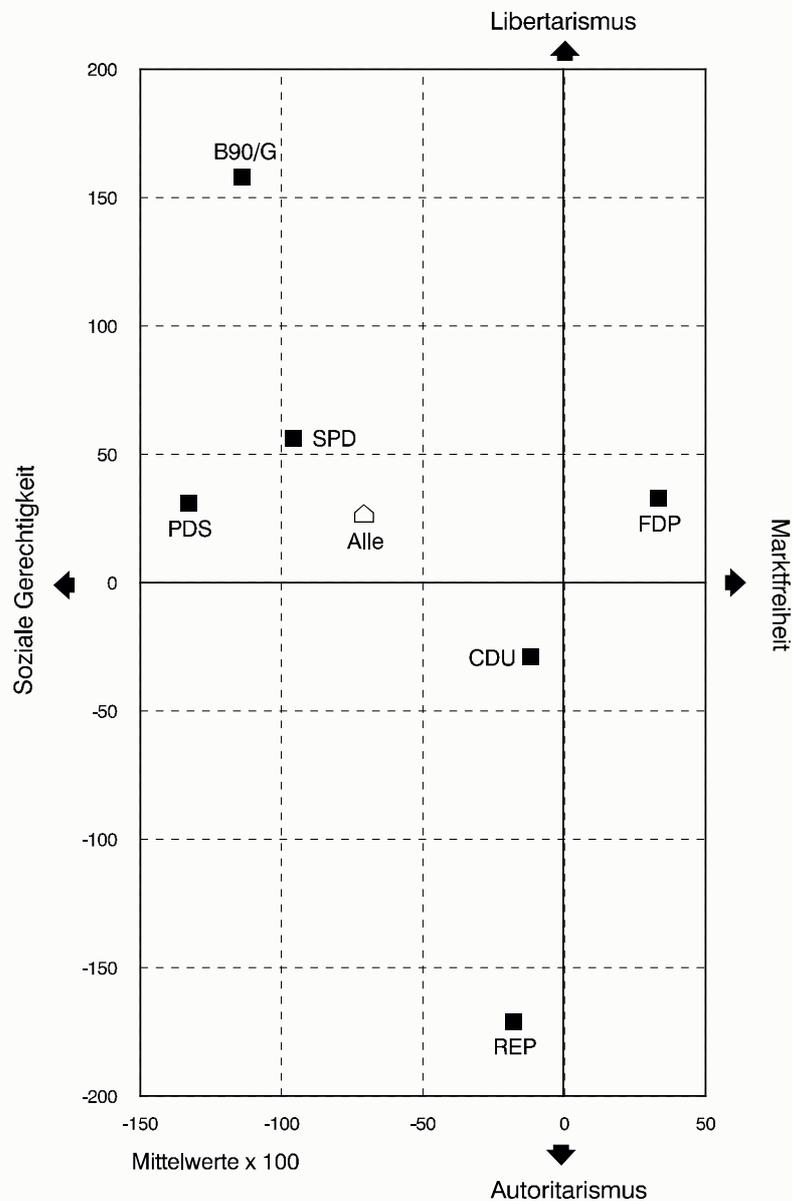
Für die Anhängerschaften der einzelnen Parteien ergibt sich ein differenzierteres Bild:

- Erwartungsgemäß zeichnen sich die Bündnisgrünen durch betont libertäre, die Republikaner durch besonders autoritäre Einstellungen aus. Die PDS steht vor allem für soziale Gerechtigkeit, während die FDP das marktwirtschaftliche Element repräsentiert.

---

<sup>26</sup> Die Wertorientierungen wurden mit "Statement"-Batterien zu den vier Grundwerten abgefragt, wobei sich die Befragten für eine Priorität (am wichtigsten, am zweitwichtigsten, am dritt wichtigsten, am viertwichtigsten) entscheiden mußten.

Grafik 2: Parteilicher Anhänger nach Wertorientierungen in Berlin 1995



Daten: Harold-Hurwitz-Survey 1995 (Berlin-BUS)  
Erhebung: FORSA, 12.-21.10.1995, N = 2018

- Auf der Libertarismus-Autoritarismus-(LIBAUT-)Achse bzw. Konfliktlinie besteht also eine Polarität von B90/G und REP, auf der Achse soziale Gerechtigkeit-Marktfreiheit (SOZ-MARKT) kontrastieren PDS und FDP. Diese vier Parteien bilden die Randparteien im Berliner Parteiensystem, SPD und CDU liegen irgendwo dazwischen.

- Angenommen, das Modell hätte keine LIBAUT-Achse und wir würden die Parteien nur entlang der SOZMARKT-Achse verorten, d.h. die Lage der Parteien in Grafik 2 auf die ökonomisch-soziale Achse projizieren und diese als Links-Rechts-Achse interpretieren, dann ergäbe sich ein völlig schiefes Bild von der Berliner Parteienlandschaft. Es würde wie folgt aussehen (in Klammern die jeweilige Position auf der Achse):

Links	PDS	(-133)
	B90/G	(-114)
	SPD	(-96)
	(Alle	(-71))
	REP	(-18)
	CDU	(-12)
Rechts	FDP	(+33)

Die FDP wäre dann die Rechtsaußen-Partei, die Republikaner lägen noch links von der CDU und die Bündnisgrünen noch links von der SPD. Dies verdeutlicht, **daß eine eindimensionale Darstellung des Parteienwettbewerbs die tatsächliche Situation nicht erfassen kann**. Erst durch die Einführung der LIBAUT-Achse erschließt sich der Unterschied beispielsweise zwischen REP und CDU oder zwischen SPD und B90/G.

- Die Wertorientierungen der Anhänger von B90/G zeichnen sich nicht nur durch extremen Libertarismus aus, sie orientieren auch stärker auf soziale Gerechtigkeit als die SPD-Anhänger und werden darin nur von der PDS übertroffen.
- Die Position der FDP ist bei genauerem Hinsehen unklar, was für ihren Niedergang maßgeblich gewesen sein dürfte: Man vermißt ein klares Bekenntnis zum Libertarismus (hier fällt die Partei noch hinter die SPD zurück), und auch das marktwirtschaftliche Element ist vergleichsweise schwach ausgeprägt. Die Partei schwankt offenbar orientierungslos zwischen "linksliberalen" und "wirtschaftsliberalen" Positionen hin und her. Daher ist das Konzept der Parteiführung auf Bundesebene nachvollziehbar, das auf eine stärkere Profilierung der FDP in Richtung auf neoliberale Werte hinausläuft. Jedenfalls läßt sich aus Grafik 2 die Schlußfolgerung ziehen, daß der Wert Marktfreiheit generell von den Parteien nicht hinreichend bedient wird. Eine Positionsverschiebung im Sinne der Berli-

ner FDP-Rechten um Alexander v. Stahl u.a. scheint dagegen kaum zur Verbesserung der Wettbewerbsbedingungen der Liberalen beizutragen. Das Feld ist bereits besetzt.

- Die Lage der CDU ist nicht so ungünstig, wie es auf den ersten Blick erscheint. Sie wird zwar von den Republikanern im Wert Autoritarismus und von der FDP im Wert Marktfreiheit übertroffen. Unter quantitativen Gesichtspunkten stellen beide Parteien gegenwärtig jedoch keine ernsthaften Gegner für die Union dar. **FDP und REP sind allenfalls potentielle, nicht aber aktuelle Rivalen der CDU, die daher im neoliberal-autoritären Wertebereich derzeit eine hegemoniale Stellung einnimmt.** Diese Position ist allerdings tendenziell unsicher, weil ihr in der FDP eine Konkurrentin im Bereich Marktfreiheit und im Rechtsextremismus eine Konkurrentin im Bereich Autoritarismus erwachsen könnte. Die Berliner CDU profitiert gegenwärtig von der Schwäche ihrer Rivalen. Dafür besteht jedoch keine Ewigkeitsgarantie. Die Bemühungen der Bundes-FDP, ihre Konfliktposition neu zu bestimmen, könnten sich auch auf die Berliner FDP auswirken. Und in Berlin besteht nach wie vor ein erhebliches rechtsextremes Einstellungspotential, das sich mangels eines attraktiven Angebots im Parteiensystem vorerst nicht bei Wahlen bemerkbar macht.

- Während die CDU in ihrem Wertebereich mehr oder weniger unangefochten existiert, sieht sich die SPD auf ihrem Feld der Konkurrenz von B90/G und - im Ostteil der Stadt - der PDS ausgesetzt. Während beide Parteien über ein klares Werteprofil verfügen, unterscheiden sich die Wertorientierungen der SPD-Anhänger kaum von denen der Bevölkerung insgesamt. Tabelle 1 zeigt, daß die SPD von allen Parteien die geringste Distanz zum Bevölkerungsdurchschnitt aufweist. **Ihre Anhänger zeichnen sich mithin nicht durch ein charakteristisches (sozialdemokratisches) Wertemuster aus.**

Partei	Abweichung <sup>a)</sup>
CDU	81,3
SPD	38,3
FDP	104,2
B90/G	137,9
PDS	62,1
REP	205,0

a) Wurzel aus der Summe der quadrierten (absoluten) Abweichungen auf beiden Achsen.

Daten: Harold-Hurwitz-Survey 1995 (Berlin-BUS)  
Erhebung: FORSA, 12.-21.10.1995, N = 2018



Bei der Bewertung dieses Befunds ist zu berücksichtigen, daß es sich bei den SPD-Anhängern in Grafik 2 um den "harten", der Partei noch verbliebenen Wählerkern handelt.

Nach diesen allgemeinen Bemerkungen zur Konfliktstruktur des Berliner Parteiensystems sollen nun die eingangs aufgeworfenen Probleme behandelt werden. Wir hatten festgestellt, daß Parteien gesellschaftliche Konflikte in Politik übersetzen und zwei entscheidende Konfliktlinien (SOZMARKT, LIBAUT) ermittelt. Grafik 2 zeigt, daß sich die Parteien weder entlang der einen noch entlang der anderen verteilen. Ihre Position ergibt sich erst in der Gesamtschau beider Konfliktlinien. Sie verteilen sich aber auch nicht gleichmäßig über das gesamte Wertefeld, sondern entlang einer Linie, die von links oben nach rechts unten verläuft. Die Linie, die sich einer Punkteschar am besten anpaßt, wird in der Statistik Regressionsgerade (auf Neudeutsch: Trend) genannt und ist in Grafik 3 abgetragen.

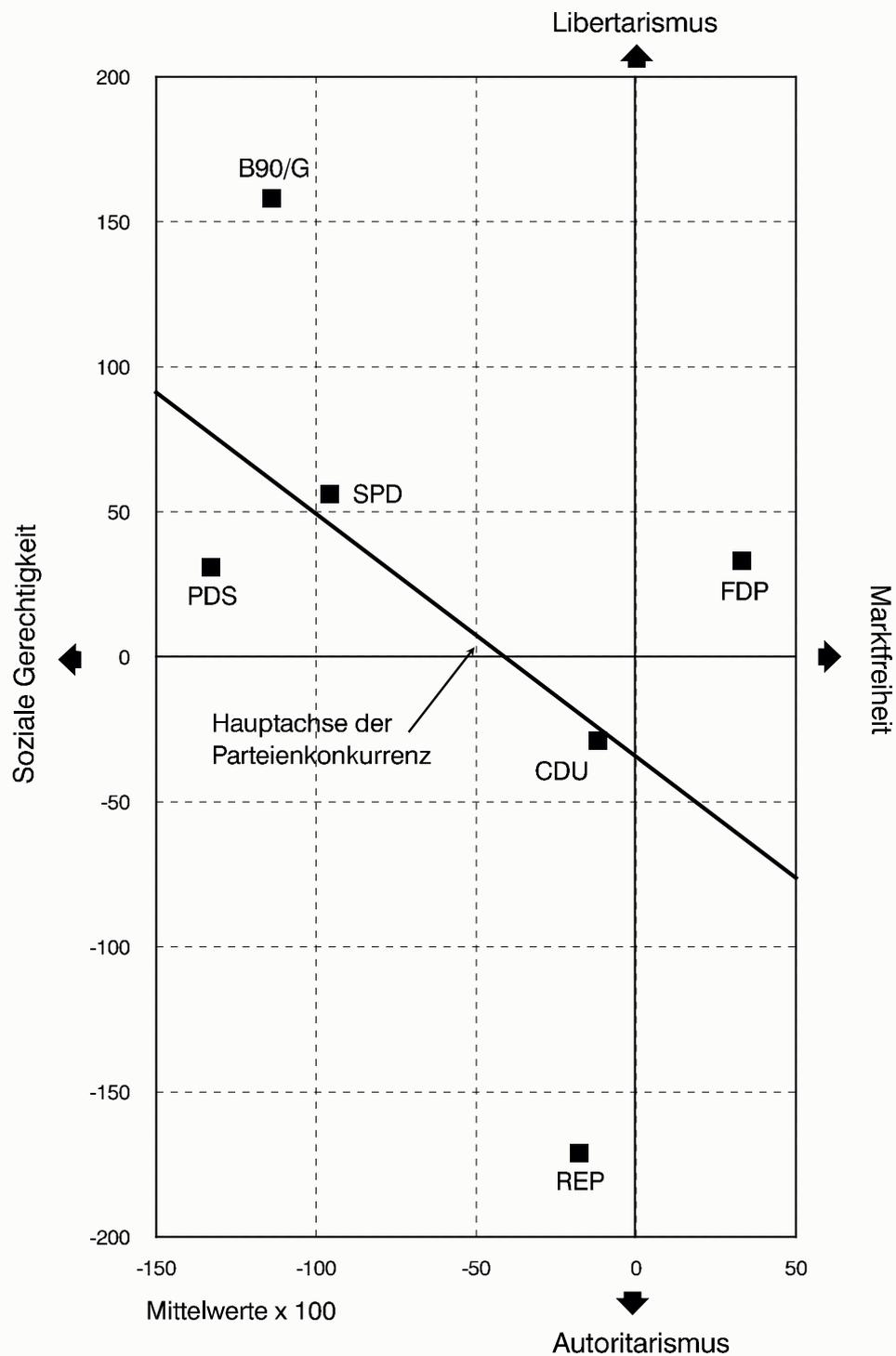
Entlang dieser Linie vollzieht sich im wesentlichen der Parteienwettbewerb in Berlin. Ich nenne sie daher die **Hauptachse der Parteienkonkurrenz**. Sie kontrastiert soziale und liberale mit neoliberalen und autoritären Wertvorstellungen.

**Der Hauptkonflikt zwischen den Parteien besteht also darin, ob die Gesellschaft eher nach den Prinzipien der sozialen Gerechtigkeit und des Libertarismus oder eher marktorientiert und autoritär gestaltet werden soll.**

Existenz und Erfolg einer Partei hängen davon ab, ob sie bezüglich dieses Hauptkonflikts eine dezidierte Position vertritt. Eine Konfliktposition zu vertreten heißt, den eigenen Standpunkt zu benennen und ihn gegen andere Standpunkte abzugrenzen. Mißerfolge und Existenzkrisen sind vorprogrammiert, wenn eine Partei zugleich nach sozialer Gerechtigkeit, Libertarismus, Marktfreiheit und Autoritarismus strebt bzw. mal diesen, mal jenen Wert in den Vordergrund rückt, wenn sie also keine klare Konfliktposition vertritt.

Mit Blick auf die SPD ist hinzuzufügen: Es reicht nicht aus, besonderes Gewicht auf soziale Gerechtigkeit zu legen und gleichzeitig die übrigen drei Werte zu bedienen. Auch dies macht keine Konfliktposition aus.

Grafik 3: Parteianhänger nach Wertorientierungen in Berlin 1995  
Mit Trend



Daten: Harold-Hurwitz-Survey 1995 (Berlin-BUS)  
Erhebung: FORSA, 12.-21.10.1995, N = 2018

Welche Konfliktpositionen repräsentieren die Berliner Parteien, bezogen auf die Hauptachse der Parteienkonkurrenz, und wie stellt sich ihre Wettbewerbsposition dar?

- Entlang der Hauptachse sind **zwei "Lager"** erkennbar: ein sozial-libertäres (SPD, B90/G, PDS) und ein autoritär-neoliberales (CDU, FDP, REP). Letzteres ist angesichts der quantitativen Bedeutungslosigkeit von FDP und REP eine Domäne der Union, die hier konkurrenzlos dominiert. Im sozial-libertären Lager konkurrieren dagegen drei Parlamentsparteien miteinander, die zudem überhaupt nicht oder nur bedingt koalitionsfähig sind. Keine der drei Parteien verfügt (stadtweit) über eine hegemoniale Stellung im sozial-libertären Lager. **Die Wettbewerbschancen der beiden "Volksparteien" sind gegenwärtig ungleich zugunsten der CDU verteilt, die von der Schwäche ihrer Konkurrenz im eigenen Lager und von der Fragmentierung des gegnerischen Lagers profitiert.**
- SPD und CDU liegen unmittelbar auf der Hauptkonfliktlinie der Parteienkonkurrenz. Erstere vertritt einen gemäßigt sozial-libertären, letztere einen gemäßigt neoliberal-autoritären Kurs. Die CDU ist nach den Wertorientierungen ihrer Anhänger eine moderate, nach ihrer Konkurrenzsituation de facto eine Randpartei. **Die SPD ist eine moderate, von drei Randparteien "eingekreiste" Mittelpartei mit folglich geringen Profilierungschancen.**
- Die Bündnisgrünen verkörpern den sozial-libertären Pol im Parteiensystem, allerdings mit besonders starker Akzentuierung libertärer Wertvorstellungen.
- Die PDS ist in der Nähe des sozial-libertären Pols angesiedelt, strebt allerdings stark nach sozialer Gerechtigkeit, während sie libertäre Ziele kaum verfolgt (die in Ost-Berlin bzw. Ostdeutschland auch nur von geringer Bedeutung sind).
- Die Republikaner sind besonders stark autoritär orientiert, vernachlässigen aber (anders als die erfolgreichen rechtsextremen Parteien in Westeuropa) die neoliberale Komponente.
- Umgekehrt die FDP: Sie ist die Partei der Marktfreiheit, ihre libertären Neigungen sind allerdings stärker als ihre autoritären Dispositionen.

**Folgt man der Logik des Modells, dann hat die SPD wegen ihres "durchschnittlichen" Werteprofils und ihrer Mittellage in der Berliner Parteienkonstellation schlechte Karten im Parteienwettbewerb.**

Im folgenden Untersuchungsschritt werden wir noch etwas tiefer graben: In den Grafiken 2 und 3 sind die Parteien als einzelne Zeichen abgebildet, die unter statistischen Gesichtspunkten Durchschnittswerte darstellen und mithin keine Informationen über mögliche Streuungen enthalten. Mit anderen Worten: Die Grafiken erwecken den - möglicherweise trügerischen - Eindruck, als seien die Wertorientierungen der Anhängerschaften der einzelnen Parteien homogen. **Zu fragen ist allerdings, ob die Parteien ihre Konfliktposition mehr oder weniger geschlossen vertreten oder ob sie ein diffuses Bild bieten, das die Wähler über ihre Ziele im unklaren läßt.**

Dabei ist zu berücksichtigen, daß Kohärenz kein absolutes Ziel darstellt. Ein gewisser Pluralismus ist vielmehr notwendig, um unterschiedliche Wählerschichten anzusprechen. Aber er darf nicht zu heterogen sein oder gar in Fraktionierung ausarten, weil die Partei dann als konzeptionslos, handlungsunfähig und unglaubwürdig wahrgenommen wird.

Die Anhängerschaften der Parteien werden nun also weiter untergliedert. Grafik 4 enthält folgende Gruppen<sup>27</sup>:

- die Anhänger einer Partei insgesamt ("Alle");
- die Wähler mit Parteiidentifikation, mit relativ fester Bindung also an ihre Partei;
- die Wähler ohne Parteiidentifikation, die nur über lockere Parteibindungen verfügen;
- die Parteimitglieder, die besonders stark an ihre Partei gebunden sind.

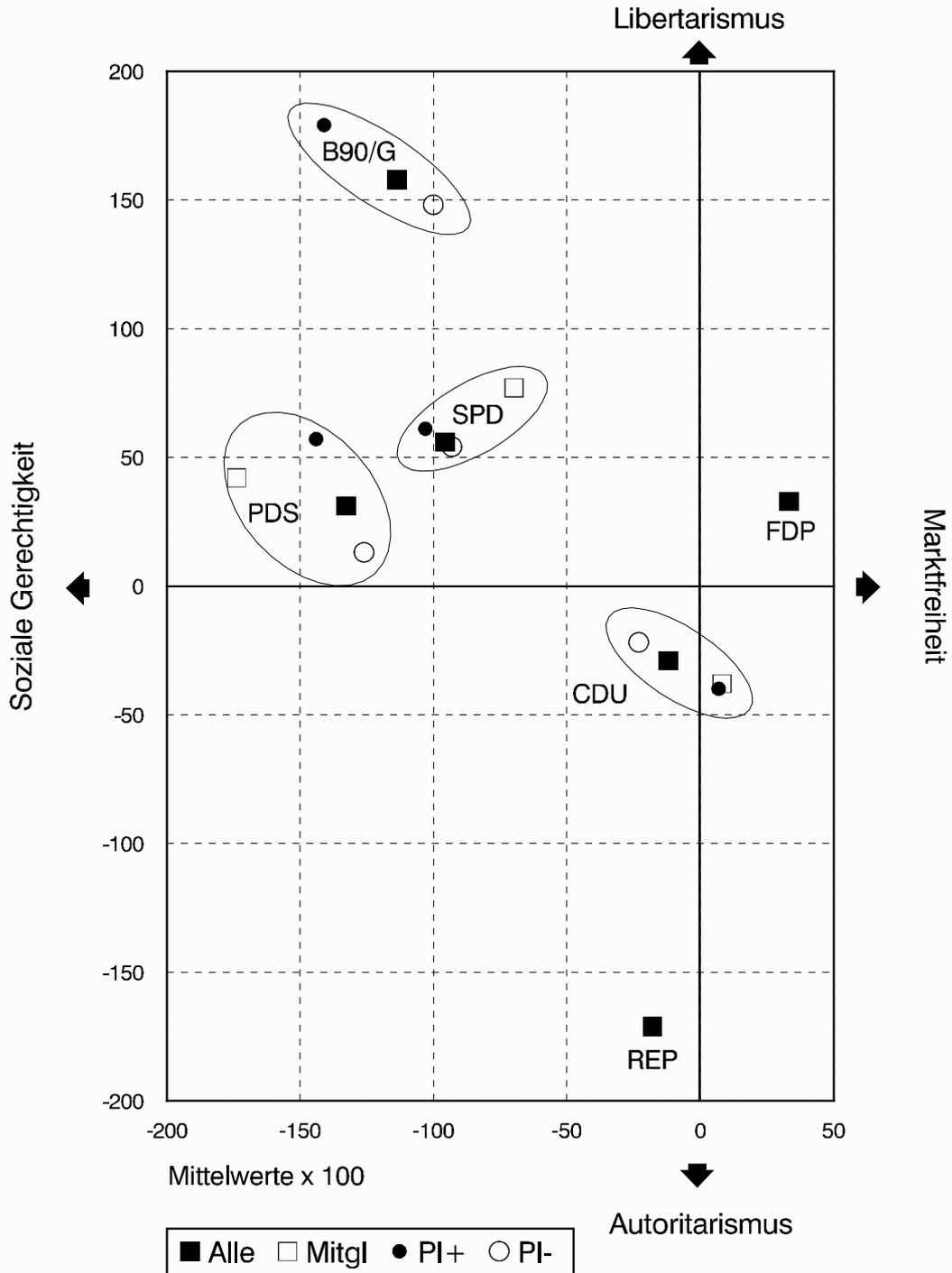
Es ergibt sich folgendes Bild:

- Bei der CDU driften Mitglieder und feste Anhänger auf der Hauptachse der Parteienkonkurrenz zum neoliberal-autoritären Pol. Sie bilden gewissermaßen die ideologische

---

<sup>27</sup> Wegen geringer Fallzahlen ist diese Unterteilung für FDP und REP nicht möglich. Aus demselben Grund können die Mitglieder der Bündnisgrünen nicht extra ausgegeben werden.

Grafik 4: Parteianhänger nach Parteibindung und Wertorientierungen in Berlin 1995



Mitglieder, Wähler mit (PI+) und ohne (PI-) Parteiidentifikation

Daten: Harold-Hurwitz-Survey 1995 (Berlin-BUS)  
Erhebung: FORSA, 12.-21.10.1995, N = 2018

Fehlende Angaben:  
Geringe Fallzahlen

"Avantgarde", während die gering gebundenen Anhänger die Konfliktposition der Union eher verhalten zum Ausdruck bringen.

- Bei der SPD besteht ein Zwiespalt zwischen Mitgliedern und Wählern: Erstere zeichnen sich durch stärker libertäre und weniger soziale Orientierungen aus, letztere legen unabhängig von ihrer Parteibindung das Gewicht auf soziale Gerechtigkeit. Das Wertefeld der SPD folgt weithin einer anderen Konfliktlinie (nämlich: soziale Gerechtigkeit - Liberalismus) als die Wählerschaft insgesamt, die Partei bildet mithin die Bedürfnisse ihrer (potentiellen) Anhänger nicht hinreichend ab.
- Die Wähler von B90/G, die sich mit ihrer Partei identifizieren, drängen (spiegelbildlich zur CDU) zum sozial-libertären Pol der Hauptkonfliktachse, während die schwach gebundenen Wähler die Konfliktposition der Bündnisgrünen gemäßiger vertreten. Aus einer vergleichbaren Untersuchung für das Jahr 1994 schließe ich, daß die Parteimitglieder noch sozial-libertärer eingestellt sind als die festen Anhänger.
- Ein ähnliches Bild bietet die PDS: Mitglieder und fest gebundene Wähler repräsentieren die Konfliktposition der Partei nachdrücklicher als die schwach gebundenen Anhänger.

Es fällt auf, daß die Verteilung der Punkte bei CDU, B90/G und PDS der Logik der Hauptachse der Parteienkonkurrenz folgt. Bei ihnen stimmt (bildlich gesprochen) die Ausrichtung, während das SPD-Muster quer dazu liegt. Die Sozialdemokratie ist durch einen Sonderkonflikt zwischen Liberalismus und sozialer Gerechtigkeit geprägt, der zugleich einen Konflikt zwischen Partei und Wählerbasis darstellt. Die Avantgarde geht zwar wie bei allen anderen Parteien voran, aber sie marschiert aus Wählersicht in die falsche Richtung.

Bemerkenswert ist weiterhin, daß alle Parteien über ein separates Wertefeld verfügen. Die Wertorientierungen ihrer Anhänger weisen zwar jeweils eine gewisse Streuung auf, aber diese ist nicht so groß, daß sich die Felder überlappen. Alle Parteien vertreten ihre Konfliktposition zwar nicht geschlossen, sie bieten aber auch kein diffuses Bild, das die Wähler über ihren politisch-programmatischen Standort im unklaren ließe.

Dies gilt für die SPD nur bedingt. Ihre Mittellage und die "Durchschnittlichkeit" der Wertorientierungen ihrer Anhänger erschweren die Profilierung im Parteienwettbewerb erheblich, weil die Übergänge zu den konkurrierenden Parteien fließender sind, als Grafik 4 ah-

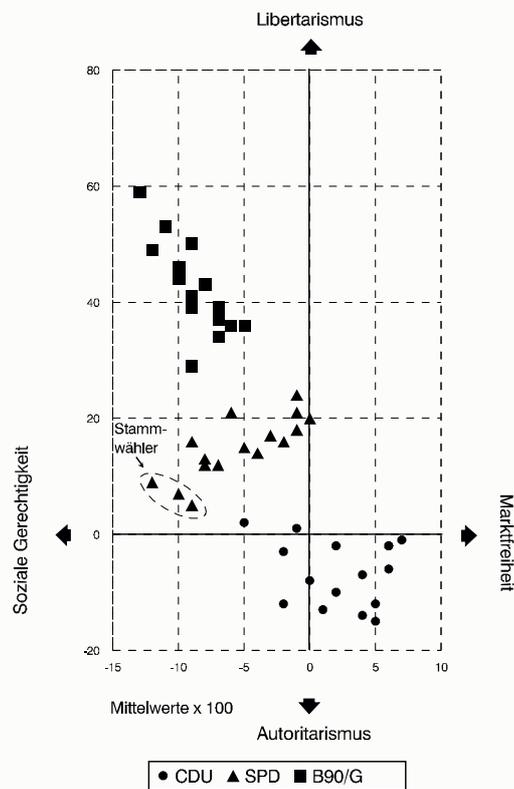
nen läßt. Die Anzahl der Befragten (2.000) erlaubt es nicht, die Anhängerschaft der Parteien weiter zu untergliedern. Zur Illustration greife ich daher auf Daten aus dem Jahr 1994 zurück, die eine außerordentlich kleinräumige Analyse erlauben. Als Beispiel dient die Position der SPD in Westdeutschland zwischen Bündnisgrünen und CDU/CSU, wobei die Anhängerschaften der Parteien in 16 Wählertypen aufgeteilt wurden. Auf die Beschreibung der Typen soll hier verzichtet werden, da dies für die Argumentation nicht notwendig ist<sup>28</sup>.

Es geht mir darum, die eingangs erwähnte tückische Zwickmühle darzustellen, in der sich die SPD (nicht nur in Berlin) befindet.

Grafik 5 zeigt, daß die Wertorientierungen der SPD-Anhängerschaft an den Rändern "Brücken" zur Union und zu den Bündnisgrünen bilden, wobei sich die Traditionswählerschaft der SPD in großer Nähe zu den Unionsparteien befindet. Diese Brücken erklären nicht nur die Richtung der bisherigen Wählerabwanderungen, sondern auch die unterschiedlichen Koalitionspräferenzen der SPD-Anhängerschaft.

Die Grafik verdeutlicht wiederum, daß das Wertefeld der SPD quer zur Hauptachse der Parteienkonkurrenz liegt. Ihre Stammwähler sind eher sozial und autoritär orientiert, ihre Rand- und Wechselwähler eher libertär und neoliberal.

Grafik 5: CDU/CSU-, SPD- und B90/G-Anhänger nach Wertorientierungen und Wählertypen in Westdeutschland 1994 (16 Wählertypen)



**Der "Modernisierungsdiskurs" innerhalb des sozialdemokratischen Lagers - das scheint mir die zentrale Botschaft dieser Analyseergebnisse zu sein - geht in die falsche Richtung. Die Alternative lautet nicht: soziale Gerechtigkeit oder Liber-**

28 Daten: FUB-ZISOWIFO, Projekt "Massenmedien und Wähler". Erhebung: FORSA, 1994, werktäglich, N = 122.809.- Daß das Niveau der Mittelwerte in dieser Analyse niedriger liegt als in der Berliner Untersuchung beruht darauf, daß in beiden Projekten unterschiedliche Berechnungsverfahren angewandt wurden, die freilich nicht zu substantiell unterschiedlichen Resultaten führen.

**tarismus, sondern: soziale Gerechtigkeit und Libertarismus oder Autoritarismus und Markt-freiheit.**

Zurück zur Betrachtung der Situation der Berliner SPD.

Die bisherigen Analysen dieses Papiers beziehen sich auf die SPD zum Zeitpunkt kurz vor der AHW 1995, also auf die bereits stark dezimierte Partei. Wenn es zutrifft, daß die SPD von zwei bzw. drei Seiten her nachhaltig geschwächt wurde, weil sie keine klare Konfliktposition vertrat, dann müssen wir uns mit dem Status quo ante befassen, um das Wahldebakel zu ergründen. Grafik 6 liegen daher die SPD-Anhänger bei der BTW 1994 zugrunde, die nach ihrer Wahlabsicht bei der AHW 1995 aufgeschlüsselt werden (es sei daran erinnert, daß nur 60 Prozent davon die SPD 1995 wiederwählten). Dies entspricht dem methodischen Vorgehen im vorstehenden Kapitel, wo vier Wählertypen unterschieden werden:

- Wiederwähler (WiW),
- Parteiwechsler (PW),
- Unentschiedene (UNE) und
- Nichtwähler (NW).

In der Grafik 6 sind die durchschnittlichen Wertorientierungen dieser Typen für die SPD verzeichnet sowie (zur Orientierung) die Wiederwähler von CDU, B90/G und PDS. Da die Datenbasis eine entsprechende Differenzierung der FDP-Anhänger nicht zuläßt, sind diese nur mit ihrem Durchschnittswert vertreten.

Die Grafik vermittelt folgende Einsichten:

- Die durchschnittlichen Wertorientierungen der Wiederwähler, Parteiwechsler und Nichtwähler der SPD von 1994 liegen ziemlich dicht beieinander. Nur die Unentschiedenen driften in Richtung auf das Wertefeld der CDU ab.



- Werden die Parteiwechsler jedoch nach der Richtung ihres Wechsels aufgeschlüsselt (von quantitativer Bedeutung sind nur die Wechsler zu CDU und B90/G), so ergibt sich ein differenziertes Bild: Ein Teil der Wechsler befindet sich mit seinen Wertorientierungen im Einzugsbereich der Bündnisgrünen, ein anderer in dem der Union. Die räumlichen Distanzen sind erheblich und weisen auf die starke (damalige) Inhomogenität der SPD hin.
- Vergleicht man die Wertorientierungen der Unentschiedenen und der Nichtwähler der SPD, dann tendieren erstere eher zur CDU, letztere eher zur PDS.

**Die Berliner SPD war 1994/95 mit Blick auf die Mentalität ihrer Anhänger eine ausgesprochen inhomogene, fast segmentierte Partei, die keine eindeutige Konfliktposition vertrat, sondern sich in fast allen Wertebereichen tummelte.**

### 3. Ergebnis

Da Parteien gesellschaftliche Konflikte in Politik übersetzen, können sie nur dann erfolgreich sein, wenn sie sich als Repräsentanten einer relevanten Konfliktlinie erweisen, darin eine klare Konfliktposition vertreten und wenn ihnen in den mit ihrer Konfliktlinie korrespondierenden Sachfragen hohe Kompetenz bescheinigt wird.

Das politisch-programmatische Profil einer Partei ergibt sich aus ihrer Konfliktposition und den ihr entsprechenden Kompetenzen.

Das Parteiensystem Berlins ist (wie das der Bundesrepublik) durch zwei fundamentale Wertekonflikte geprägt:

- soziale Gerechtigkeit - Marktfreiheit,
- Liberalismus - Autoritarismus.

Der Hauptkonflikt zwischen den Parteien besteht darin, ob die Gesellschaft eher nach den Prinzipien der sozialen Gerechtigkeit und des Liberalismus oder eher marktorientiert und autoritär gestaltet werden soll. Die Debatte darüber kann auch als "Modernisierungsdiskurs" bezeichnet werden.



Die empirischen Befunde der Untersuchung lassen sich wie folgt zusammenfassen:

- Zum Zeitpunkt der AHW 1995 unterschieden sich die Wertorientierungen der SPD-Anhänger kaum von denen der Bevölkerung insgesamt. Der Partei mangelte es mithin an einem charakteristischen (typisch sozialdemokratischen) Wertemuster.
- Auf der Hauptachse der Parteienkonkurrenz vertreten die SPD-Anhänger eine gemäßigt sozial-libertäre Position. Wesentlich nachhaltiger wird diese Position durch die PDS und die Bündnisgrünen repräsentiert, wobei letztere stärkeres Gewicht auf Liberalismus, erstere dagegen auf soziale Gerechtigkeit legen.
- In ihrem Wertebereich nimmt die SPD folglich eine Mittelposition zwischen B90/G und PDS ein.
- Im neoliberal-autoritären Wertebereich dominiert die CDU. Ihre Anhänger vertreten zwar ebenfalls nur eine moderate Konfliktposition, während die der FDP mehr marktorientiert und die der Republikaner besonders autoritär disponiert sind. Da beide Parteien faktisch ohne politischen Einfluß sind, muß sich die CDU aber nicht permanent gegen ihre Randparteien abgrenzen. Sie stellt gegenwärtig de facto selbst eine Randpartei dar.
- Im Berliner Parteienwettbewerb ist die SPD eine (die einzige) Mittelpartei, die von drei Randparteien eingekreist ist (die PDS spielt nur im Ostteil der Stadt eine Rolle) und daher objektiv schlechte Karten im politischen Konkurrenzkampf hat, weil ihr in dieser Zwickmühle besonders große Integrations- und Profilierungsleistungen abverlangt werden.
- Die Wettbewerbssituation der SPD wurde 1994/95 noch dadurch erschwert, daß die Wertorientierungen ihrer Anhängerschaft an den Rändern Brücken vor allem zu den Bündnisgrünen und zur CDU bildeten, über die sich das Abdriften von Wählern vollziehen konnte. Teile der Berliner SPD-Wähler bei der BTW 1994 befanden sich bezüglich ihrer Wertorientierungen sogar mitten in den Wertefeldern von CDU und B90/G.
- Schließlich ist die SPD die einzige Partei, bei der sich die Wertorientierungen ihrer Anhänger nicht entlang der Hauptachse der Parteienkonkurrenz, sondern quer dazu verteilen. Die SPD verkörpert intern einen Sonderkonflikt zwischen eher sozialen und eher libertären Dispositionen.



**Kurz gesagt: Die Berliner SPD befindet sich objektiv in einer ungünstigen Wettbewerbssituation. Zudem vertritt sie subjektiv keine dezidierte Konfliktposition. Daraus erwachsen ihr erhebliche Probleme bei der Mobilisierung ihrer Anhänger. Durch ihre Mittellage ist sie überdies ständig der Gefahr ausgesetzt, daß ihre Anhänger zu anderen Parteien (insbesondere zur CDU und zu den Bündnisgrünen, im Osten aber auch zur PDS) abwandern.**

Das im vorstehenden Kapitel konstatierte Mobilisierungsdefizit beruht auf der Heterogenität der Partei, die keine klare Konfliktposition erkennen läßt. Ihre Profillosigkeit betrifft nicht nur Wähler und Mitglieder, sondern auch und gerade die Parteiführung, die ihre Aufgabe der Integration mittels inhaltlicher und personeller Vorgaben offenbar nicht (hinreichend) erfüllt.

Nichts spricht dafür, daß der Abwärtstrend der Berliner SPD mit der AHW 1995 seinen Endpunkt erreicht hat. Wenn die Partei keine grundsätzliche Kurskorrektur vornimmt, könnte sich der Prozeß der Demobilisierung und Abwanderung fortsetzen.



## Literaturverzeichnis

- Beyme, Klaus von (1991): Electoral Unification: The First German Elections in December 1990, in: *Government and Opposition*, 26. Jg., S. 167-184.
- Dingel, Frank (1984): Die Sozialdemokratische Partei des Saarlandes, in: Richard Stöss (Hrsg.), *Parteien-Handbuch. Die Parteien der Bundesrepublik Deutschland 1945-1980*, Bd. 2, Opladen: Westdeutscher Verlag, S. 2217-2240.
- Falter, Jürgen W./Jürgen R. Winkler (1996): Die FDP vor dem Aus?, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, B 6, S. 45-53.
- Feist, Ursula (1991): Weder postmaterialistisch noch national. Analyse der ersten gesamtdeutschen Bundestagswahl am 2. Dezember 1990, in: *Gewerkschaftliche Monatshefte*, 42. Jg., S. 8-17.
- FGW(1990a): Bundestagswahl 1990. Eine Analyse der ersten gesamtdeutschen Bundestagswahl am 2. Dezember 1990, *Berichte der Forschungsgruppe Wahlen*, Nr. 61, Mannheim.
- FGW (1990b): Wahl in Berlin. Eine Analyse der Wahl zum Abgeordnetenhaus vom 2. Dezember 1990, *Berichte der Forschungsgruppe Wahlen*, Nr. 62, Mannheim.
- FGW (1995a): Wahl in Berlin. Eine Analyse der Wahl zum Abgeordnetenhaus vom 22. Oktober 1995, *Berichte der Forschungsgruppe Wahlen*, Nr. 83, Mannheim.
- FGW (1995b): *Wahlergebnisse in Deutschland 1946 - 1995*, Mannheim: Forschungsgruppe Wahlen.
- Fijalkowski, Jürgen (u.a.) (1967): *Berlin - Hauptstadtanspruch und Westintegration*, Köln u. Opladen: Westdeutscher Verlag (Schriften des Instituts für politische Wissenschaft, Bd. 20).
- Gibowski, Wolfgang G./Max Kaase (1991): Auf dem Weg zum politischen Alltag. Eine Analyse der ersten gesamtdeutschen Bundestagswahl vom 2. Dezember 1990, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, B 11-12, S. 3-20.
- Herzog, Dietrich (1985): *Konsens und Konflikt in der politischen Führungsschicht Berlins. Ein Forschungsbericht*, Berlin: Freie Universität Berlin/Zentralinstitut für sozialwissenschaftliche Forschung (Informationen aus Lehre und Forschung, Nr. 1).
- Hurwitz, Harold (1983): *Die politische Kultur der Bevölkerung und der Neubeginn konservativer Politik*, Köln: Verlag Wissenschaft und Politik.
- Hurwitz, Harold (1984): *Die Eintracht der Siegermächte und die Orientierungsnot der Deutschen 1945-1946*, Köln: Verlag Wissenschaft und Politik.

- Hurwitz, Harold (1990a): Zwangsvereinigung und Widerstand der Sozialdemokraten in der Sowjetischen Besatzungszone und Berlin, Köln: Verlag Wissenschaft und Politik.
- Hurwitz, Harold (1990b): Die Anfänge des Widerstands. Teil 1: Führungsanspruch und Isolation der Sozialdemokraten. Teil 2: Zwischen Selbsttäuschung und Zivilcourage: Der Fusionskampf, Köln: Verlag Wissenschaft und Politik.
- Hurwitz, Harold (1997): Die Stalinisierung der SED. Zum Verlust von Freiräumen und sozialdemokratischer Identität in den Vorständen 1946-1949 (Schriften des Zentralinstituts für sozialwissenschaftliche Forschung der Freien Universität Berlin, Bd. 79).
- Hurwitz, Harold/Klaus Sühl (1984): Autoritäre Tradierung und Demokratiepotential in der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung, Köln: Verlag Wissenschaft und Politik.
- Infas (1991a): Bundestagswahl 1990. Wahl zum 12. Deutschen Bundestag am 2. Dezember 1990. Analysen und Dokumente, Infas-Report Wahlen, Bonn-Bad Godesberg.
- Infas (1991b): Berlin 1990. Wahl zum Abgeordnetenhaus am 2. Dezember 1990. Analysen und Dokumente, Infas-Report Wahlen, Bonn-Bad Godesberg.
- Jesse, Eckhard (1991): Die Wahl zum Abgeordnetenhaus von Berlin am 2. Dezember 1990: Die Korrektur der Korrektur von 1989, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen, 22. Jg., S. 390-405.
- Jesse, Eckhard/Marco Michel (1996): Die Wahl zum Berliner Abgeordnetenhaus vom 22. Oktober 1995: Das erneute Bündnis zweier Verlierer, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen, 27. Jg., S. 585-602.
- Jung, Matthias/Dieter Roth (1994): Kohls knappster Sieg. Eine Analyse der Bundestagswahl 1994, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 51-52, S. 3-15.
- Kaase, Max (1993): Electoral Politics in the New Germany: Public Opinion and the Bundestag Election of December 2, 1990, in: Christopher Anderson/Karl Kaltenthaler/Wolfgang Luthardt (Hrsg.), The Domestic Politics of German Unification, Boulder/London: Rienner, S. 37-59.
- Klingemann, Hans-Dieter (1985): Formen, Bestimmungsgründe und Konsequenzen politischer Beteiligung. Ein Forschungsbericht, Berlin: Freie Universität Berlin/Zentralinstitut für sozialwissenschaftliche Forschung (Informationen aus Lehre und Forschung, Nr. 6).
- Klingemann, Hans-Dieter/Lutz Erbring/Nils Diederich (Hrsg.) (1995): Zwischen Wende und Wiedervereinigung. Analysen zur politischen Kultur in West- und Ost-Berlin 1990, Opladen: Westdeutscher Verlag (Schriften des Zentralinstituts für sozialwissenschaftliche Forschung der Freien Universität Berlin, Bd. 77).
- Landeswahlleiter Berlin, Der (1995): Wahlen im Oktober 95, Volksabstimmung. Kommentierung, Tabellen, Grafiken, Karten. Endgültiges Wahlergebnis, Berlin: Statistisches Landesamt.
- Lepsius, M. Rainer (1973): Parteiensystem und Sozialstruktur: Zum Problem der Demokratisierung in Deutschland, in: Gerhard A. Ritter (Hrsg.), Deutsche Parteien vor 1918, Köln: Kiepenheuer & Witsch, S. 56-80.

- Lösche, Peter/Franz Walter (1996): Die FDP. Richtungsstreit und Zukunftszweifel, Darmstadt: Wissenschaftliche Buchgesellschaft.
- Mayntz, Renate (1959): Parteigruppen in der Großstadt. Untersuchungen in einem Berliner Kreisverband der CDU, Köln u. Opladen: Westdeutscher Verlag (Schriften des Instituts für politische Wissenschaft, Bd. 16).
- McKay, Joanna (1996): The Wall in the Ballot Box: The Berlin Election of 1995, in: German Politics, 5. Jg., S. 276-291.
- Münke, Stephanie (1952): Wahlkampf und Machtverschiebung. Geschichte und Analyse der Berliner Wahlen vom 3. Dezember 1950, Berlin: Duncker & Humblot (Schriften des Instituts für politische Wissenschaft, Bd. 1).
- Neugebauer, Gero (1995): Berlin: Zwei Parteiensysteme in einem?, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, 40. Jg., S. 1421-1426.
- Neugebauer, Gero/Richard Stöss (1996): Die PDS. Geschichte - Organisation - Wähler - Konkurrenten. Opladen: Leske + Budrich.
- Niedermayer, Oskar (1997): Das gesamtdeutsche Parteiensystem, in: Oskar W. Gabriel/Oskar Niedermayer/Richard Stöss (Hrsg.), Parteiendemokratie in Deutschland, Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung, S. 106-130.
- Niedermayer, Oskar/Richard Stöss (Hrsg.) (1993): Stand und Perspektiven der Parteienforschung in Deutschland, Opladen: Westdeutscher Verlag (Schriften des Zentralinstituts für sozialwissenschaftliche Forschung der Freien Universität Berlin, Bd. 71).
- Niedermayer, Oskar/Richard Stöss (Hrsg.) (1994): Parteien und Wähler im Umbruch. Parteiensystem und Wählerverhalten in der ehemaligen DDR und den neuen Bundesländern, Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Pfau, Thomas (1994): Aspekte der Entwicklung liberaler Kräfte in der DDR vom Herbst 1989 bis zum Herbst 1990, in: Oskar Niedermayer/Richard Stöss (Hrsg.), Parteien und Wähler im Umbruch. Parteiensystem und Wählerverhalten in der ehemaligen DDR und den neuen Bundesländern, Opladen: Westdeutscher Verlag, S. 105-112.
- Poguntke, Thomas (1993): Der Stand der Forschung zu den Grünen: Zwischen Ideologie und Empirie, in: Oskar Niedermayer/Richard Stöss (Hrsg.), Stand und Perspektiven der Parteienforschung in Deutschland, Opladen: Westdeutscher Verlag, S. 187-210 (Schriften des Zentralinstituts für sozialwissenschaftliche Forschung der Freien Universität Berlin, Bd. 71).
- Schiller, Theo (1993): Stand, Defizite und Perspektiven der FDP-Forschung, in: Oskar Niedermayer/Richard Stöss (Hrsg.), Stand und Perspektiven der Parteienforschung in Deutschland, Opladen: Westdeutscher Verlag, S. 119-146 (Schriften des Zentralinstituts für sozialwissenschaftliche Forschung der Freien Universität Berlin, Bd. 71).
- Schiller, Theo/Kerstin Weinbach (1996): Die FDP: Wahlen und Wähler, in: Oskar Niedermayer (Hrsg.), Intermediäre Strukturen in Ostdeutschland, Opladen: Leske + Budrich, S. 135-150.

- Schmitt, Karl (1994): Im Osten nichts Neues? Das Kernland der deutschen Arbeiterbewegung und die Zukunft der politischen Linken, in: Wilhelm Bürklin/Dieter Roth (Hrsg.), Das Superwahljahr, Köln: Bund-Verlag, S. 185-218.
- Schmollinger, Horst W. (1975): Die Berliner Wahlen zum Abgeordnetenhaus und den Bezirksverordnetenversammlungen vom 2. März 1975: Proteststimmen in der Krise?, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen, 6. Jg., S. 446-464.
- Schmollinger, Horst W. (1980): Die Wahl zum Berliner Abgeordnetenhaus vom 18. März 1979. Nur scheinbare Stabilisierung bei Erfolgen der Alternativen?, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen, 11. Jg., S. 167-181.
- Schmollinger, Horst W. (1985): Die Wahl zum Berliner Abgeordnetenhaus vom 10. März 1985. Zunehmende Mobilisierungs- und Integrationsschwäche des Parteiensystems, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen, 16. Jg., S. 337-354.
- Schmollinger, Horst W. (1989): Die Wahl zum Abgeordnetenhaus von Berlin am 29. Januar 1989. Ein überraschender Wandel im Parteiensystem, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen, 20. Jg., S. 309-322.
- Schultze, Rainer-Olaf (1991): Bekannte Konturen im Westen - ungewisse Zukunft im Osten. Eine Analyse der ersten gesamtdeutschen Bundestagswahl vom 2. Dezember 1990, in: Wahlverhalten, Stuttgart usw.: Kohlhammer (Bürger im Staat), S. 44-102.
- See, Christian/Hans Vorländer (1987): Der Kampf um Überleben und Einfluß. Rolle und Funktion der FDP in der westdeutschen Politik, in: Hans Vorländer (Hrsg.), Verfall oder Renaissance des Liberalismus? Beiträge zum deutschen und internationalen Liberalismus, München: Olzog, S. 173-190.
- Shell, Kurt L. (1965): Bedrohung und Bewährung. Führung und Bevölkerung in der Berlin-Krise, Köln u. Opladen: Westdeutscher Verlag (Schriften des Instituts für politische Wissenschaft, Bd. 19).
- SPD (1995): SPD und Großstädte. Der Bericht, hrsg. v. Vorstand der SPD, Bonn.
- Stöss, Richard (1985): Kandidaten und Abgeordnete: Zur sozialstrukturellen Repräsentation und Zirkulation. Ein Forschungsbericht, Berlin: Freie Universität Berlin/Zentralinstitut für sozialwissenschaftliche Forschung (Informationen aus Lehre und Forschung, Nr. 4).
- Stöss, Richard (1993): Rechtsextremismus in Berlin 1990, Berlin: Freie Universität Berlin/Zentralinstitut für sozialwissenschaftliche Forschung (Berliner Arbeitshefte und Berichte zur sozialwissenschaftlichen Forschung, Nr. 80).
- Stöss, Richard/Oskar Niedermayer (1996): Die Berliner Abgeordnetenhauswahl vom 22. Oktober 1995: Alles beim alten und doch vieles anders, in: Berliner Journal für Soziologie, S. 407-418.
- Thome, Helmut (1985): Wertorientierungen und Parteipräferenzen in der Berliner Wählerschaft. Ein Forschungsbericht, Berlin: Freie Universität Berlin/Zentralinstitut für sozialwissenschaftliche Forschung (Informationen aus Lehre und Forschung, Nr. 5).

- Volgens, Andrea (1985): Die Berliner Wahlen im Kontext politischer und gesellschaftlicher Entwicklungen. Ein Forschungsbericht, Berlin: Freie Universität Berlin/Zentralinstitut für sozialwissenschaftliche Forschung (Informationen aus Lehre und Forschung, Nr. 7).
- Vorländer, Hans (1996): Die FDP: Entstehung und Entwicklung, in: Oskar Niedermayer (Hrsg.), Intermediäre Strukturen in Ostdeutschland, Opladen: Leske + Budrich, S. 113-133.
- Wahlen Berlin (1990): Erste Wahlen zum gemeinsamen Bundestag und zum Gesamtberliner Abgeordnetenhaus nach der Vereinigung am 2. Dezember 1990, in: Berliner Statistik 44, H. 5, S. 82-91; H. 6, S. 98-108; H. 7, S. 110-132.
- Wahlen Berlin (1995): Wahlen in Berlin am 22. Oktober 1995. Ergebnisse der repräsentativen Wahlstatistik bei der Wahl zum Abgeordnetenhaus von Berlin, Berliner Statistik, Statistische Berichte, Berlin: Statistisches Landesamt.
- Weßels, Bernhard (1985a): Wählerschaft und Führungsschicht: Probleme politischer Repräsentation. Ein Forschungsbericht, Berlin: Freie Universität Berlin/Zentralinstitut für sozialwissenschaftliche Forschung (Informationen aus Lehre und Forschung, Nr. 2).
- Weßels, Bernhard (1985b): Das Berliner Abgeordnetenhaus im Netzwerk gesellschaftlicher Interessen. Ein Forschungsbericht, Berlin: Freie Universität Berlin/Zentralinstitut für sozialwissenschaftliche Forschung (Informationen aus Lehre und Forschung, Nr. 3).
- Wielgohs, Jan (1994): Bündnis 90 - zwischen Selbstbehauptung und Anpassung, in: Oskar Niedermayer/Richard Stöss (Hrsg.), Parteien und Wähler im Umbruch. Parteiensystem und Wählerverhalten in der ehemaligen DDR und den neuen Bundesländern, Opladen: Westdeutscher Verlag, S. 143-168.